



## 0. Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** begrüsst die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates, die anwesenden Besucherinnen und Besucher sowie die Medienvertreter zur fünften Stadtratssitzung der Legislaturperiode 2013-2016. Nach einer längeren Sommerpause werde heute zu einer längeren Sitzung gestartet, die - wenn der Zeitpunkt geeignet erscheine - für eine Erfrischungs- und Verpflegungspause für 15 Minuten unterbrochen werde.

Wer genau in die Runde der Stadträtinnen und Stadträte blicke, stelle fest, dass mit Frau Stadträtin Martina Moser (SP) heute ein neues Gesicht anwesend sei. Mit Schreiben vom 2. Juni 2013 habe Frau Stadträtin Lurata Reçi-Dauti (SP) ihren sofortigen Rücktritt als Stadträtin eingereicht.

Stadträtin Martina Moser habe sich am 6. Juli 2013 als erste Ersatzperson auf der Liste der SP zur Nachfolge von Frau Stadträtin Lurata Reçi-Dauti bereit erklärt und das Amt am 10. Juli 2013 angetreten. Im Namen des Stadtrates begrüsse er Frau Martina Moser, die das erste in der laufenden Legislaturperiode nachrückende Mitglied des Stadtrates sei, herzlich und wünsche ihr viel Freude, Idealismus und Realismus für die spannende Ratstätigkeit.

*(Applaus)*

Sich des nicht repräsentativen Charakters seines bereits zur Tradition gewordenen Rückblicks auf das gesellschaftliche Leben Langenthals bewusst, erwähne er folgende Anlässe, an denen er persönlich teilgenommen habe:

- Vom 1. - 14. August 2013 habe das Sommerkino zum 14. Mal stattgefunden, welches sich auch durch den Umbau der Marktgasse nicht habe unterkriegen lassen.
- Nicht mehr wegzudenken sei auch die durchgeführte Bundesfeier auf dem Märthallenareal. Das wunderbare Wetter sowie wahrscheinlich auch der Festredner Pedro Lenz haben ein grosses Publikum angezogen. Das neue Konzept, die Bundesfeier auf dem Märthallenareal durchzuführen, bewähre sich seiner Meinung nach.
- Eine besondere kulturelle und spezielle Idee sei mit der Durchführung des Lesebänkli-Sommers (26. Juni bis 14. August) im Oberaargau umgesetzt worden. Neben jedem Ruhebänkli sei eine Kiste gestanden, worin sich Bücher befunden haben, um sich beim Ausruhen auch einer literarischen Tätigkeit hingeben zu können.

Lurata Reçi  
Bäreggstrasse 23  
4900 Langenthal

EINGEGANGEN

5. JULI 2013

Langenthal, 2. Juli 2013

Stadtratspräsident  
Daniel Steiner  
Jurastrasse 22  
4900 Langenthal

### Demission aus dem Stadtrat

Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident,  
liebe Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen

Für die Erfahrungen, die ich als Stadträtin machen durfte bin ich sehr dankbar und bedanke mich auf diesem Weg für die gute Zusammenarbeit und das Vertrauen in den letzten Jahren.

Auch wenn es mir nicht leicht fällt, muss ich aus beruflichen und privaten Gründen per sofort meine Demission aus dem Stadtrat einreichen. Ich werde mehr Zeit und Energie meiner Familie und meinem Beruf widmen.

Ich sende Euch allen meine besten Grüsse und Wünsche für die weitere Arbeit.

Freundliche Grüsse

Lurata Reçi



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

- Am vergangenen Wochenende (15. - 18. August) habe das Wuhrplatzfest zum 30. Mal stattgefunden. Das diesjährige Jubiläumsfest sei unter dem Titel "DAS DORFFEST - NUR ANDERS" durchgeführt worden.

Allen Verantwortlichen und an den Anlässen Beteiligten gebühre eine grosses Merci für deren geleisteten Einsatz.

Das Protokoll der Sitzung vom 17. Juni 2013 liege vor und könne online eingesehen werden. Unter Verdankung für dessen Verfassung erteilt er der Protokollführerin das Wort zum **Appell**:

- **34** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.<sup>1</sup>
  - **2** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Gemeinderätin Christine D'Ingiandi-Bobst ist entschuldigt abwesend.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen zum Zeitpunkt des Appells (34 anwesende Stadtratsmitglieder) betrage 18. Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe sei vorschriftsgemäss erfolgt und Bemerkungen zur Traktandenliste seien keine angemeldet worden oder vorliegend.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind **34** Stadtratsmitglieder anwesend. **Ab 18.10 Uhr** (Abstimmung Traktandum Nr. 1) sind **35**, **ab 18.45 bzw. 19.00 Uhr (Abstimmung Traktandum Nr. 2) sind 37**, ab 19.15 Uhr (Abstimmung Traktandum Nr. 3) sind **38** und ab 22. 15 Uhr (nach ab der Abstimmung des Traktandums Nr. 4) sind **37** Stadtratsmitglieder anwesend.



## 1. Gemeinderechnung 2014; Vergabe des Auftrages für die Prüfung der Rechnungsablage der Stadt für das Rechnungsjahr 2014 an eine verwaltungsunabhängige, externe Revisionsstelle

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Bernhard Marti, GPK-Präsident:** Gemäss Art. 10 Abs. 1 und Art. 62 Ziff. 3 der Stadtverfassung habe der Stadtrat auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission in endgültiger Zuständigkeit die Vergabe des Auftrags zur jährlichen Rechnungsablage der Stadt an eine verwaltungsunabhängige, externe Revisionsgesellschaft zu beschliessen.

Das Revisionsmandat könne im freihändigen Verfahren vergeben werden, weil die Kosten dafür deutlich unter dem Schwellenwert von Fr. 100'000.00 liegen. Bereits im Jahr 2012 sei die Rechnung von der Ernst & Young AG Bern revidiert worden. Mit der Genehmigung der Rechnung 2012 durch den Stadtrat habe die Ernst & Young AG Bern ihren ersten Revisionsauftrag vollständig erfüllt.

Um Kontinuität in der noch jungen Zusammenarbeit mit der externen Revisionsgesellschaft zu erhalten, empfehle die Geschäftsprüfungskommission mit der Ernst & Young AG weiter zusammen zu arbeiten.

Die Geschäftsprüfungskommission beantrage dem Stadtrat, die Ernst & Young AG Bern als externe Revisionsgesellschaft für die Prüfung der Jahresrechnung 2014 der Stadt sowie für die Prüfung der Pensionskasse der Stadt unter Vorbehalt, zu wählen. Der Vorbehalt hänge mit der Überführung der Pensionskasse der Stadt Langenthal in eine juristisch selbstständige Trägerschaft zusammen. Heute sei noch offen, ob der Überführungsvorgang - wie ursprünglich vorgesehen - per 1. Januar 2014 abgeschlossen sein werde, oder ob die Überführung erst im kommenden Jahr umgesetzt werden könne. Der Zuschlag für den Auftrag zur Revision der Rechnung der Pensionskasse 2014 könne somit nur unter dem Vorbehalt erteilt werden, dass die städtische Pensionskasse per 1. Januar 2014 und auch im Verlauf des Jahres 2014 nicht ausgegliedert sein werde. Die Vergabe unter Vorbehalt sei mit der Ernst & Young AG Bern abgesprochen worden.

Die Prüfung der Gemeinderechnung der Stadt Langenthal inklusive unangemeldeter Zwischenrevision und Vorrevision finde nach Art. 125 und Art. 126 der Gemeindeverordnung sowie gemäss den Bestimmungen der Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden des Kantons Bern statt und mache Fr. 28'000.00 aus. Die Kosten für die Prüfung der Jahresrechnung der städtischen Pensionskasse belaufen sich auf Fr. 16'000.00. Damit ergebe sich ein Kostentotal von Fr. 44'000.00 (inklusive Mehrwertsteuer und Spesen), das sich jedoch allenfalls um die Fr. 16'000.00 für die Revision der städtischen Pensionskasse reduziere.

Die Honorarerhöhung von insgesamt Fr. 5'000.00 gegenüber dem Vorjahr gründe auf dem Umstand, dass die Ernst & Young AG Bern im Vorjahr mit geringerem zeitlichen Aufwand für Besprechungen gerechnet habe. Dieser Umstand werde im kommenden Jahr angemessen berücksichtigt.

Die Geschäftsprüfungskommission beantrage, dem vorliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

## III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. Die Ernst & Young AG Bern erhält den Zuschlag für das Mandat als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle für die Prüfung der Rechnung der Stadt - zum offerierten pauschalen Preis von Fr. 28'000.00.00 (inkl. 8,0% MWSt, Auslagen und Spesen).
2. Unter Vorbehalt, dass die städtische Pensionskasse per 1. Januar 2014 oder im Verlaufe des Jahres 2014 nicht in eine selbstständige Trägerschaft überführt wird, erhält die Ernst & Young AG Bern den Zuschlag für das Mandat als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle für die Prüfung der Rechnung der städtischen Pensionskasse zum offerierten Preis von Fr. 16'000.00 (inkl. 8,0% MWSt, Auslagen und Spesen).
3. Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 2. Finanz- und Investitionsplan 2014 - 2018; Kenntnisnahme

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch:** Wie jedes Jahr werde Gemeinderat Jürg Häusler in seinem Referat nebst dem Finanz- und Investitionsplan, der dem Stadtrat nur zur Kenntnisnahme vorgelegt werde, gleichzeitig auch den Voranschlag 2014 - über den der Stadtrat Beschluss zu fassen habe - vorstellen. Damit habe die folgende Präsentation auch für das Traktandum Nr. 3 Gültigkeit, was im Protokoll entsprechend festgehalten werde.

Die Stadträtinnen und Stadträte seien gebeten in der nun folgenden Beratungsrunde zum Traktandum Nr. 2 falls irgendwie möglich noch keine Stellungnahmen, Bemerkungen und Anträge zum Voranschlag 2014 (Traktandum Nr. 3) abzugeben.

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Als für das Finanzwesen zuständiger Gemeinderat dürfe er das erste Budget der neuen Legislaturperiode (2013-2016) vorstellen. Wie der Stadtrat zum Teil aus neuen Köpfen bestehe, seien auch die Grundlagen zur Budgetierung zum Teil angepasst worden.

Vor einem Jahr sei schon erwähnt worden, dass das nächste Budget eine Herausforderung darstellen werde, da die Anzeichen dafür bereits vorhanden gewesen seien, dass die Finanzpolitik ein Schwerpunktthema in der neuen Legislaturperiode bilden werde. Anlässlich der Medienkonferenz (Pressecafé) vom 8. August 2013 habe er von Gewitterzellen gesprochen, die sich gebildet haben. Ob und wie intensiv sich das Gewitter über dem Langenthaler Finanzhimmel entladen werde, hänge letztlich von der Politik ab. Bereits heute könne er aber versichern, dass nach jedem Gewitter die Sonne wieder zum Vorschein komme. Demgemäss sei er auch überzeugt, dass der Langenthaler Finanzplatz die Herausforderung meistern werde.

stadtlangenthal

stadtlangenthal

### Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

### Voranschlag 2014 Finanz- und Investitionsplanung 2014 - 2018

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

### Inhaltsverzeichnis

- Richtlinien der Regierungstätigkeit
- Voranschlag 2014
- Finanzplan 2014 - 2018
- Investitionsplan 2014 - 2018
- Schlussbemerkungen

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Zu Beginn des Budgetprozesses 2014 seien die neuen Richtlinien noch nicht vorhanden gewesen. Mit den nun vorliegenden Richtlinien lassen sich die Aussagen betreffend die Finanzen mit dem Voranschlag 2014 vergleichen.

Der Gemeinderat habe festgelegt, die steuerfinanzierten Investitionen jährlich auf Fr. 10 Mio. zu begrenzen. Wünsche wären noch viele vorhanden. Alle Jahre finde deshalb ein Hin- und Herschieben und eine Priorisierung statt, um die gesetzte Limite einhalten zu können.



Die Jahresrechnung soll künftig sukzessive besser abschliessen. Die Investitionen, die die Ursache für das Defizit seien, seien momentan gewollt, indem überdurchschnittlich investiert werde, was zu höheren Abschreibungen führe. Dieser Umstand soll ausgeklammert werden, womit das Jahr quasi als Normaljahr gelte und damit als Referenzjahr betrachtet werden könne.

Die gesetzte Vorgabe könne für den Voranschlag 2014 nicht eingehalten werden. Auch die folgenden Finanzplanjahre zeigen weiter zunehmende Defizite auf.

## Voranschlag 2014



### Voranschlag 2014

#### Grundsätze der Budgetierung

- **Basis: Voranschlag 2013 sowie die Rechnung 2012**
- **Weisungen des Gemeinderates**
- **Festlegung der Investitionsquote und der Abschreibungsmethodik**

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

## Richtlinien der Regierungstätigkeit



Die im Jahr 2013 aktualisierte gemeinderätliche Finanzstrategie sieht folgende finanzielle Ziele vor:

- **Investitionen: jährliche Obergrenze von Fr. 10 Mio. über einen Zeitraum von 10 Jahren = 2013 - 2022**
- **Jahresrechnung: Abgesehen von der „Defizitursache Investitionen“ werden die Jahresrechnung sukzessive ausgeglichener gestaltet.**

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Als Basis für die Erstellung des Voranschlages 2014 habe der Voranschlag 2013 gedient. In den Budgetprozess 2014 seien auch die Erfahrungen und bekannten Tatsachen aus dem abgeschlossenen Rechnungsjahr 2012 eingeflossen.

Die wichtigen Grundsätze - unter anderem die Investitionsquote und der Abschreibungsmodus - seien in den Weisungen des Gemeinderates festgehalten.

Betreffend den Abschreibungsmodus sei nach wie vor vorgesehen, einen Teil der Abschreibungen direkt dem Eigenkapital zuzuführen, um das überhöhte Investitionsvolumen auffangen und kompensieren zu können, damit spätere Generationen nicht mit hohen Abschreibungslasten belastet werden.

Die Abschreibungen beziehen sich auf den Investitionsplan, der aufgrund der realisierten Investitionen immer wieder von der Planung abweichen könne. Meistens werde weniger investiert als geplant. Das Abschreibungsmeccano beziehe sich jedoch immer auf den gültigen Investitionsplan.

Das Ergebnis zeige leider ein weiter zunehmendes Defizit auf, das auch nach der Neutralisation von Sonderfaktoren (Abschreibungen aus zusätzlichen Investitionen und der Steuersenkung) ein beträchtliches Niveau aufweise.

Da die Stadt Langenthal die Lücke glücklicherweise nach wie vor verkraften könne, werde vom Gemeinderat weder eine Steuererhöhung noch das Schnüren eines kurzfristigen Sparpakets beantragt. Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass am heutigen Abend Anträge gestellt werden.



## Voranschlag 2014

### Ergebnis Laufende Rechnung in TFr.

	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014
Aufwand ohne Abschr. VV	88'889	89'994	97'272	98'437
+ harmonisierte Abschreibungen auf dem steuerfinanzierten Verwaltungsvermögen (10%)	4'221	4'403	5'497	5'660
+ übrige Abschreibungen	4'659	3'869	3'825	3'950
Aufwand	97'769	98'266	106'594	108'047
Ertrag	90'013	90'793	96'107	95'546
Ertragsüberschuss				
Aufwandsüberschuss	7'756	7'473	10'487	12'501
zusätzliche Abschreibungen für Investitionen > 4 Mio.	4'659	4'550	4'640	5'900
Senkung Steuern von 1.48 auf 1.38	2'030	2'070	2'200	2'200
Ertrags (-) / Aufwandsüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuersenkung	1'067	853	3'647	4'401

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013



Die vorliegenden Zahlen seien im Budgetprozess jedoch genau hinterfragt und mehrmals hin- und herge- reicht worden. Der Gemeinderat wolle nicht dahingehend verstanden werden, alles auf die lange Bank schieben zu wollen. Die Problemkreise gelte es zügig anzugehen, ohne ausser Acht zu lassen, dass kurz- fristige Hau-Ruck-Übungen den erwarteten Effekt nicht bringen werden. Das nach wie vor hohe Eigenkapi- tal ermögliche einen Rechnungsausgleich darüber, was allerdings nur als Übergangslösung betrachtet werden dürfe. Die Problemkreise seien erkannt. Die Kosten steigen in einem Masse an, dem die Erträge nicht mehr zu folgen vermögen, was als strukturelles Defizit bezeichnet werde.

stadtlangenthal

## Voranschlag 2014

### Überblick Aufwände

Kategorie	Anteil
Personalaufwand	47%
Sachaufwand	23%
Entschädigungen	14%
Passivzinsen	10%
Abschreibungen	3%
Einlagen in Spezialfinanzierungen	1%
Interne Verrechnung	0%

**Aufwandarten im Vergleich zum Voranschlag 2013**

- Personalaufwand: + 2.2% -> Lohnrunde 14, Stellenbedarf (Sozialamt, Zivilschutz)
- Sachaufwand: + 0.5% -> baulicher Unterhalt und IT-Kosten
- Passivzinsen: - 75.5% -> Abnahme Bankschulden
- Abschreibungen: + 1.5% -> erhöhtes Investitionsvolumen
- Entschädigungen/Beiträge: + 0.9% -> Lastenausgleich, Beiträge an div. Institutionen

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Der stärkste Aufwandanstieg sei bei den Personal- kosten zu verzeichnen, was für die Stadt aber nur teilweise relevant sei, weil rund die Hälfte der Ko- stensteigerung von 2,2% Neustellen betreffen, die den steuerfinanzierten Haushalt nicht belasten. Dabei handle es sich um Stellen im Sozialamt oder im Alterszentrum Haslibrunnen, die über den Lastenausgleich oder über entsprechende Einnahmen finanziert werden.

Die Erhöhung der Entschädigungen und eigenen Beiträge um Fr. 0,5 Mio. oder nahezu 1% sei vor al- lem auf das Lastenausgleichssystem zurückzufüh- ren

Aufgrund eher schwacher Erträge in den Jahren 2011 und 2012 sowie einem tendenziell zu optimis- tisch gemalten Bild für das Jahr 2013, sei die Er- tragsprognose für das Jahr 2014 stark zurückge- nommen worden.

Die Steuergesetzrevision habe zu schwächeren Er- trägen geführt, was sich stärker als bisher ange- nommen auf die Ertragsseite ausgewirkt habe.

stadtlangenthal

## Voranschlag 2014

### Überblick Erträge

Kategorie	Anteil
Steuern	28%
Vermögenserträge	25%
Entgelte	20%
Rückstellungen und Beiträge	10%
Einlagen in Spezialfinanzierungen / Interne Verrechnungen	8%
Interne Verrechnungen	2%

**Ertragsarten im Vergleich zum Voranschlag 2013**

- Steuern: - 2.8% -> reduzierte Prognose aufgrund Erfahrungen 2011 und 12
- Vermögenserträge: - 13.2% -> Abnahme der zinsbringenden Anlagen
- Entgelte: + 0.2% -> Veränderungen bei den Lastenausgleichen (z.B. die Sozialhilfe, Disparitätenabbau)
- Rückstellung/Beiträge: + 3.5% -> Abgeltung Kinderheim, Unterhaltsbeiträge Truppenunterkunft

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

## Finanzplan

stadtlangenthal

## Finanzplan

### Ergebnisse

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Beträge in Fr. 1'000.-	Rechnung	Voranschlag	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
Steueranlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38
<b>Laufende Rechnung</b>							
Total Aufwand	98'266	106'595	108'047	109'798	103'768	107'689	107'162
Total Ertrag	90'793	96'107	95'546	96'811	97'371	100'541	99'313
<b>Aufwandüberschuss</b>							
Inklusive steuerfinanzierte übrige Abschreibungen	7'473	10'488	12'501	12'987	6'397	7'148	7849

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Die heutige Faktenlage zeige, dass - unabhängig der Zielvorgaben in den Regierungsrichtlinien - die Aufwandüberschüsse in den Jahren 2015 und 2016 zunehmen werden.

Im Jahr 2016 werde die neue Rechnungslegungs- norm HRM2 eingeführt, die vorübergehend zu tiefe- ren Abschreibungen führen werde. Zu glauben, dass damit das Problem gelöst oder auch nur gemildert werde, wäre jedoch ein "Fehlschluss".

Im Jahr 2017 werden die Abschreibungen wieder verstärkt anwachsen. Ohne entsprechende Mass- nahmen zu ergreifen, werde sich das strukturelle Defizit weiter erhöhen.



Die Belastung durch den Finanz- und Lastenausgleich des Kantons Bern nehme unablässig zu. Die Kostenzunahme sei in den letzten Jahren in die Millionen Franken gegangen.

Die Kunsteisbahn auf tragfähige Beine zu stellen, die Schaffung des neuen Amtes für Bildung, Kultur und Sport und die Ausstattung der Schulen mit modernen Informatikmitteln seien neuen Aufgaben, die die Stadt jährlich je eine halbe Million Franken kosten.

Das Kostenwachstum könne mit den Steuererträgen nicht aufgefangen werden.

Bei Investitionen sei auf die jährlich wiederkehrenden Betriebs- und Folgekosten zu achten. Dieser Punkt sei für die Budgetierung letztlich matchentscheidend. Diesbezüglich werde die Politik in nächster Zeit vor grossen Herausforderungen stehen.

## Gründe für das anwachsende strukturelle Defizit?

stadtlangenthal

- Belastung durch die Finanz-/Lastenausgleiche
- neue Aufgaben
- generell höhere Kostenwachstum im Vergleich zum Ertragswachstum

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

stadtlangenthal

## Finanzplan

### Lastenverteiler und Finanzausgleich

#### jährliche Belastungen, in TFr.

Bestände in TFr.	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Fipla	Fipla	Fipla	Fipla
	2009	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Öffentlicher Verkehr	1'181	1'584	1'669	1'690	1'840	1'940	1'965	2'100	2'215
Finanzausgleich (Kanton)	179	227	3'420	3'500	3'820	3'980	2'223	2'392	2'514
Aufgabenteilung Gde./Kanton	0	0	1'316	2'640	3'116	3'140	3'160	3'180	3'200
Familienzulage	0	18	36	60	61	61	62	62	62
Et. (AW) / 107	2319	3'150	3'416	3'360	2'207	3'245	3'300	3'440	3'590
Unterhalt Gemeindefrassen	-285	-328	0	0	0	0	0	0	0
Lastenausgleich Sozialhilfe	5'454	6'346	6'568	7'400	6'950	7'000	7'100	7'200	7'300
Sozialdemografischer Zuschuss	0	0	234	300	235	235	235	235	300
Lehrerbeförderungen	5'069	5'051	5'487	4'882	4'889	4'960	5'015	5'060	5'117
<b>Total</b>	<b>14'617</b>	<b>16'748</b>	<b>16'932</b>	<b>18'032</b>	<b>17'978</b>	<b>18'131</b>	<b>18'142</b>	<b>18'421</b>	<b>18'769</b>

#### Anmerkung:

- Bei der Abnahme im Jahr 2014 handelt es sich um einen Sondereffekt.
- Mögliche Auswirkungen aufgrund der kantonalen Sparmassnahmen sind in den Finanzplanjahren nicht berücksichtigt.

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Die Nettoaufwendungen für die diversen Lastenverteilsysteme seien laufend und stark zunehmend. Seit dem Jahr 2009 sei eine Zunahme von rund Fr. 3,5 Mio. zu vermerken. Die zunehmend hohen Lasten seien der Hauptgrund für das strukturelle Defizit. Ohne diese markante Zunahme - deren Höhe nicht vorhersehbar gewesen sei - müsste heute nicht über ein strukturelles Defizit gesprochen werden.

Die Kantonalisierung der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde habe im Lastenausgleich "Neue Aufgabenteilung Gemeinden - Kanton" im Jahr 2013 zu einem Anstieg der Kosten von rund Fr. 1 Mio. geführt. Im Jahr 2014 werde die Kantonalisierung im Lastenausgleich der Sozialhilfe kompensiert - jedoch nur teilweise, da andere Kostensteigerungen in diesem Bereich die Kompensation wieder wettmachen.

Die Prognosen im Bereich der Lastenausgleichsysteme zeigen - wenn auch abgeschwächt - weiterhin eine zunehmende Tendenz auf. Inwiefern sich die kantonalen Sparmassnahmen auch in diesen Verbundaufgaben für Langenthal kostenreduzierend auswirken werden, sei aus heutiger Sicht noch nicht definitiv abschätzbar. Indikatoren dazu gebe es, weil die Sparmassnahmen auch Verbundaufgaben betreffen. Andererseits seien die Sparmassnahmen vom Grossen Rat noch zu beschliessen. Wie stark mögliche von Sparmassnahmen Betroffene direkt bei der Gemeinde anklopfen werden, sei heute auch noch nicht beurteilbar.

Obwohl der Kostenanstieg nicht vorhersehbar gewesen sei, sei er heute bekannt. Demgemäss gelte es damit umzugehen und die Hausaufgaben zu machen.



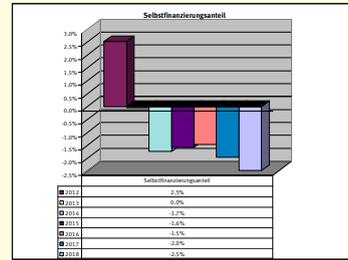
Als Folge zunehmend struktureller Defizite sinke der Selbstfinanzierungsgrad, welcher idealerweise 100% oder mehr betragen sollte. Langenthal könne sich zur Zeit einen tiefen Selbstfinanzierungsgrad leisten, weil dieser der bewusst gewählten Strategie entspreche, den Investitionsstau der letzten Jahre über Mehrinvestitionen abzubauen. Auf längere Sicht müssen die Investitionen sowie der Aufwandüberschuss aber wieder gesenkt werden, um eine Neuverschuldung zu verhindern.

Der Selbstfinanzierungsanteil sage aus, wie viel Investition mit im entsprechenden Jahr selber erwirtschafteten Mitteln bezahlt werden können.

Das hohe strukturelle Defizit führe dazu, dass dieser Anteil klein und sogar negativ werde. Negativ heisse, dass ohne die Investitionen nicht genügend Mittel erwirtschaftet werden, um dem normalen "Konsum" die Stange halten zu können, so dass von der Substanz gelebt werden müsse. Im Moment werde dies zulasten des Eigenkapitals gemacht, was aber nur eine Übergangslösung sein dürfe. Fatal wäre es insbesondere dann, wenn die Zinsen wieder ansteigen würden und die Zinslast auch wieder zunehmen würde, was zur Folge hätte, in die sogenannte Schuldenfalle zu tappen.

## Folgen des strukturellen Defizits

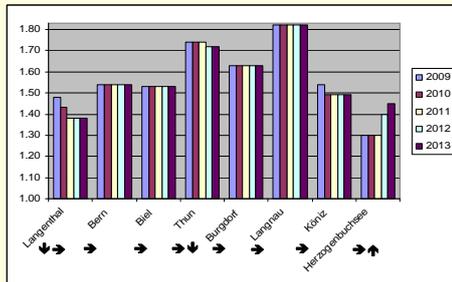
### negativer Selbstfinanzierungsanteil



Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

## Finanzplan

### Vergleich Steueranlage-Entwicklung 2009 - 2013



Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Der Steuerertrag 2013 sei mit einem Wachstum von + 2% prognostiziert worden, was kaum erreicht werden könne. Die Gründe seien im nur knapp positiven Wirtschaftswachstum - verknüpft mit einem teilweisen Abfluss von Steuersubstrat - zu suchen. Das Steuersubstrat berechne sich aus steuerbarem Einkommen, Vermögen und aus Gewinnen. Wie lange der Trend (unterdurchschnittliche Steuerertragsjahre) anhalte, werde sich weisen. Momentan zeichne sich eine Trendwende nicht ab.

Die Langenthaler Steueranlage habe sich im Vergleich mit anderen grossen bernischen Gemeinden deutlich attraktiver entwickelt. Langenthal sei heute mit einer Steueranlage von 1.38 Einheiten nach wie vor im vordersten 5%-Bereich aller Berner Gemeinden. Alle anderen grösseren wie auch benachbarten Gemeinden weisen eine höhere Steueranlage auf. Die Entwicklung für das Jahr 2014 in den anderen Gemeinden sei nicht bekannt.

## Finanzplan

### Steuererträge

	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Flpa	Flpa	Flpa	Flpa
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
<b>Beträge in Tfr.</b>							
Einkommens- und Vermögenssteuern	24'333	26'300	25'306	25'718	26'135	26'571	27'004
Gewinn- + Kapitalsteuern	5'116	5'056	5'110	5'171	5'231	5'295	5'358
Übrige Steuern	3'873	4'096	4'020	4'140	4'190	4'240	4'290
<b>Total Steuern</b>	<b>33'324</b>	<b>35'440</b>	<b>34'436</b>	<b>35'029</b>	<b>35'558</b>	<b>36'106</b>	<b>36'652</b>
Steueranlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Der Gemeinderat habe die Prognose für den Voranschlag 2014 vorsichtshalber zurückgenommen, indem er gegenüber dem Voranschlag 2013 um Fr. 1 Mio. tiefere Einnahmen budgetiert habe. In den Folgejahren werde mit einem durchschnittlichen Steuerertragswachstum von 1,5% gerechnet.



## Investitionsplan

stadtlangenthal

### Investitionsplan

- **Prioritär: Investitionen zur Werterhaltung der Infrastruktur**
- **Sekundär: Investitionen mit Zukunfts-Potenzial**

- **wichtigste Positionen 2014 – 2018 (netto, d.h. nach Subventionen):**

- Schulzentren (inkl. Sportanlagen), Kindergärten	Fr.	18.8 Mio.
- Stadttheater	Fr.	7.4 Mio.
- Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof	Fr.	11.5 Mio.
- Allgemeiner Hochbau (ohne Schulen, Theater)	Fr.	3.4 Mio.
- Tiefbau (Strassen)	Fr.	9.5 Mio.
- Gebühren-/spezialfinanzierte Investitionen	Fr.	13.5 Mio.

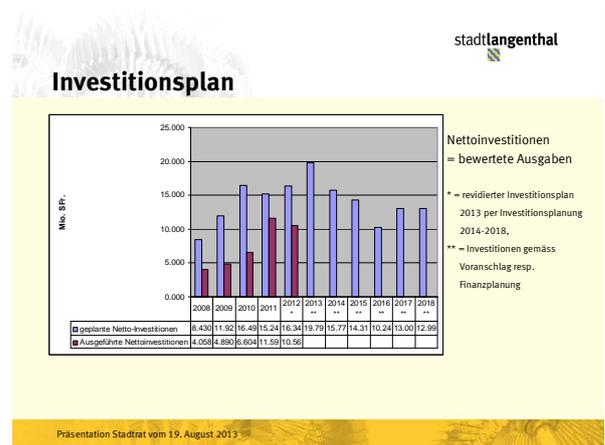
Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Für den steuerfinanzierten Haushalt sei die Investitionsquote auf Fr. 10 Mio. pro Jahr beschränkt worden. Konkret sollen damit prioritär die notwendigen Infrastrukturen im Wert erhalten werden. Zukunfts-trächtige und ergänzende Investitionen seien sekundär zu tätigen.

In der bekanntermassen rohstoffarmen Schweiz soll in die Bildung investiert werden. Der Nachholbedarf bei den Schulhäusern bestehe. In den letzten Jahren sei diesbezüglich ein grosser Effort geleistet worden (Beispiel: Projekt ict4kids).

Für das wichtige Projekt zur Sanierung des Stadttheaters seien für die Jahre 2014 bis 2018 insgesamt Investitionen von rund Fr. 57,4 Mio. aus dem steuerfinanzierten Bereich und rund Fr. 13,5 Mio. aus dem restlichen Bereich (Gebühren und spezialfinanzierte Bereiche) vorgesehen.

In den letzten Jahren sei das Investitionsvolumen wie auch die Quote der zur Ausführung gelangten Projekte, stark angewachsen. Die heute im Investitionsplan eingestellten Projekte seien gut auf-geleitet worden und befinden sich auf einem guten Arbeitsstand, wobei die Prozesse durch die Politik immer wieder verändert werden können.



Der Peak werde bei Betrachtung der Nettoinvestitionen im Jahr 2013 zwar erreicht sein, was aber nur der halben Wahrheit entspreche, weil die Investitionen im Bereich Bahnhof auf der Bruttobasis (inkl. Bundes- und Kantonssubventionen) gerechnet werden, so dass die Gesamtinvestitionen ab den Jahren 2017 noch bedeutend höher sein werden, die aber nur zu einem kleineren Teil von Langenthal zu tragen seien, da entsprechende Subventionen zu erwarten seien.

Der Finanzplan zeige eine weitere drohende Erhöhung der Defizite auf. Das gesetzte Ziel, die Defizite zu verringern, werde nicht ohne Anstrengungen zu erreichen sein. Der Gemeinderat habe deshalb die Vornahme einer Aufgabenüberprüfung sowie die einer Ertragspotential-Optimierungs-Überprüfung beschlossen. Details dazu seien momentan in Vorbereitung. Darin gehe es darum, dem Kostenwachstum der letzten Jahre zu begegnen und der Ertrags-erosion mit geeigneten Massnahmen entgegenzu-treten.

stadtlangenthal

### Schlussbemerkungen

**Wie sollen die neuen Regierungsrichtlinien umgesetzt werden?**

- **Investitionen: jährliche Obergrenze von Fr. 10 Mio. über einen Zeitraum von 10 Jahren = 2013 - 2022**
- **Jahresrechnung: Abgesehen von der „Defizitursache Investitionen“ werden die Jahresrechnung sukzessive ausgeglichener gestaltet.**

⇒ **Aufgabenüberprüfung und Optimierung Ertragspotential.**

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013



Dass dies nicht einfach sein werde, zeige sich daran, dass die besonders stark ansteigenden Kosten vielfach nicht, oder äusserst schwierig beeinflussbar seien. Bereits heute stehe fest, dass diese "Übung" einer sehr sorgfältigen Vorbereitung bedürfe und, dass sie politisch möglichst breit abgestützt werden müsse. Hier und jetzt bereits zu sagen, wie und wo gespart werden wolle und wie neue Einnahmen generiert werden sollen, wäre unseriös. Der Gemeinderat habe das Steuer in die Hand genommen, um den Tanker in die richtige Richtung zu steuern.

stadtlangenthal

### Antrag Voranschlag 2014

- **Aufwendungen Fr. 108.05 Mio.**
- **Erträge Fr. 95.55 Mio.**
- **Aufwandüberschuss Fr. 12.50 Mio.**
- **Steueranlage 1,38 (unverändert)**
- **Liegenschaftssteuer 1,0 ‰ (unverändert)**

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Aufgrund des nach wie vor hohen Eigenkapitals von über Fr. 100,0 Mio. beantrage der Gemeinderat, die Steueranlage vorderhand auf 1.38 zu belassen.

Die im vorliegenden Voranschlag fehlende Hundesteuer (Hundetaxe) werde neu in einem Reglement festgelegt. Das neue Reglement werde heute Abend im Traktandum Nr. 4 vom Stadtrat separat behandelt, so dass diese neue Vorlage den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ebenfalls am 23./24. November 2013 zur Abstimmung vorgelegt werden könne.

Langenthal sei nach wie vor eine mehrfache Millionärin, was Langenthal auch bleiben soll! In nächster Zeit werde ein Effort verlangt, um das anstehende Fitnessprogramm absolvieren zu können.

**Matthias Bärtschi, GPK-Mitglied:** Im Namen der Geschäftsprüfungskommission erlaube er sich zum vorliegenden Traktandum als auch zum Traktandum Nr. 3 gleichzeitig Stellung zu beziehen.

Die Geschäftsprüfungskommission sei an ihrer Sitzung vom 12. August 2013 durch den Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen, Jürg Häusler, umfassend informiert worden. Die meisten Fragen seien sofort beantwortet worden. Die Antworten auf offen gebliebene Detailfragen seien im Nachgang zur Sitzung abgeklärt und den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission in schriftlicher Form nachgereicht worden.

Auch wenn die Begleitung und Kommentierung des Voranschlag und des Finanz- und Investitionsplans zu den Kernaufgaben der Finanzkommission gehören, erachte es die Geschäftsprüfungskommission als angebracht, inhaltliche Fragen zu den Geschäften zu stellen.

Die Geschäftsprüfungskommission habe beispielsweise die Frage gestellt, warum die Sanierung unter der Position 3.3 im Investitionsplan (Umgestaltung Bahnhofstrasse Abschnitt Hübeligasse bis Talstrasse/PNr. 3-3-2012-0-15) terminmässig wieder vorverschoben worden sei, womit sie nicht mehr mit der geplanten Sanierung der Position 3.4 (St. Urbanstrasse, Sanierung Teilabschnitt Spitalplatz-Marktasse/PNr. 3-3-2012-0-15) abgestimmt werden könne? Die nachgelieferte Antwort laute, dass die Vorverschiebung vorgenommen worden sei, weil die aktuelle Zustandsbeurteilung ergeben habe, dass die Sanierung der Bahnhofstrasse dringender sei, als vorerst angenommen worden sei. Die Geschäftsprüfungskommission habe unter anderem auch gefragt, was der Grund für die Verdoppelung der Kosten unter Position 3.27 im Investitionsplan (Strassenunterhalt/PNr. 3-3-2012-0-14) sei. Die nachgelieferte Antwort laute, dass dieser Betrag im Investitionsplan 2013-2017 aus Sparüberlegungen halbiert worden sei. Weil mit Fr. 125'000.00 nur ein sehr eingeschränkter laufender Unterhalt habe finanziert werden können und weil das Strassen-Unterhaltskonzept nicht vollständig umgesetzt worden sei, sei der Betrag im vorliegenden Investitionsplan wieder auf Fr. 250'000.00 erhöht worden.



Die Geschäftsprüfungskommission habe weder zum Finanz- und Investitionsplan noch zum Voranschlag 2014 formelle Einwände. Die Geschäftsprüfungskommission sei aber auch der Meinung, dass aufgrund der vorliegenden unerfreulichen Zahlen und in Anbetracht der anstehenden Projekte Handlungsbedarf in Sachen Finanzen bestehe. Von zentraler Bedeutung seien die vom Gemeinderat in Aussicht gestellte Projekte zur Aufgabenüberprüfung und zur Optimierung des Ertragspotentials, welche zügig an die Hand genommen werden sollen.

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission danke er allen, die an der Finanz- und Investitionsplanung sowie am Voranschlag 2014 mitgearbeitet haben.

**Roberto Di Nino, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion habe den aktualisierten Finanz- und Investitionsplan mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen. Die SVP-Fraktion danke den Verfassern, für die fundierte und solide Arbeit und insbesondere Gemeinderat Jürg Häusler für die heute Abend gemachte klare Darlegung.

Die SVP-Fraktion habe sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie die Planung bewertet werden soll. Die SVP-Fraktion mache sich natürlich Sorgen, dass die Finanzplanung 2014-2018 eine durchwegs negative Selbstfinanzierung ausweise, zumal auch ohne die hohen Investitionen hohe Defizite eingefahren werden. Die Ursachen dafür seien genannt worden: höherer Nettoaufwand aus dem kantonalen Lastenausgleich einerseits, neue Aufgaben der Stadt andererseits. Das Ergebnis sei finanzpolitisch natürlich ganz schlecht und bedeute, dass die Stadt ohne die onyx-Millionen absolut NULL Handlungsspielraum hätte. Gemeinderat Jürg Häusler habe es bereits erwähnt, dass diesbezüglich eine Korrektur vorgenommen werden müsse. Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen Langenthals sehen vor, dass die Korrektur sauber analysiert und in einem geordneten Rahmen - damit seien keine Schnellschüsse und keine Hau-Ruck-Übungen gemeint - ablaufen soll. Diese Chance gelte es zu packen! Die SVP-Fraktion unterstütze das vom Gemeinderat in diesem Zusammenhang angestossene Projekt zur Ausgabenüberprüfung und zur Verzichtplanung.

Aus der Finanz- und Investitionsplanung gehe auch die Tatsache heraus, dass der Gemeinderat seine Investitionspolitik - trotz den veränderten Rahmenbedingungen - aufrecht erhalten wolle. Die Defizitursache "Investitionstätigkeit" werde vor diesem Hintergrund offenbar bewusst in Kauf genommen, was von der SVP-Fraktion im Grundsatz als richtig erachtet werde. Es liege im Interesse der Stadt über gute Rahmenbedingungen zu verfügen, indem das Eigenkapital nach wie vor vorrangig für den Werterhalt von Investitionen und für den gezielten Ausbau der Infrastruktur eingesetzt werde. Das gelte trotz der klar schwieriger gewordenen Sachlage weiterhin.

Aus dem Finanzplan lassen sich Schlussfolgerungen ziehen, die eigentlich allen klar sein sollten: In der laufenden Legislatur sei Sparen und Masshalten angesagt. Dabei handle es sich um eine Tatsache, die nicht nur im Gemeinderat sondern auch im Stadtrat ein Thema sein sollte. Es gelte die Zeichen der Zeit zu erkennen und keine neuen Aufgaben für etwas nur Wünschbares und nicht zwingend Notwendiges zu schaffen. Dieses Vorgehen werde die Leitlinie der Legislaturperiode sein, ob dies nun gefalle oder nicht. Der vorliegende Finanz- und Investitionsplan lasse gar keinen anderen Schluss zu.

**Ruth Trachsel, EVP/glp-Fraktion:** Im Namen der EVP/glp-Fraktion danke sie Gemeinderat Jürg Häusler und den Mitarbeitenden des Finanzamtes für die geleistete Arbeit. Die Angaben im Finanz- und Investitionsplan seien für die EVP/glp-Fraktion nachvollziehbar. Die Stadt investiere viel und werde noch viel investieren (Beispiel: Sanierung Schulzentren Kreuzfeld 1 und 4). Weitere höhere Ausgaben seien leider nur bedingt beeinflussbar, wie jene im Zusammenhang mit dem Aggloprogramm oder mit dem stark steigenden Lastenausgleich. Die geplanten Investitionen im Rahmen des ESP-Bahnhof-Projektes werden von der EVP/glp-Fraktion ganz besonders begrüsst. Die Umgestaltung des Bahnhofs sei ursprünglich mit einer EVP-Motion angestossen worden und werde in den nächsten Jahren ein wichtiges städtebauliches Ziel sein. Der heutige Bahnhof samt Areal genüge den Anforderungen längst nicht mehr und sei keine Visitenkarte für die Stadt Langenthal.



## Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

Die hohen Investitionsvolumen in die Bildungsinstitutionen werden von der EVP/glp-Fraktion als zukunftsgerichtet und als der Bildungsstadt Langenthal entsprechend angeschaut. Die EVP/glp-Fraktion rege aus Sicht der Finanzen jedoch an, die Kosten und den Ausbaustandard im Auge zu behalten. Auffallend sei, dass städtische Bauvorhaben immer wieder erstaunlich teuer seien und dass beim Ausbau und bei Einrichtungen gespart werden könne. Auch im Strassenbau seien grosse Aktivitäten geplant. Der EVP/glp-Fraktion stelle sich die Frage, ob in diesem Bereich Sparpotential vorhanden wäre, wenn gewisse Arbeiten aufgeschoben würden.

Das Eigenkapital werde sich gemäss Prognosen bis Ende des Jahres 2018 von heute Fr. 104 Mio. auf rund Fr. 46 Mio. reduzieren, wenn "kein Gegensteuer gegeben werde". Vor diesem Hintergrund habe der Gemeinderat auf Antrag der Finanzkommission eine Aufgabenüberprüfung in Auftrag gegeben. Die EVP/glp-Fraktion begrüsse diese strategische Aufgabenüberprüfung zur Priorisierung der Ausgaben grundsätzlich, wolle aber gleichzeitig auf die Gefahr hinweisen, dass sich dieser Auftrag als eine Art Rohrkrepiierer erweisen könnte, wenn die Verwaltung durch die Überprüfungsaufträge faktisch lahmgelegt würde.

Der Stadtrat werde nicht darum herum kommen, zu entscheiden, welche städtischen Aufgaben beibehalten werden sollen und was die Stadt aus Spargründen nicht mehr anbieten könne. Da Entscheide dieser Art schmerzen, werden sie dementsprechend überlegt getroffen werden müssen. Überhastete Sparübungen im heutigen Zeitpunkt seien nicht sinnvoll.

Die EVP/glp-Fraktion nehme den vorliegenden Finanz- und Investitionsplan in der vorliegenden Form zur Kenntnis.

**Markus Gfeller, FDP/jll/BDP-Fraktion:** Auch die FDP/jll/BDP-Fraktion danke allen an der Verarbeitung des umfangreichen und aussagekräftigen Text- und Zahlenmaterials Beteiligten.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei erfreut darüber, dass die Steueranlage im Planungshorizont unverändert belassen werde, da nicht an den Einnahmen sondern an den Ausgaben herumgeschraubt werden müsse. Ebenfalls erfreut zur Kenntnis genommen worden sei, dass das Investitionsvolumen der steuerfinanzierten Investitionen auf durchschnittlich jährlich rund Fr. 10 Mio. beschränkt werden soll. Die FDP/jll/BDP-Fraktion denke, dass diese Lösung sinnvoll sei, weil jede ausgelöste Investition auch irgendwo bearbeitet werden müsse. Rein aus dieser Sicht, mache es sicher Sinn, sich eine Selbstbeschränkung in einem gewissen Bereich aufzuerlegen. Wo diese Limite sein müsse, werde vom Gemeinderat besser beurteilt werden können, als dies der Stadtrat könne.

Die Vorlage beinhalte jedoch auch zwei, drei Sachen, die negativ seien: Gemeinderat Jürg Häusler habe die höheren Belastungen aus dem Finanz- und Lastenausgleich bereits angesprochen. Dieses Ärgernis bestehe seit dem es den Lastenausgleich gebe. Tatsache sei, dass Langenthal den Lastenausgleich bezahle, obwohl die Kosten nicht direkt anfallen. Gemeinderat Jürg Häusler habe beispielsweise auf Lohnerhöhungen im Sozialamt hingewiesen, die über den Lastenausgleich bezahlt werden, womit die Kosten indirekt anfallen, da das Geld von irgend jemandem wieder verteilt und zugewiesen werde. Somit haben eigentlich alle nur das Interesse, Geld auszugeben, um im Prinzip Arbeitsplätze zu schaffen oder vor Ort ein grösseres Dienstleistungsangebot zu generieren. Keiner überlege sich, wer die Kosten schlussendlich zahle.

In diesem Bereich könne die Gemeinde zwar nicht sehr viel machen. Da im Stadtrat Langenthal mindestens drei amtierende Grossräte seien, appelliere er an diese, im Grossen Rat auf diese Problematik nicht nur hinzuweisen, sondern sich auch durchzusetzen. In die genau gleiche Bresche schlage eigentlich auch die dauernd verwendete Ausrede (siehe Finanzplan 2014-2018, Seite 7/20, Titel 3.4 "Gesetzgeberische Einflüsse - Kantonale Sparmassnahmen"), dass der Kanton mangels Geld spare und damit eigentlich nur Aufgaben an die Gemeinden delegiere. Damit werde zwar im Budget des Kantons gespart, aber mit Sparen an sich, habe dieses Vorgehen natürlich überhaupt nichts zu tun.



Aus Sicht der FDP/jll/BDP-Fraktion sei es richtig, dass die Ausgliederungskosten (Beispiele: Alterszentrum Haslibrunnen und Industrielle Betriebe) nicht in den Finanzplänen integriert seien. Allerdings ebenso richtig würde erachtet, dass diese Kosten der Stadt gar nicht anfallen. Zu diesem Thema werde sicher heute Abend noch etwas zu hören sein.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion habe auch die Spezialfinanzierungen unter die Lupe genommen. Im Planungshorizont Kehricht sei eine Zunahme von rund Fr. 1 Mio. angegeben. Der Gemeinderat habe offenbar erkannt, dass gewisse Gebührenreduktionen ins Auge gefasst werden könnten, warte aber im Moment noch die Entwicklung in der Speiseresten-Abfuhr ab, was wahrscheinlich Sinn mache.

Auch im Planungshorizont der Feuerwehr sei eine Zunahme von rund Fr. 1 Mio. zu verzeichnen, so dass auch in diesem Bereich die Überlegung angestellt werden dürfte, wie gross das Reservepolster für die Feuerwehr effektiv sein müsse.

In der Spezialfinanzierung Abwasser betrage die Reserve rund Fr. 7,7 Mio. Im Planungshorizont des Finanzplans sei keine grosse Veränderung enthalten. Wer sich aber überlege, dass ein Jahresbudget sich irgendwo bei Fr. 5,5 Mio. bewege, sehe, dass auch diese Spezialfinanzierung sehr gut dotiert sei.

Auch die FDP/jll/BDP-Fraktion habe natürlich festgestellt, dass ein relativ grosses Defizit entstehen werde, was durchaus erkennbar sei, ohne viele Semester studiert zu haben. Auf Langenthal werden grosse Investitionen zukommen. Nur für die Strassenlärmsanierung seien Fr. 2,9 Mio. budgetiert worden. Im Moment würden seine Eltern in den Genuss von Sanierungsmassnahme des Kantons kommen. Es handle sich dabei um ein Investitionsvolumen von knapp Fr. 3'000.00. Inzwischen habe er dem Kanton sicher bereits sieben oder acht Schriftstücke schicken müssen und dafür hin und her laufen müssen. Aufgrund dieser persönlich gemachten Erfahrung, gehe er davon aus, dass in diesem Bereich sicher noch Geld und Einsparpotential vorhanden wäre. Demgemäss mache er beliebt - wenn es in Langenthal soweit sei - den Administrativaufwand so gering wie möglich zu halten.

Im Rahmen der versprochenen Aufgabenüberprüfung dürfe es nicht verboten sein, auf gewisse bereits gefassten Stadtratsbeschlüsse zurückzukommen, weil sich eine Aufgabenüberprüfung erübrigen würde, wenn alle jemals gefällten Beschlüsse aufrechterhalten werden sollen. Persönlich sei im spontan das Spielplatzkonzept ins Auge geschossen, weil der Stadtrat bei der Kreditbewilligung vielleicht etwas grosszügig gewesen sei. Für die Sanierung des Stadttheaters seien im Moment Fr. 7,4 Mio. vorgesehen. Er hoffe, dass alle daran denken und sich daran halten werden, wenn das Geschäft konkret vorliegen werde. Aufgefallen sei ihm auch, dass für das Verwaltungszentrum wiederum Fr. 1,7 Mio. vorgesehen seien, um das Attikageschoss zu sanieren. Bei notwendigen Investitionen gelte es darauf zu achten, nicht immer die "goldenen Wasserhähnen" zu montieren. Diesem Umstand müsse aber nicht nur der Gemeinderat, sondern auch der Stadtrat gerecht werden. Auch im Stadtrat sei in der letzten Zeit der eine oder andere Beschluss gefällt worden, der möglicherweise bei einer anderen Finanzlage nicht einmal diskutiert oder so gefasst worden wäre. Das ABiKuS sei ein Beispiel dafür, sich eine Luxuslösung geleistet zu haben. Auch bei Sanierungen im Minergie-Standard hätten allenfalls ähnliche Ergebnisse - ohne Label zwar - erzielt werden können. Persönlich sei er froh, dass der Gemeinderat die Aufgabenüberprüfung an die Hand genommen habe. Er gehe davon aus, dass diese spätestens in das nächste Budget einfliessen werde.

Auf die von den Vorredner gemachten Aussagen, dass auf Hau-Ruck-Übungen oder auf überhastete Sparübungen verzichtet werden soll, werde die FDP/jll/BDP im Rahmen der Budgetdebatte (Traktandum Nr. 3) zurückkommen. Es werde nicht darum gehen, mit einer einzigen Position Millionen einsparen zu können, aber wenn bei wiederkehrenden Positionen ein paar Tausend Franken eingespart werden können, dann sei damit eben auch gespart, zudem schmerze die Einsparung kleinerer Beträge weniger, als ganze Projekte kippen zu müssen.



**Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion:** Auch die SP/GL-Fraktion richte ihren Dank an das Finanzamt und die weiteren an Ausarbeitung der Vorlagen Involvierten. Die SP/GL-Fraktion habe die Investitionsplanung sowie das Ziel, Investitionen von Fr. 10 Mio. pro Jahr anzusteuern zu wollen, positiv zur Kenntnis genommen. Von der SP/GL-Fraktion werden natürlich auch Investitionen in den Bahnhof und in die Bildungsstätten begrüsst.

Die SP/GL-Fraktion sehe die Aufgabenoptimierung nicht als ein Allheilmittel, da die Befürchtung bestehe, dass damit die gewünschten Effekte nicht oder nicht vollständig erzielt werden können. Aus diesem Grund gelte es auch die Einnahmen zu überprüfen und zu optimieren. Bei mittelfristiger Betrachtung der Situation sehe die SP/GL-Fraktion die Notwendigkeit einer Steuererhöhung.

**Beat Sterchi:** Auch der Investitionsplan müsse seiner Auffassung nach Bestandteil des Sparprogrammes sein, weil er sonst finanziell nicht verantwortbar sei. Es gelte entweder die Steuern zu erhöhen und dies auch zu kommunizieren, beispielsweise wenn die Vorlage des Stadttheaters gebracht werde, dessen Kosten sich anstatt auf Fr. 7,4 Mio. im Moment auf Fr. 10,4 Mio. belaufen sollen, was für ihn nicht verantwortbar sei. Ab diesem Punkt gelte es anzufangen zu steuern, wenn die Langenthaler Investitionsplanung Erfolg haben soll. Er sei davon überzeugt, dass der Stimmbürger aufgrund des Defizits von Fr. 12,4 Mio. an einer der nächsten Abstimmungen mit einem Nein auf Vorhaben reagieren werde. Persönlich werde er sich erlauben, gegen die Vorlage des Stadttheaters - wenn sie in der sich abzeichnenden Grössenordnung, die seiner nach finanzpolitisch nicht vertretbar sei, vorliege - zu opponieren. Er melde hiermit dem Gemeinderat seine Opposition, wie auch die Opposition zahlreicher Mitlangenthaler und Mitlangenthalerinnen an, die ebenfalls ein Stadttheater wollen, das eine günstige Kultur anbiete. Mit den vorliegenden Zahlen betreffend das Stadttheater liege ein nichtfinanzierbares Luxusprojekt vor. Der Gemeinderat werde dringend aufgefordert, diesbezüglich über die Bücher zu gehen.

Persönlich kritisch erachte er auch den Einfluss des Investitionsplans auf das Budget. Der Gemeinderat schätze überall die Realisierbarkeit (100% = 1; 75% = 2; 50% = 3) der Investitionen ein, was an und für sich positiv und ein gutes System sei. Falsch dagegen sei, dass im Investitionsplan aber Kredite enthalten seien - wie eben für das Stadttheaterprojekt - die mit der Realisierbarkeit 1 beurteilt werden, obwohl die Abstimmung darüber noch gar nicht stattgefunden habe. In Anbetracht der jetzigen Planung bzw. Höhe der Kosten, werde diese Abstimmung seiner Ansicht nach ganz sicher negativ ausfallen. Seiner Meinung nach müsse sich der Gemeinderat diesbezüglich grundsätzlich Gedanken über Investitionen machen, die auch in den Voranschlag einfließen. Ohne Beschluss des Stimmbürgers gehöre der Betrag von Fr. 2,4 Mio. für das Stadttheater eigentlich nicht ins Budget, so dass damit auch keine Basis für höher bemessene Abschreibungen bestehe. Dieser Punkte bedürfe einer Überprüfung. Er habe dem Finanzamt die Frage gestellt, wie viel der Fr. 15,7 Mio. kreditbewilligt seien und damit als Basis zur Berechnung der Abschreibungen für das nächste Jahr genommen werden können? Die heute eingegangene Antwort auf die Frage laute, dass es sich um ca. Fr. 7,5 Mio. handle ohne es genau aber sagen zu können. Auf diese Weise lasse sich ein Defizit natürlich auch künstlich aufbauen.

**Rudolf Lanz:** Auf drei Punkte weise er hin:

Das finanzielle Gerüst bestehe aus Eigenkapital und Fremdkapital. Das Eigenkapital betrage Ende Jahr 2013 noch Fr. 93,6 Mio. Angesichts der Defizite der nächsten 5 Jahre, werde das Eigenkapital bis auf Fr. 46 Mio. schmelzen. Langenthal verzinse heute kein Fremdkapital. Aufgrund der Entwicklung appelliere er an Gemeinderat Jürg Häusler, dem Aspekt "Liquidität" grosse Rechnung tragen zu müssen. Jetzt wieder mit einer Schuldenpolitik zu beginnen, sei seiner Ansicht nach störend, obwohl die Zinsen selbstverständlich noch tief seien, und obwohl die Stadt selbstverständlich gute Verhandlungen geführt habe, um Fremdkapital zu vernünftigen Zinsen aufnehmen zu können. Die Stadt werde damit in fünf Jahren wieder in die Nähe von Fr. 50,0 Mio. Schulden herangeführt, was seiner Meinung nach nicht sein dürfe, da dies auch künftige Generationen betreffe.



Nach über fünf Jahren noch über Eigenkapital von über Fr. 50,0 Mio. zu verfügen sei zwar gut, aber Fr. 50,0 Mio. Schulden zu haben, störe ihn gewaltig. Diese Aussicht allein verlange entsprechende Massnahmen dagegen zu ergreifen. Stadtrat Beat Sterchi habe die Investitionshöhe bereits erwähnt. Der Betrag von Fr. 66,0 Mio., mit dem in den nächsten 5 Jahren sowohl für steuer- wie gebührenfinanzierte Nettoinvestitionen gerechnet werde, sei sehr hoch. Sehr hoch auch, wenn daneben auch noch ein strukturelles Defizit verkraftet werden müsse. Selbstverständlich erfordere die Situation gut überlegte aber zwingende Massnahmen. Langenthal werde nicht darum herum kommen, alle Investitionsprojekte bewerten zu müssen und zu entscheiden, was noch "drin liegt" und was nicht.

Dass sich der Gemeinderat eine Aufgabenüberprüfung vorgenommen habe, werde von ihm begrüsst. Allerdings vermisse er darin eine Zielsetzung. Die Effizienzsteigerung könne ein Ziel einer Aufgabenüberprüfung sein. Darin lasse sich festsetzen, wo und in welchem Grad oder in Prozenten die Effizienz gesteigert werden soll. Auch die Frage mit welchem Personalbestand die immer wachsenden Aufgaben vorzunehmen seien, erfordere eine Überprüfung um zu optimieren. Der Gemeinde müsse - an wen immer der externe Auftrag vergeben werde - eine Zielsetzung vorgeben, worin festgelegt sei, inwieweit und inwiefern die Kosten gesenkt und das Ertragspotential ausgenützt werden sollen.

Ein für ihn sehr wichtiger Punkt sei die Einnahmequelle "Industrielle Betriebe Langenthal" (IBL). Die IBL seien im Jahr 2006 ausgegliedert worden. Bis dahin habe die Stadt von den IBL Gewinnbeteiligungen von jährlich Fr. 2,4 - Fr. 2,8 Mio. erhalten. Für die ersten zwei Jahren nach der Ausgliederung sei die Gewinnbeteiligung auf Fr. 2,0 Mio. und später auf Fr. 1,4 Mio. festgesetzt worden. Seither habe sich die Rahmenbedingung aber geändert. Im Jahr 2007 sei das Stromversorgungsgesetz geändert worden, womit die IBL die Abgabe von Fr. 1,4 Mio. den Benutzern ihrer Dienstleistungen (Strom, Wasser, Gas) weiterverrechnen könne, was von den IBL auch so gemacht werde. Demnach sei die IBL heute eine reine Durchlauferhitzerin für die Abgabe von Fr. 1,4 Mio. an die Stadt, indem sie die Kosten bei den Strombezüglern einziehe und diese an die Stadt weiterreiche, ohne selber etwas dafür zu tun. Seit der Ausgliederung habe die IBL keinen einzigen Franken Beitrag gebracht. Die IBL sei damals zu Buchwerten ausgegliedert worden. Er habe zwei Jahre nach deren Ausgliederung in einer Interpellation gefragt, um welche Werte es sich eigentlich effektiv handle, die übertragen worden seien. Die Antwort auf die Interpellation habe gelautet, dass diese Aussage nicht gemacht werden könne. Im Jahr 2012 seien die Werte dann aber vorliegend gewesen, als die IBL aufgewertet worden sei. Die IBL weise heute ein Eigenkapital von über Fr. 44,0 Mio. bzw. Fr. 50,0 Mio. aus, weil sie im Jahr 2012 neben dem ordentlichen Gewinn von Fr. 3,3 Mio. einen ausserordentlichen Gewinn von Fr. 44,0 Mio. erzielt habe. Die Stadt als 100%-ige Eigentümerin habe ein Anrecht auf eine Gewinnbeteiligung. Art. 13 des Organisations- und Gebührenreglements der Industriellen Betriebe Langenthal müsse kritisch angeschaut werden. Es gelte sich die Frage zu stellen, ob diese Bestimmung heute noch Bestand habe. Er empfehle dem Finanzchef, dieses Thema dem Gemeinderat zur Behandlung vorzulegen, um zu klären, was von den IBL erwartet werde. Den IBL werde ein Kapital von Fr. 50,0 Mio. überlassen. Jeder Normalunternehmer, der eine Investition tätige, wolle einen Return on Investment von 3, 4, 5%. Damit käme auch die Stadt auf eine Grössenordnung, die einigermaßen Hand und Fuss hätte, was der Gemeinde helfen würde. Die Abgabe sei nichts Anderes als die Abgabe für die Inanspruchnahme von öffentlichem Grund und anderer eingeräumter Vorteile, was aber nichts mit dem Leistungsergebnis und dem von den IBL erzielten Gewinn zu tun habe. Die Stadt als Eigentümerin dürfe deshalb auch eine Dividende verlangen.

**Stefan Ryser:** Betreffend den Personalbestand habe er sich die Mühe gemacht, die Verwaltung via E-Mail zu bitten, den Soll- und Ist-Bestand aufzuzeigen. Dabei habe sich gezeigt, dass der Soll-Bestand - wie er auch im Verwaltungsbericht erscheine - aus dem Jahre 1997 stamme. Der Soll-Personalbestand sei seiner Ansicht nach für Erarbeitung von Budgets wichtig. Mit diesem Führungsinstrument lasse sich aufzeigen, wie viele Leute gebraucht werden, um die Tätigkeiten und Aufgaben bewältigen zu können. Budgetiert werde allerdings nicht auf dem Soll-Bestand, sondern dem Ist-Bestand. Im Hinblick auf die anstehende Ausgabenprüfung bitte er den Gemeinderat, diesen Punkt zu überprüfen und der Neuzeit anzupassen.



Was die Finanzierung von Investitionen betreffe, so sei er mit seinem Vorredner (Stadtrat Rudolf Lanz) nicht ganz einverstanden. Er habe bereits in der letztjährigen Budgetdebatte die Frage gestellt, warum für Investitionen nicht günstiges Geld aufgenommen werde. Der Gemeinderat habe dies nun getan, indem Fr. 10,0 Mio. zu einem sehr guten Zins aufgenommen worden seien. Er sei natürlich nicht der Meinung gut verzinste städtischen Anlagen aufzulösen, um Investitionen damit zu decken, anstatt ganz günstiges Kapital aufzunehmen. Auch diesen Punkt gelte es im Hinblick auf die anstehende Aufgabenprüfung einer weiteren sauberen Prüfung zu unterziehen. Es gelte zu klären, wie viel Fremdkapital zu günstigen Konditionen aufgenommen werden soll, um so das Eigenkapital bzw. die gut verzinste Anlagen stehen zu lassen.

Von Vorrednern sei bereits angesprochen worden, dass eine Anpassung der Steuern irgendwann unumgänglich sein werde. Zwei Jahre seien sehr gute Gewinne erzielt worden, die den Steuerzahlenden mit der Reduktion der Steueranlage von 1.48 auf 1.38 zurückgegeben worden seien. Dieses Geld sei nun aufgebraucht. Im Rahmen der ganzen Finanzplanung und der Ausgabenüberprüfung gelte es demnach auch die Steuereinnahmen genau zu überprüfen.

Mit Stadtrat Rudolf Lanz gehe er in Bezug auf die IBL einig. Auch er sei ganz klar der Meinung die Thematik einer grossen Überprüfung bedürfe. Es könne nicht sein, dass die IBL Gewinne schreiben, ohne dass die Stadtkasse etwas davon erhalte.

Dass sich der Gemeinderat für die Überprüfung und Optimierung der Aufgaben, die von der Stadt zu leisten seien, entschieden habe, werde auch von der SP/GL-Fraktion begrüsst. Die SP/GL-Fraktion sei dabei! Als er sich vor einem Jahr dahingehend geäussert habe, dass in diesem Punkt nichts unternommen worden sei, sei er seinerseits von Gemeinderat Jürg Häusler getadelt worden auch nichts dafür gemacht zu haben. Die SP/GL-Fraktion sei nach wie vor bereit, aktiv mitzuhelfen. Um im Stadtrat weniger Diskussion darüber führen zu müssen und um sich in gewissen Punkten tatsächlich einig zu werden, sollte diese Arbeit politisch an einem Tisch vorgenommen werden.

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Vorweg halte er fest, dass in Langenthal keine goldenen Wasserhähnen montiert werden!

Weiter stelle er fest, dass offenbar beabsichtigt werde, bereits heute eine Stadttheater-Debatte führen zu wollen. Dabei gelte es aber vorsichtig zu sein und nicht Birnen mit Äpfel zu vergleichen.

Was die Fremdkapitalaufnahme betreffe, so finde eine solche immer in einem sehr massvollen Rahmen statt. Das Geschäft sei in der Finanzkommission gewesen. Wie Stadtrat Stefan Ryser erwähnt habe, wäre es vermessen, anstatt Fremdkapital aufzunehmen, gut rentierende Anlagen zu liquidieren.

Mit Bezug auf die IBL warne er davor, die IBL zu einer Milchkuh verkommen zu lassen, um damit städtische Probleme lösen.

### III Abstimmung:

Keine Abstimmung

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



### 3. Gemeindevoranschlag 2014; Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftsteuer; Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 23./24. November 2013

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** legt den Gang der Beratung fest:

- Detailberatung: A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission; Stellungnahme der Finanzkommission
- B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)
- C Detailberatung des Voranschlags 2014 (seitenweise Durchsicht des Zahlenmaterials/einzelne Budgetpositionen)/Abstimmung über allfällige Anträge
- Schlussabstimmung: D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)
- E Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 23./24. November 2013 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

Abhängig davon, wie die Abstimmungen zu den angekündigten Änderungsanträgen ausfallen, werde das Traktandum allenfalls an einer nächsten Stadtratssitzung fertig beraten werden müssen.

#### II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass Herr Gemeinderat Jürg Häusler und das Mitglied der GPK, Matthias Bärtschi auf eine Ergänzung ihrer bereits im Traktandum Nr. 2 vorgetragenen Ausführungen verzichten.

#### A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission; Stellungnahme der Finanzkommission<sup>1</sup>

**Gemeinderat Jürg Häusler:** *Als für das Finanzwesen zuständiger Gemeinderat dürfe er das erste Budget der neuen Legislaturperiode (2013-2016) vorstellen. Wie der Stadtrat zum Teil aus neuen Köpfen bestehe, seien auch die Grundlagen zur Budgetierung zum Teil angepasst worden.*

*Vor einem Jahr sei schon erwähnt worden, dass das nächste Budget eine Herausforderung darstellen werde, da die Anzeichen dafür bereits vorhanden gewesen seien, dass die Finanzpolitik ein Schwerpunktthema in der neuen Legislaturperiode bilden werde. Anlässlich der Medienkonferenz (Pressecafé) vom 8. August 2013 habe er von Gewitterzellen gesprochen, die sich gebildet haben. Ob und wie intensiv sich das Gewitter über dem Langenthaler Finanzhimmel entladen werde, hänge letztlich von der Politik ab. Bereits heute könne er aber versichern, dass nach jedem Gewitter die Sonne wieder zum Vorschein komme. Demgemäss sei er auch überzeugt, dass der Langenthaler Finanzplatz die Herausforderung meistern werde.*

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Die Berichterstattung/Präsentation von Herrn Gemeinderat Jürg Häusler und die Stellungnahme des GPK-Mitgliedes Matthias Bärtschi sind mit den im Traktandum Nr. 2 "Finanz- und Investitionsplanung 2014 - 2018" protokollierten Ausführungen identisch. Auf eine Wiederholung der Ausführungen wurde verzichtet. Im Sinne der Protokollvollständigkeit des vorliegenden Traktandums sind diese Ausführungen im Protokoll *kursiv dargestellt* abgedruckt.



## Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

### Voranschlag 2014 Finanz- und Investitionsplanung 2014 - 2018

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

## Inhaltsverzeichnis

- Richtlinien der Regierungstätigkeit
- Voranschlag 2014
- Finanzplan 2014 - 2018
- Investitionsplan 2014 - 2018
- Schlussbemerkungen

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

*Zu Beginn des Budgetprozesses 2014 seien die neuen Richtlinien noch nicht vorhanden gewesen. Mit den nun vorliegenden Richtlinien lassen sich die Aussagen betreffend die Finanzen mit dem Voranschlag 2014 vergleichen.*

*Der Gemeinderat habe festgelegt, die steuerfinanzierten Investitionen jährlich auf Fr. 10 Mio. zu begrenzen. Wünsche wären noch viele vorhanden. Alle Jahre finde deshalb ein Hin- und Herschieben und eine Priorisierung statt, um die gesetzte Limite einhalten zu können.*

*Die Jahresrechnung soll künftig sukzessive besser abschliessen. Die Investitionen, die die Ursache für das Defizit seien, seien momentan gewollt, indem überdurchschnittlich investiert werde, was zu höheren Abschreibungen führe. Dieser Umstand soll ausgeklammert werden, womit das Jahr quasi als Normaljahr gelte und damit als Referenzjahr betrachtet werden könne.*

*Die gesetzte Vorgabe könne für den Voranschlag 2014 nicht eingehalten werden. Auch die folgenden Finanzplanjahre zeigen weiter zunehmende Defizite auf.*

## Voranschlag 2014

### Voranschlag 2014

#### Grundsätze der Budgetierung

- Basis: Voranschlag 2013 sowie die Rechnung 2012
- Weisungen des Gemeinderates
- Festlegung der Investitionsquote und der Abschreibungsmethodik

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

## Richtlinien der Regierungstätigkeit

Die im Jahr 2013 aktualisierte gemeinderätliche Finanzstrategie sieht folgende finanzielle Ziele vor:

- Investitionen: jährliche Obergrenze von Fr. 10 Mio. über einen Zeitraum von 10 Jahren = 2013 - 2022
- Jahresrechnung: Abgesehen von der „Defizitursache Investitionen“ werden die Jahresrechnung sukzessive ausgeglichener gestaltet.

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

*Als Basis für die Erstellung des Voranschlages 2014 habe der Voranschlag 2013 gedient. In den Budgetprozess 2014 seien auch die Erfahrungen und bekannten Tatsachen aus dem abgeschlossenen Rechnungsjahr 2012 eingeflossen.*

*Die wichtigen Grundsätze - unter anderem die Investitionsquote und der Abschreibungsmodus - seien in den Weisungen des Gemeinderates festgehalten.*



Betreffend den Abschreibungsmodus sei nach wie vor vorgesehen, einen Teil der Abschreibungen direkt dem Eigenkapital zuzuführen, um das überhöhte Investitionsvolumen auffangen und kompensieren zu können, damit spätere Generationen nicht mit hohen Abschreibungslasten belastet werden.

Die Abschreibungen beziehen sich auf den Investitionsplan, der aufgrund der realisierten Investitionen immer wieder von der Planung abweichen könne. Meistens werde weniger investiert als geplant. Das Abschreibungsmeccano beziehe sich jedoch immer auf den gültigen Investitionsplan.

Das Ergebnis zeige leider ein weiter zunehmendes Defizit auf, das auch nach der Neutralisation von Sonderfaktoren (Abschreibungen aus zusätzlichen Investitionen und der Steuersenkung) ein beträchtliches Niveau aufweise.

Da die Stadt Langenthal die Lücke glücklicherweise nach wie vor verkraften könne, werde vom Gemeinderat weder eine Steuererhöhung noch das Schnüren eines kurzfristigen Sparpakets beantragt. Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass am heutigen Abend Anträge gestellt werden.

Die vorliegenden Zahlen seien im Budgetprozess jedoch genau hinterfragt und mehrmals hin- und hergereicht worden. Der Gemeinderat wolle nicht dahingehend verstanden werden, alles auf die lange Bank schieben zu wollen. Die Problemkreise gelte es zügig anzugehen, ohne ausser Acht zu lassen, dass kurzfristige Hau-Ruck-Übungen den erwarteten Effekt nicht bringen werden. Das nach wie vor hohe Eigenkapital ermögliche einen Rechnungsausgleich darüber, was allerdings nur als Übergangslösung betrachtet werden dürfe. Die Problemkreise seien erkannt. Die Kosten steigen in einem Masse an, dem die Erträge nicht mehr zu folgen vermögen, was als strukturelles Defizit bezeichnet werde.

## Voranschlag 2014

### Ergebnis Laufende Rechnung in TFr.

	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014
Aufwand ohne Abschr. VW	88'889	89'994	97'272	98'437
+ harmonisierte Abschreibungen auf dem steuerfinanzierten Verwaltungsvermögen (10%)	4'221	4'403	5'497	5'660
+ übrige Abschreibungen	4'659	3'869	3'825	3'950
<b>Aufwand</b>	<b>97'769</b>	<b>98'266</b>	<b>106'594</b>	<b>108'047</b>
Ertrag	90'013	90'793	96'107	95'546
<b>Ertragsüberschuss</b>				
<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>7'756</b>	<b>7'473</b>	<b>10'487</b>	<b>12'501</b>
zusätzliche Abschreibungen für Investitionen > 4 Mio.	4'659	4'550	4'640	5'900
Senkung Steuern von 1.48 auf 1.38	2'030	2'070	2'200	2'200
<b>Ertrags (-) / Aufwandüberschuss nach Neutralisation der zusätzlichen Abschreibungen und der Steuersenkung</b>	<b>1'067</b>	<b>853</b>	<b>3'647</b>	<b>4'401</b>

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

## Voranschlag 2014

### Überblick Aufwände



### Aufwandarten im Vergleich zum Voranschlag 2013

- Personalaufwand: + 2.2% -> Lohnrunde 14, Stellenbedarf (Sozialamt, Zivilschutz)
- Sachaufwand: + 0.5% -> baulicher Unterhalt und IT-Kosten
- Passivzinsen: - 75.5% -> Abnahme Bankschulden
- Abschreibungen: + 1.5% -> erhöhtes Investitionsvolumen
- Entschädigungen/Beiträge: + 0.9% -> Lastenausgleich, Beiträge an div. Institutionen

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Der stärkste Aufwandanstieg sei bei den Personalkosten zu verzeichnen, was für die Stadt aber nur teilweise relevant sei, weil rund die Hälfte der Kostensteigerung von 2,2% Neustellen betreffen, die den steuerfinanzierten Haushalt nicht belasten. Dabei handle es sich um Stellen im Sozialamt oder im Alterszentrum Haslibrunnen, die über den Lastenausgleich oder über entsprechende Einnahmen finanziert werden.

Die Erhöhung der Entschädigungen und eigenen Beiträge um Fr. 0,5 Mio. oder nahezu 1% sei vor allem auf das Lastenausgleichssystem zurückzuführen



Aufgrund eher schwacher Erträge in den Jahren 2011 und 2012 sowie einem tendenziell zu optimistisch gemalten Bild für das Jahr 2013, sei die Ertragsprognose für das Jahr 2014 stark zurückgenommen worden.

Die Steuergesetzrevision habe zu schwächeren Erträgen geführt, was sich stärker als bisher angenommen auf die Ertragsseite ausgewirkt habe.

## Finanzplan

stadtlängenthal

### Finanzplan

#### Ergebnisse

Beträge in Fr. 1'000.--	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Rechnung	Voranschlag	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
Steueranlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38
<b>Laufende Rechnung</b>							
Total Aufwand	98'266	106'595	108'047	109'798	103'768	107'689	107'162
Total Ertrag	90'793	96'107	95'346	96'811	97'371	100'541	99'313
<b>Aufwandüberschuss</b>							
Inklusive steuerfinanzierte übrige Abschreibungen	7'473	10'488	12'501	12'987	6'397	7'148	7'849

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Die Belastung durch den Finanz- und Lastenausgleich des Kantons Bern nehme unablässig zu. Die Kostenzunahme sei in den letzten Jahren in die Millionen Franken gegangen.

Die Kunsteisbahn auf tragfähige Beine zu stellen, die Schaffung des neuen Amtes für Bildung, Kultur und Sport und die Ausstattung der Schulen mit modernen Informatikmitteln seien neuen Aufgaben, die die Stadt jährlich je eine halbe Million Franken kosten.

Das Kostenwachstum könne mit den Steuererträgen nicht aufgefangen werden.

Bei Investitionen sei auf die jährlich wiederkehrenden Betriebs- und Folgekosten zu achten. Dieser Punkt sei für die Budgetierung letztlich matchentscheidend. Diesbezüglich werde die Politik in nächster Zeit vor grossen Herausforderungen stehen.

## Voranschlag 2014

### Überblick Erträge



### Ertragsarten im Vergleich zum Voranschlag 2013

- Steuern: -2.8% → reduzierte Prognose aufgrund Erfahrungen 2011 und 12
  - Vermögenserträge: -13.2% → Abnahme der zinsbringenden Anlagen
  - Entgelte: +0.2%
  - Rückstellung/Beiträge: +3.5%
- Ursachen für die Zunahme:  
- Veränderungen bei den Lastenausgleichen (z.B. die Sozialhilfe, Disparitätenabbau)  
- Abgeltung Kinderheim  
- Unterkunftsbeiträge Truppenunterkunft

Die heutige Faktenlage zeige, dass - unabhängig der Zielvorgaben in den Regierungsrichtlinien - die Aufwandüberschüsse in den Jahren 2015 und 2016 zunehmen werden.

Im Jahr 2016 werde die neue Rechnungslegungsnorm HRM2 eingeführt, die vorübergehend zu tieferen Abschreibungen führen werde. Zu glauben, dass damit das Problem gelöst oder auch nur gemildert werde, wäre jedoch ein "Fehlschluss".

Im Jahr 2017 werden die Abschreibungen wieder verstärkt anwachsen. Ohne entsprechende Massnahmen zu ergreifen, werde sich das strukturelle Defizit weiter erhöhen.

## Gründe für das anwachsende strukturelle Defizit?

- Belastung durch die Finanz-/Lastenausgleiche
- neue Aufgaben
- generell höhere Kostenwachstum im Vergleich zum Ertragswachstum



## Finanzplan

### Lastenverteiler und Finanzausgleich

#### jährliche Belastungen, in TFr.

Beizüge in TFr.	Rechnung			Voranschlag		FiPla				
	2009	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
Öffentlicher Verkehr	1'181	1'584	1'660	1'690	1'840	1'965	2'100	2'235	2'370	
Finanzausgleich (Bundeskantonal)	179	927	-1'420	-1'600	-1'850	-1'960	-2'220	-2'392	-2'613	
Aufgabenstellung Gde/Kanton	0	0	1'316	2'640	3'116	3'140	3'160	3'180	3'200	
Familienzulage	0	18	36	60	61	61	62	62	62	
EL (AHV / IV)	2'819	3'150	3'416	3'260	3'207	3'245	3'300	3'440	3'590	
Unterhalt Gemeindestrassen	-2'921	-1'39	0	0	0	0	0	0	0	
Lastenausgleich Sozialhilfe	5'454	6'346	6'668	7'400	6'950	7'000	7'100	7'200	7'300	
Soziodemografischer Zuschuss	0	0	-234	-300	-235	-235	-235	-235	-300	
Lehrerbesoldungen	5'069	5'011	5'487	4'382	4'889	4'969	5'011	5'066	5'117	
<b>Total</b>	<b>14'017</b>	<b>16'748</b>	<b>16'932</b>	<b>18'092</b>	<b>17'979</b>	<b>18'131</b>	<b>18'143</b>	<b>18'421</b>	<b>18'769</b>	

#### Anmerkung:

- Bei der Abnahme im Jahr 2014 handelt es sich um einen Sondereffekt.
- Mögliche Auswirkungen aufgrund der kantonalen Sparmassnahmen sind in den Finanzplanjahren nicht berücksichtigt.

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Die Nettoaufwendungen für die diversen Lastenverteilersysteme seien laufend und stark zunehmend. Seit dem Jahr 2009 sei eine Zunahme von rund Fr. 3,5 Mio. zu vermerken. Die zunehmend hohen Lasten seien der Hauptgrund für das strukturelle Defizit. Ohne diese markante Zunahme - deren Höhe nicht vorhersehbar gewesen sei - müsste heute nicht über ein strukturelles Defizit gesprochen werden.

Die Kantonalisierung der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde habe im Lastenausgleich "Neue Aufgabenteilung Gemeinden - Kanton" im Jahr 2013 zu einem Anstieg der Kosten von rund Fr. 1 Mio. geführt. Im Jahr 2014 werde die Kantonalisierung im Lastenausgleich der Sozialhilfe kompensiert - jedoch nur teilweise, da andere Kostensteigerungen in diesem Bereich die Kompensation wieder wettmachen.

Die Prognosen im Bereich der Lastenausgleichssysteme zeigen - wenn auch abgeschwächt - weiterhin eine zunehmende Tendenz auf. Inwiefern sich die kantonalen Sparmassnahmen auch in diesen Verbundaufgaben für Langenthal kostenreduzierend auswirken werden, sei aus heutiger Sicht noch nicht definitiv abschätzbar. Indikatoren dazu gebe es, weil die Sparmassnahmen auch Verbundaufgaben betreffen. Andererseits seien die Sparmassnahmen vom Grossen Rat noch zu beschliessen. Wie stark mögliche von Sparmassnahmen Betroffene direkt bei der Gemeinde anknöpfen werden, sei heute auch noch nicht beurteilbar.

Obwohl der Kostenanstieg nicht vorhersehbar gewesen sei, sei er heute bekannt. Demgemäss gelte es damit umzugehen und die Hausaufgaben zu machen.

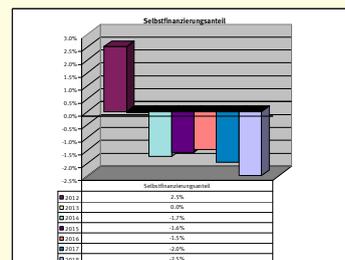
Als Folge zunehmend struktureller Defizite sinke der Selbstfinanzierungsgrad, welcher idealerweise 100% oder mehr betragen sollte. Langenthal könne sich zur Zeit einen tiefen Selbstfinanzierungsgrad leisten, weil dieser der bewusst gewählten Strategie entspreche, den Investitionsstau der letzten Jahre über Mehrinvestitionen abzubauen. Auf längere Sicht müssen die Investitionen sowie der Aufwandüberschuss aber wieder gesenkt werden, um eine Neuverschuldung zu verhindern.

Der Selbstfinanzierungsanteil sage aus, wie viel Investition mit im entsprechenden Jahr selber erwirtschafteten Mitteln bezahlt werden können.

Das hohe strukturelle Defizit führe dazu, dass dieser Anteil klein und sogar negativ werde. Negativ heisse, dass ohne die Investitionen nicht genügend Mittel erwirtschaftet werden, um dem normalen "Konsum" die Stange halten zu können, so dass von der Substanz gelebt werden müsse. Im Moment werde dies zulasten des Eigenkapitals gemacht, was aber nur eine Übergangslösung sein dürfe. Fatal wäre es insbesondere dann, wenn die Zinsen wieder ansteigen würden und die Zinslast auch wieder zunehmen würde, was zur Folge hätte, in die sogenannte Schuldenfalle zu tappen.

## Folgen des strukturellen Defizits

### negativer Selbstfinanzierungsanteil

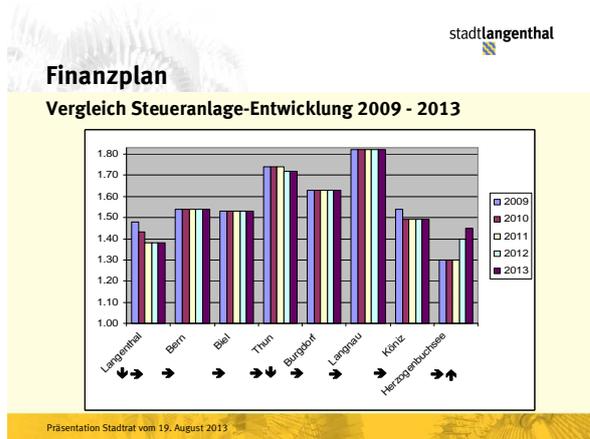


Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013



Die Langenthaler Steueranlage habe sich im Vergleich mit anderen grossen bernischen Gemeinden deutlich attraktiver entwickelt. Langenthal sei heute mit einer Steueranlage von 1.38 Einheiten nach wie vor im vordersten 5%-Bereich aller Berner Gemeinden. Alle anderen grösseren wie auch benachbarten Gemeinden weisen eine höhere Steueranlage auf. Die Entwicklung für das Jahr 2014 in den anderen Gemeinden sei nicht bekannt.

Der Steuerertrag 2013 sei mit einem Wachstum von + 2% prognostiziert worden, was kaum erreicht werden könne. Die Gründe seien im nur knapp positiven Wirtschaftswachstum - verknüpft mit einem teilweisen Abfluss von Steuersubstrat - zu suchen. Das Steuersubstrat berechne sich aus steuerbarem Einkommen, Vermögen und aus Gewinnen. Wie lange der Trend (unterdurchschnittliche Steuerertragsjahre) anhalte, werde sich weisen. Momentan zeichne sich eine Trendwende nicht ab.

stadtlangenthal

### Finanzplan

#### Steuererträge

	Rechnung 2012	Voranschlag 2013	Voranschlag 2014	Fifa 2015	Fifa 2016	Fifa 2017	Fifa 2018
Beträge in Tfr.							
Einkommens- und Vermögenssteuern	24'333	26'300	25'306	25'718	26'135	26'571	27'004
Gewinn- + Kapitalsteuern	5'116	5'050	5'110	5'171	5'233	5'295	5'358
Übrige Steuern	3'873	4'090	4'020	4'140	4'190	4'240	4'290
Total Steuern	33'324	35'440	34'436	35'029	35'558	36'106	36'652
Steueranlage	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Der Gemeinderat habe die Prognose für den Voranschlag 2014 vorsichtshalber zurückgenommen, indem er gegenüber dem Voranschlag 2013 um Fr. 1 Mio. tiefere Einnahmen budgetiert habe. In den Folgejahren werde mit einem durchschnittlichen Steuerertragswachstum von 1,5% gerechnet.

## Investitionsplan

- stadtlangenthal
- ### Investitionsplan
- **Prioritär:** Investitionen zur Werterhaltung der Infrastruktur
  - **Sekundär:** Investitionen mit Zukunfts-Potenzial
  - **wichtigste Positionen 2014 – 2018** (netto, d.h. nach Subventionen):
 

- Schulzentren (inkl. Sportanlagen), Kindergärten	Fr.	18.8 Mio.
- Stadttheater	Fr.	7.4 Mio.
- Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof	Fr.	11.5 Mio.
- Allgemeiner Hochbau (ohne Schulen, Theater)	Fr.	3.4 Mio.
- Tiefbau (Strassen)	Fr.	9.5 Mio.
- Gebühren-/spezialfinanzierte Investitionen	Fr.	13.5 Mio.
- Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Für den steuerfinanzierten Haushalt sei die Investitionsquote auf Fr. 10 Mio. pro Jahr beschränkt worden. Konkret sollen damit prioritär die notwendigen Infrastrukturen im Wert erhalten werden. Zukunfts-trächtige und ergänzende Investitionen seien sekundär zu tätigen.

In der bekanntermassen rohstoffarmen Schweiz soll in die Bildung investiert werden. Der Nachholbedarf bei den Schulhäusern bestehe. In den letzten Jahren sei diesbezüglich ein grosser Effort geleistet worden (Beispiel: Projekt ict4kids).

Für das wichtige Projekt zur Sanierung des Stadttheaters seien für die Jahre 2014 bis 2018 insgesamt Investitionen von rund Fr. 57,4 Mio. aus dem steuerfinanzierten Bereich und rund Fr. 13,5 Mio. aus dem restlichen Bereich (Gebühren und spezialfinanzierte Bereiche) vorgesehen.



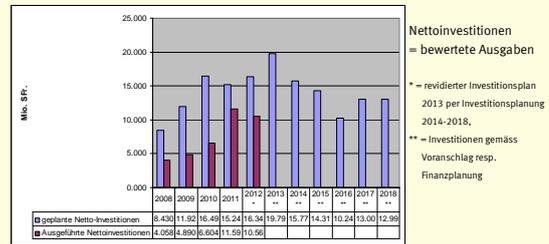
*In den letzten Jahren sei das Investitionsvolumen wie auch die Quote der zur Ausführung gelangten Projekte, stark angewachsen. Die heute im Investitionsplan eingestellten Projekte seien gut aufgegleist worden und befinden sich auf einem guten Arbeitsstand, wobei die Prozesse durch die Politik immer wieder verändert werden können.*

*Der Peak werde bei Betrachtung der Nettoinvestitionen im Jahr 2013 zwar erreicht sein, was aber nur der halben Wahrheit entspreche, weil die Investitionen im Bereich Bahnhof auf der Bruttobasis (inkl. Bundes- und Kantons-subsidien) gerechnet werden, so dass die Gesamtinvestitionen ab den Jahren 2017 noch bedeutend höher sein werden, die aber nur zu einem kleineren Teil von Langenthal zu tragen seien, da entsprechende Subventionen zu erwarten seien.*

*Der Finanzplan zeige eine weitere drohende Erhöhung der Defizite auf. Das gesetzte Ziel, die Defizite zu verringern, werde nicht ohne Anstrengungen zu erreichen sein. Der Gemeinderat habe deshalb die Vornahme einer Aufgabenüberprüfung sowie die einer Ertragspotential-Optimierungs-Überprüfung beschlossen. Details dazu seien momentan in Vorbereitung. Darin gehe es darum, dem Kostenwachstum der letzten Jahre zu begegnen und der Ertragserosion mit geeigneten Massnahmen entgegenzutreten.*

*Dass dies nicht einfach sein werde, zeige sich daran, dass die besonders stark ansteigenden Kosten vielfach nicht, oder äusserst schwierig beeinflussbar seien. Bereits heute stehe fest, dass diese "Übung" einer sehr sorgfältigen Vorbereitung bedürfe und, dass sie politisch möglichst breit abgestützt werden müsse. Hier und jetzt bereits zu sagen, wie und wo gespart werden wolle und wie neue Einnahmen generiert werden sollen, wäre unseriös. Der Gemeinderat habe das Steuer in die Hand genommen, um den Tanker in die richtige Richtung zu steuern.*

## Investitionsplan



Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

## Schlussbemerkungen

**Wie sollen die neuen Regierungsrichtlinien umgesetzt werden?**

- **Investitionen: jährliche Obergrenze von Fr. 10 Mio. über einen Zeitraum von 10 Jahren = 2013 - 2022**
- **Jahresrechnung: Abgesehen von der „Defizitursache Investitionen“ werden die Jahresrechnung sukzessive ausgeglichener gestaltet.**

⇒ **Aufgabenüberprüfung und Optimierung Ertragspotential.**

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013



## Antrag Voranschlag 2014

- Aufwendungen Fr. 108.05 Mio.
- Erträge Fr. 95.55 Mio.
- Aufwandüberschuss Fr. 12.50 Mio.
- Steueranlage 1,38 (unverändert)
- Liegenschaftssteuer 1,0 ‰ (unverändert)

Präsentation Stadtrat vom 19. August 2013

Aufgrund des nach wie vor hohen Eigenkapitals von über Fr. 100 Mio. beantrage der Gemeinderat, die Steueranlage vorderhand auf 1.38 zu belassen.

Die im vorliegenden Voranschlag fehlende Hundesteuer (Hundetaxe) werde neu in einem Reglement festgelegt. Das neue Reglement werde heute Abend im Traktandum Nr. 4 vom Stadtrat separat behandelt, so dass diese neue Vorlage den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ebenfalls am 23./24. November 2013 zur Abstimmung vorgelegt werden könne.

Langenthal sei nach wie vor eine mehrfache Millionärin, was Langenthal auch bleiben soll! In nächster Zeit werde ein Effort verlangt, um das anstehende Fitnessprogramm absolvieren zu können.

**Matthias Bärtschi, GPK-Mitglied:** Im Namen der Geschäftsprüfungskommission erlaube er sich zum vorliegenden Traktandum als auch zum Traktandum Nr. 3 gleichzeitig Stellung zu beziehen.

Die Geschäftsprüfungskommission sei an ihrer Sitzung vom 12. August 2013 durch den Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen, Jürg Häusler, umfassend informiert worden. Die meisten Fragen seien sofort beantwortet worden. Die Antworten auf offen gebliebene Detailfragen seien im Nachgang zur Sitzung abgeklärt und den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission in schriftlicher Form nachgereicht worden.

Auch wenn die Begleitung und Kommentierung des Voranschlag und des Finanz- und Investitionsplans zu den Kernaufgaben der Finanzkommission gehören, erachte es die Geschäftsprüfungskommission als angebracht, inhaltliche Fragen zu den Geschäften zu stellen.

Die Geschäftsprüfungskommission habe beispielsweise die Frage gestellt, warum die Sanierung unter der Position 3.3 im Investitionsplan (Umgestaltung Bahnhofstrasse Abschnitt Hübeligasse bis Talstrasse/PNr. 3-3-2012-0-15) terminmässig wieder vorverschoben worden sei, womit sie nicht mehr mit der geplanten Sanierung der Position 3.4 (St. Urbanstrasse, Sanierung Teilabschnitt Spitalplatz-Marktasse/PNr. 3-3-2012-0-15) abgestimmt werden könne? Die nachgelieferte Antwort laute, dass die Vorverschiebung vorgenommen worden sei, weil die aktuelle Zustandsbeurteilung ergeben habe, dass die Sanierung der Bahnhofstrasse dringender sei, als vorerst angenommen worden sei. Die Geschäftsprüfungskommission habe unter anderem auch gefragt, was der Grund für die Verdoppelung der Kosten unter Position 3.27 im Investitionsplan (Strassenunterhalt/PNr. 3-3-2012-0-14) sei. Die nachgelieferte Antwort laute, dass dieser Betrag im Investitionsplan 2013-2017 aus Sparüberlegungen halbiert worden sei. Weil mit Fr. 125'000.00 nur ein sehr eingeschränkter laufender Unterhalt habe finanziert werden können und weil das Strassen-Unterhaltskonzept nicht vollständig umgesetzt worden sei, sei der Betrag im vorliegenden Investitionsplan wieder auf Fr. 250'000.00 erhöht worden.

Die Geschäftsprüfungskommission habe weder zum Finanz- und Investitionsplan noch zum Voranschlag 2014 formelle Einwände. Die Geschäftsprüfungskommission sei aber auch der Meinung, dass aufgrund der vorliegenden unerfreulichen Zahlen und in Anbetracht der anstehenden Projekte Handlungsbedarf in Sachen Finanzen bestehe. Von zentraler Bedeutung seien die vom Gemeinderat in Aussicht gestellte Projekte zur Aufgabenüberprüfung und zur Optimierung des Ertragspotentials, welche zügig an die Hand genommen werden sollen.

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission danke er allen, die an der Finanz- und Investitionsplanung sowie am Voranschlag 2014 mitgearbeitet haben.



**Lukas Felber, Mitglied der Finanzkommission:** Die Finanzkommission habe sich wie jedes Jahr auch mit dem vorliegenden Budget über mehrere Monate befasst. Im Wesentlichen liege heute das Resultat der umfassenden und langen Wunschzettel der politischen Organe der Stadt Langenthal vor.

Der Budgetprozess beginne jeweils mit dem Erlass von Budgetweisungen, die sich jährlich verändern, wogegen die Regierungsrichtlinien eine Legislaturperiode lang unverändert bleiben. Die Finanzkommission habe dem Gemeinderat bereits im Hinblick auf die geltenden Budgetweisungen, die an die Ämter der Stadtverwaltung und Schulen geschickt worden seien, beantragt, Einsparungen bei den Sachwand vorzunehmen. Der Gemeinderat habe diesen Antrag nicht übernommen. Es gebe heute überhaupt kein politisches Organ, von dem - im Hinblick auf das vorliegende Budget - irgendwann einmal einen Sparauftrag formuliert worden wäre. Unter diesen Vorzeichen habe die Finanzkommission die Eingaben, die dann gemacht worden seien im Austausch mit den Amtsvorstehern und mit dem Gemeinderat geprüft; dies natürlich immer im Hinblick auf die Verträglichkeit mit der finanziellen Situation der Stadt. Das heute vorliegende Endresultat sei finanziell verkraftbar, auch wenn es politisch unerfreulich sei. Aus Sicht der Finanzkommission bestehe aufgrund des Rekorddefizits - unabhängig der politischen Wertung - aber Handlungsbedarf. Aus diesem Grund habe die Finanzkommission an ihrer Sitzung vom 7. Mai 2013 die bereits erwähnte, umfassende Aufgabenüberprüfung, die auch eine Überprüfung der Ertragspotentiale beinhalte, einstimmig (bei keiner Abwesenheit) verabschiedet. Die geforderte Aufgabenüberprüfung und die Überprüfung der Ertragspotentiale werde die Übungsanlage für das zu absolvierende Fitnessprogramm darstellen. Welcher Weg durch den Fitnessparcours genommen werden soll und welche Hindernisse übersprungen werden müssen, um aus dem Tal der Defizite zu kommen, werde durch die politische Ausmarchung zu bestimmen sein. Diese Entscheidung könne nicht von der Finanzkommission übernommen werden, weil sie vom Gemeinderat sowie vom Stadtrat getroffen werden müsse. Die Finanzkommission hoffe aber, mit den Grundlagen eine breite und seriöse Vorarbeit geleistet zu haben, um das Fitnessprogramm zu bewältigen.

## **B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)**

**Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion stelle fest, dass das strukturelle Defizit der Stadt Langenthal ein Mass erreicht habe, das nicht mehr verantwortet werden könne. Die Stadt sehe nicht nur schwarze Wolken am Horizont, sondern stehe schon mitten im Gewitter und sei auch schon pudelnass.

Mit ausgabenseitigen Kürzungen und Aufgabenüberprüfungen werde es nicht machbar sein, das Defizit, welches mittlerweile mehr als Fr. 6,0 Mio. (3 Steuerzehntel) betrage, zu beseitigen.

Die SP/GL-Fraktion stelle auch fest, dass die Verwaltung und der Werkhof ziemlich effizient arbeiten und kein übermässiges Fett angesetzt haben. Im Gegensatz zu anderen stufe die SP/GL-Fraktion auch den Sachaufwand nicht als fett ein. Langenthal habe nämlich seit dem Eingang der onyx-Millionen nur gemacht, was ohnehin gemacht werden musste (Gebäudesanierungen, Sanierungen von Plätzen und Strassen). Dies alles seien ordentliche Unterhaltsausgaben, die so oder so, früher oder später angefallen wären.

Der Finanzplan 2014-2018 zeige, dass Langenthal auch nicht übermütig geworden sei. Fraglich sei, wo die entscheidenden Einsparungen gemacht werden sollen. Mit Kürzungen allein seien bestimmt keine Millionen zu holen, zumal davon auszugehen sei, dass über das ESP-Bahnhofprojekt wohl kaum gesprochen werden wolle, um keine millionenschwere Planungsleiche zu provozieren.

Dass die Aufgaben- und Sachauslagen nicht hoch seien, zeige im Übrigen auch die Liste der Änderungsanträge zum Voranschlag 2014 der Stadträte Lukas Felber und Pascal Dietrich. Mit grösster Mühe werden darin Änderungen an Zahlen beantragt, die weit hinter der Kommastelle liegen. Mit diesem Vorgehen werde das Desaster aber nicht in den Griff zu bekommen sein.

Die SP/GL-Fraktion sei gespannt, welche ausgabenseitigen Einsparungen der Gemeinderat aufzeigen werde. Die SP/GL-Fraktion werde sich sicher engagiert an der Diskussion beteiligen.



Auf der anderen Seite sollen auch die Erträge optimiert werden. Ein Steuerzehntel entspreche Fr. 2,0 Mio. Mit einer Steuererhöhung von einem Zehntel könnte ein einfacher und verschmerzbarer Schritt vollzogen werden, um den Bremsweg bis zum Bilanzfehlbetrag deutlich zu verlängern. Um eine Steuererhöhung zu beschliessen, müsse politischer Wille vorhanden sein. Der Stadtrat habe zu entscheiden, was in der Botschaft an die Stimmberechtigten stehe, bevor die Verantwortung beim Souverän liege.

Im Jahr 2014 werde Langenthal noch nicht verhungert sein. Die SP/GL-Fraktion werde dem vorliegenden Voranschlag deshalb wahrscheinlich mehrheitlich zustimmen. Dies nicht zuletzt auch im Wissen, dass ein Antrag auf Steuererhöhung am heutigen Abend chancenlos wäre. Die SP/GL-Fraktion erwarte aber, dass der Gemeinderat in Kürze einen gangbaren Weg aufzeige, wie der strukturelle Fehlbetrag abgebaut werden könne. Ein Vorschlag dazu werde von Stadtrat Stefan Ryser (SP) in der seitenweisen Detailberatung des Voranschlags 2014 mittels eines Antrags eingereicht.

Die SP/GL-Fraktion wolle nicht mit Vollgas in einen Schuldenberg hineinfahren. Ein System, das auf die Dauer nicht funktioniere, müsse möglichst schnell korrigiert werden. Die SP/GL-Fraktion wisse noch, wie es gewesen sei, als um die Jahrtausendwende ein Finanzfehlbetrag habe abgetragen werden müssen.

**Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion habe sich ausführlich mit dem Gemeindevoranschlag 2014 auseinandergesetzt. Das budgetiert Minus von ca. Fr. 12,0 Mio. habe in der Fraktion eine grössere Diskussion ausgelöst. Die Budgetierung des letzten Jahres sei wohl zu positiv ausgefallen. Der grosse Minusbetrag sei ein Alarmzeichen, das den Stadtrat für weitere notwendige Schritte sensibilisieren sollte. Das strukturelle Defizit bestehe, weil die Einnahmen mit den laufenden Ausgaben nicht Schritt halten können. Grosse Defizite müssen in den Folgejahren vermindert werden. Die EVP/glp-Fraktion sehe zur Zeit aber keinen Handlungsbedarf, die Steueranlage zu ändern. Eine kurzfristige Steuererhöhung werde von der EVP/glp-Fraktion als unangebracht und unglaubwürdig erachtet. Die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Steuerfuss von 1,38% nach wie vor, behalte die Finanzlage aber langfristig im Auge.

Die EVP/glp-Fraktion erwarte, dass die Aufgabenüberprüfung strategisch, sorgfältig und vor allem kritisch vorgenommen werde.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze auch die vorliegende Abstimmungsbotschaft.

**Roberto Di Nino, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion nehme zur Kenntnis, dass der Voranschlag 2014 einen Aufwandüberschuss von rund Fr. 12,5 Mio. ausweise. Die Hintergründe und Sachlage seien bekannt und in der Abstimmungsbotschaft entsprechend dargestellt.

Auch wenn die ausserordentlichen Abschreibungen eliminiert werden, präsentiere sich ein Defizit im Bereich von rund Fr. 6,0 Mio. Wie von ihm im Traktandum Nr. 2 bereits erwähnt, müsse dieser Umstand mittels einer Verzichtsplanung und einer Einnahmenoptimierung korrigiert werden. Er persönlich sehe dieses Vorgehen nicht so pessimistisch, wie es von einem seiner Vorredner dargestellt worden sei. Mit einem Sparprogramm müsse der schwerfällige Kampf mit den Stadtfinanzen langsam beendet werden, weil das Defizit verhindert werden müsse. Es sei natürlich klar und aus Sicht der SVP-Fraktion auch erforderlich, dass die ersten Massnahmen im Voranschlag 2015 erkennbar sein werden.

Das Budget 2014 sei unerfreulich aber es bilde nun einmal die heutige Grundlage. Für die SVP-Fraktion sei entscheidend, dass die Stadt den budgetierten Aufwandüberschuss aus dem Eigenkapital tragen könne, womit sich auch für die SVP-Fraktion keine kurzfristige Übung aufdränge. Die SVP-Fraktion unterstütze den Voranschlag 2014 sowie die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Stadtrat Beat Sterchi werde aus der Reihe der SVP-Fraktion einen Antrag stellen, der nicht die Grundsatzfrage betreffe, sondern bei dem es um fehlende reglementarische Grundlagen gehe. Der Antrag werde von der SVP-Fraktion unterstützt. Unabhängig vom Ergebnis der Abstimmung dieses Antrags, werde der vorliegende Voranschlag 2014 sowie die Botschaft von der SVP-Fraktion klar unterstützt. Damit werde eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass die SVP-Fraktion klar und unmissverständlich hinter der geltenden Steueranlage von 1.38 stehe.



## Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

Auch die SVP-Fraktion mache sich natürlich Gedanken betreffend die Anpassung von Steuern, halte jedoch ganz klar fest, dass eine Steuererhöhung kein Ziel sei. Das Ziel der SVP-Fraktion bestehe im Moment einzig darin, der Stadt den notwendigen handlungspolitischen Spielraum einzuräumen, der ja trotz des strukturellen Defizits und Dank des hohen Eigenkapitals gegeben sei. Es gelte zur Kenntnis zu nehmen, dass sich das strukturelle Defizit auch mit einer Steueranlage von 1,48 nicht beseitigen liesse. Dafür wären doch noch einige Steueranlagezehntel mehr notwendig. Weil sich das Defizitproblem auch mit einer Steuererhöhung nicht lösen lasse, wolle die SVP-Fraktion bei den Ausgaben ansetzen. Die SVP-Fraktion wolle zuerst eine saubere Auslegeordnung und keine Hau-Ruck-Übung, wofür eine Steuererhöhung gehalten werde. Fraglich sei auch wie dem Stimmbürger erklärt werden sollte, weshalb er - trotz eines Eigenkapitals von Fr. 100,0 Mio. und ohne dass einmal Sparanstrengungen unternommen worden seien - einer Steuererhöhung zustimmen sollte.

**Lukas Felber, FDP/jll/BDP-Fraktion:** Auch die FDP/jll/BDP-Fraktion werde den Voranschlag inklusive der Abstimmungsbotschaft unterstützen. Auch die FDP/jll/BDP-Fraktion habe keine Freude am Voranschlag. Es gehe nun darum, die bestehenden Probleme nicht zu perpetuieren und um die Umsetzung von bereits im letzten Jahr geforderte Massnahmen. Bis anhin sei nichts passiert. Im Gegenteil. Die Stadt befinde sich auf einem neuen Ausgabenrekord von Fr. 108,0 Mio. Die FDP/jll/BDP erhoffe sich nicht, sondern verlange, dass die Aufgabenüberprüfung zwingend in den Voranschlag 2015 einflüsse.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion stelle auch fest, dass die Steuererträge vorsichtig eingesetzt worden seien, was natürlich auf die Erfahrungen des schlechten Jahres 2012 zurückzuführen sei. Weiter habe sich die FDP/jll/BDP-Fraktion etwas darüber geärgert, dass der Einwohnerschalter trotzdem zu Mehrkosten geführt habe, obwohl dies in fetter Schrift im Bericht und Antrag an den Stadtrat damals auf Seite 6 von 37 in Abrede gestellt worden sei.

Alles in Allem werde die FDP/jll/BDP-Fraktion keine Hand bieten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern die hohle Hand zu machen. Er persönlich könne sich auch nicht vorstellen, dass die Kinder von Stadtrat Samuel Köhli, wenn sie alles Sackgeld ausgegeben haben, einfach mehr davon holen können.

Aus der FDP/jll/BDP-Fraktion werden heute Abend einzelne Anträge gestellt, um die Mehrausgaben zu bekämpfen.

**Samuel Köhli:** Wenn seine Kinder kein Sackgeld mehr haben, dann wisse er, dass sie es für etwas Gescheites ausgegeben haben und etwas Rechtes damit gekauft haben. Für Rechtes sei er immer bereit, Hand zu bieten und unterstütze alle jene, die richtig damit arbeiten.

**Pascal Dietrich:** Vor einem Jahr seien im Stadtrat deutliche Worte gesprochen worden. Damals sei schon verlangt worden, dass es nicht mehr so weitergehen könne, dass mit Sparen angefangen werden müsse, dass der mit den onyx-Millionen gewonnene Handlungsspielraum nicht verspielt werden dürfe etc. Heute seien die gleichen Töne hörbar. Er stelle fest, dass ein Jahr vergangen sei, ohne dass sich an der Situation etwas geändert habe. Er und Stadtrat Lukas Felber seien sich bewusst, dass der Budgetprozess mit viel Arbeit verbunden sei. Bewusst sei ihnen auch, dass Etliches bereits gemacht worden sei und, wenn nichts gemacht worden wäre, der Fehlbetrag noch viel höher wäre. Trotz allem vermöge das Resultat aus ihrer Sicht klar nicht zu befriedigen. Aus ihrer Sicht sei zuwenig unternommen worden, da kein eigentlicher Sparkurs erkennbar sei. Natürlich sei die Situation aufgrund des hohen vorhandenen Eigenkapitals schwierig. Nichts desto Trotz riesle es nun aber durch die Finger. Aus diesem Grund müsse der Stadtrat heute Abend ein Signal setzen und dem Sparwillen ein Lebenszeichen einhauchen.

Die allen Stadträten vorliegende Liste beinhalte Anträge, die er und Stadtrat Lukas Felber bei der seitenweisen Detailberatung des Zahlenmaterials stellen werden. Sie seien sich bewusst, dass es sich um keine grossen Beträge handle. Es wäre ja auch kaum möglich oder einfach, jetzt noch grosse Beträge zu ändern, indem beispielsweise angesichts der Tatsache, dass im Bereich der Fürsorge im Jahr 1990 ca. Fr. 2,0 Mio. ausgegeben worden seien - wogegen heute Fr. 16,0 Mio. ausgegeben werden - einen Antrag zu stellen, den Betrag um die Hälfte zu streichen. Auch beim öffentlichen Verkehr, der sich auch im Lastenausgleich befinde, lasse sich nicht einfach die Hälfte streichen.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

Der Handlungsspielraum des Stadtrats sei relativ klein. Aus diesem Grund handle es sich auch um kleine Beträge, die auf der Liste aufgeführt seien. Er sowie Stadtrat Lukas Felber haben aber das Gefühl, dass - bedingt durch die vorhandenen Mittel - auch die kleinen Konsumausgaben in den letzten Jahren relativ stark gestiegen seien und die Schleusen dafür immer noch recht offen stehen. In diesem Bereich gebe es Sparpotential. Er sowie Stadtrat Lukas Felber hoffen, dass die Anträge unvoreingenommen geprüft werden. Es handle sich dabei nicht um eine Hau-Ruck-Übung, sondern um eine sehr massvolle Angelegenheit. Häufig wolle mit einem Antrag nur erreicht werden, den Betrag auf dem Stand des Budgets 2013 zu belassen, weil in vielen Budgetbereichen Erhöhungen eingestellt seien, die nur nice to have seien.

Stadtrat Samuel Köhli sei gesagt, dass es weder ihm noch Stadtrat Lukas Felber eine riesen Mühe bereitet habe, den kleinen Betrag hinter dem Komma zusammenzustellen, um eine kleines Signal zu setzen und etwas Luft aus dem Voranschlag 2014 zu lassen.

**Stefan Ryser:** Vor drei Jahren sei er gegen das Budget gewesen, vor zwei Jahren auch und auch letztes Jahr. Dies aus dem Grund, was Stadtrat Pascal Dietrich und andere Vorredner bereits erwähnt haben, dass in den letzten Jahren aufgrund des hohen Eigenkapitals an der Basis nichts verändert worden sei. Vor vier, fünf Jahren sei schon ersichtlich gewesen, dass ein Gewitter kommen werde. Aus diesem Grund könne er auch das vorliegende Budget nicht vertreten. Ohne Veränderungen dem vorliegenden Budget zuzustimmen wäre inkonsequent.

Nebst den im Traktandum Nr. 2 bereits erwähnten Anregungen zur Änderung gewisser Sachen, spreche er folgende 6 Punkte an, die innerhalb der Untersuchung auch berücksichtigt werden sollten:

- Die Besoldungsreserve bedürfe einer näheren und der Teuerung entsprechenden Betrachtung.
- Bei den Spesen- und Repräsentationsausgaben seien die Ausgaben gewisser Positionen auf ein Minimum zu beschränken.
- Die Verrechnung von Verwaltungskosten an Dritte seien in ihrer Höhe zu überprüfen. Vielleicht haben sich grundlegende Änderungen in Bezug auf den Aufwand ergeben, womit eine Erhöhung gerechtfertigt wäre.
- Die Honorare an Dritte bedürfen einer Überprüfung. Es gebe sehr grosse Positionen, deren wirklicher Notwendigkeit er sich persönlich nicht sicher sei.
- Die Höhe der Mietpreise für die Einzelmieten sei zu prüfen.
- Wie bereits ein paar Male diskutiert, bedürfe es eine günstigere Strassenbeleuchtung in Erwägung zu ziehen.

Wie letztes Jahr könne er auch das vorliegende das Budget nicht vertreten. Den bereits angekündigten Antrag betreffend das Konto 250.332.00 (Übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen) werde er in der seitenweisen Detailberatung des Zahlenmaterials stellen. Dieser Änderungsantrag habe keinen grossen Einfluss auf das Budget, sondern stelle eine Einsparnis im Sinne eines Grundsatzes dar.

**Beat Sterchi:** Bis auf die Ablehnung des Budgets, unterstütze er die Aussagen von Stadtrat Stefan Ryser. Er persönlich könne dem Budget zustimmen, obwohl er nicht unbedingt zufrieden damit sei. Dem Gemeinderat und der Finanzkommission müsse zu Gute gehalten werden, dass man sich im Kanton Bern in einem wenig transparenten Finanzsystem bewege, innerhalb diesem man sich als Gemeindeparlamentarier oder als Gemeinderat nicht sicher sein könne, ob man an der richtigen Stelle bremsen oder Gas geben solle. Das hänge mit dem kantonalen Lastenausgleich zusammen. Der Kanton habe sich in Anbetracht der Entwicklung klar verschätzt. Was in den Jahren 2010 und 2011 in Bezug auf die Auswirkungen auf die Gemeinden versprochen worden sei, sei nicht eingehalten worden. Drei bis vier Jahre nach der Reform lasse sich sagen, dass diese nicht ziehe und dass etwas falsch daran sei, ohne aber sagen zu können was es sei, da eigentlich immer nur negativ veränderte Zahlen sichtbar seien. Dieses Jahr sei es auf die KESB zurückzuführen, wobei das dicke Ende seiner Meinung diesbezüglich noch kommen werde.



Gemeinderat Jürg Häusler habe mit einer Folie aufgezeigt, dass 47% der Aufwände in das System fliessen und damit zusammenhängen. Bei der Aufgabenüberprüfung werde man sich diesen Bereichen die Zähne ausbeissen.

Er habe mit Interesse den Bericht des Kantons über die Evaluation der Übernahme der Gemeindepolizeien durch die Kantonspolizei gelesen. Im Voranschlag 2014 sei die Position 402.318.50 (Dienstleistungen Dritter im Bereich Polizeiinspektorat) damit angesprochen, welche mit rund Fr. 631'000.00 budgetiert sei. Davon seien Fr. 464'000.00 für den Ressourcenvertrag vorgesehen. Im Bericht des Kantons sei sehr schön ausgeführt, dass Gemeinden mit Ressourcenvertrag gegenüber Gemeinden ohne Ressourcenvertrag (beispielsweise Huttwil, Herzogenbuchsee, Langnau) schlechter gestellt seien. Es könne doch nicht sein, dass die Gemeinde Herzogenbuchsee an die Polizeikosten Fr. 22'000.00 im Jahr bezahle, wogegen Langenthal über den Ressourcenvertrag - mit welchem sich alle Dienstleistungen nur mit grosser Mühe aufführen lassen - Fr. 464'000.00 bezahlen müsse. Für ihn sei auch dies ein Punkt der vom Gemeinderat genau angeschaut werden müsse. Er sei der Meinung, dass die Kantonspolizei mit ihrem grossen overhead schlicht und einfach zu teuer dafür sei, was Langenthal auf lokaler Ebene an Polizeiarbeit brauche. Es gelte andere Lösungen zu finden. Allenfalls mit Dritten oder wieder mit eigenen Leuten, um die Kosten wieder herunter zu bringen. Auch die Einnahmen stimmen seiner Meinung nach nicht. Diese seien im Polizeiwesen zurückgegangen, seit der Kanton die Aufgaben übernommen habe. Wer die Ausgaben - die gleich hoch seien wie vorher - mit den heutigen Einnahmen verrechne, komme sofort auf ein Resultat von Fr. 500'000.00 bis Fr. 600'000.00, das die Stadtkasse mehr belaste. Er bitte den Gemeinderat auch diesen Punkt in die Aufgabenüberprüfung aufzunehmen.

**Jürg Häusler:** Das vorliegende Budget 2014 sei für alle unbefriedigend. Der Gemeinderat habe die Zeichen der Zeit aber erkannt und handle entsprechend, obwohl zu hören gewesen sei, dass diesbezüglich nichts unternommen worden sei. Stadtrat Pascal Dietrich habe richtigerweise aber doch festgestellt, dass eben doch etwas gegangen sei.

Obschon Handlungsbedarf erkannt sei, gelte es auch das Sparprogramm des Kantons abzuwarten, worüber demnächst entschieden werde. Persönlich sei er davon überzeugt, dass der Entscheid speziell im Bereich der Verbundaufgaben Auswirkungen auf das Gemeindebudget haben werde. Stadtrat Beat Sterchi habe die Problematik mit seinen Ausführungen zur Polizei auf den Punkt gebracht.

Als Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen sei er der Ansicht, zuerst beim Groben anfangen zu müssen, bevor auf Erbsen gegriffen werde. In diesem Sinne empfehle er auf die einzelnen nun folgenden Anträge nicht einzugehen und diese abzulehnen. Die Aufgabenüberprüfung und die Ertragsoptimierung sei lanciert und werde in Kürze vorgelegt werden können.

## **C Detailberatung des Voranschlags 2014 (seitenweise Durchsicht des Zahlenmaterials/einzelne Budgetpositionen)/Abstimmung über allfällige Anträge**

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** gibt das Zahlenmaterial zur seitenweisen Beratung frei. Jedes Ratsmitglied habe vor sich auf dem Tisch die angekündigten (23) Anträge der Stadträte Lukas Felber und Pascal Dietrich schriftlich vorliegend. Jeder zu stellende Antrag sei entsprechend der jeweils aufgerufenen Seitenzahl des Zahlenmaterials vorzubringen und zu begründen. Direkt im Anschluss finde die Diskussion und die allfällige Stellungnahme von Gemeinderat Jürg Häusler über den jeweiligen Antrag sowie die Abstimmung darüber statt:



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

## Seite 2:

**Pascal Dietrich:** Er sowie Stadtrat Lukas Felber seien der Meinung, dass bei den Weiterbildungskosten für den Stadtrat- die eher eine allgemeine Reserve darstellen - Fr. 1'000.00 gespart werden können.

### Antrag 1

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
105.309.10	Weiterbildungskosten (Stadtrat)	1'500.00	- 1'000.00	500.00

Der Ratskredit sei früher auf Fr. 1'000.00 festgelegt gewesen und aufgrund der angespannten Finanzlage aber gestrichen worden. Nachdem die onyx-Millionen geflossen seien, sei der Entscheid gefallen, diesen wieder zu vergeben und sogar zu verdoppeln. Stadtrat Lukas Felber und er seien der Meinung, den Ratskredit wieder auf Fr. 1'000.00 festzulegen.

### Antrag 2

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
105.365.00	Ratskredit (Stadtrat)	2'000.00	- 1'000.00	1'000.00

Die Repräsentationsausgaben des Gemeinderates seien von Fr. 20'000.00 auf den Betrag wie im Jahr 2013 budgetiert auf Fr. 15'000.00 zurückzustufen, womit Fr. 5'000.00 eingespart werden können.

### Antrag 3

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
110.317.20	Repräsentationsausgaben (GR)	20'000.00	- 5'000.00	15'000.00

Die Projekte des Gemeinderates würden einen relativ neuen Posten darstellen. In früheren Budgets (beispielsweise 2006) habe es diesen Betrag noch gar nicht gegeben. Heute im Budget enthalten, stelle dieser Posten eine Manipuliermasse dar, die nicht ganz gestrichen, aber auf ein Mass von vor zwei bis drei Jahren reduziert werden soll.

### Antrag 4

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
110.318.51	Projekte des Gemeinderates	85'000.00	- 20'000.00	65'000.00

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimmen zu den Anträgen 1 - 4:**

### Antrag 1

Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
105.309.10	Weiterbildungskosten (Stadtrat)	1'500.00	- 1'000.00	500.00

**Ja Stimmen 20**  
**Nein Stimmen 14**  
**Enthaltungen 4**  
**angenommen**



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

## Antrag 2 Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
105.365.00	Ratskredit (Stadtrat)	2'000.00	- 1'000.00	1'000.00

**Ja Stimmen 23** **angenommen**  
**Nein Stimmen 12**  
**Enthaltungen 3**

## Antrag 3 Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
110.317.20	Repräsentationsausgaben (GR)	20'000.00	- 5'000.00	15'000.00

**Ja Stimmen 26** **angenommen**  
**Nein Stimmen 9**  
**Enthaltungen 3**

## Antrag 4 Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
110.318.51	Projekte des Gemeinderates	85'000.00	- 20'000.00	65'000.00

**Ja Stimmen 21** **angenommen**  
**Nein Stimmen 13**  
**Enthaltungen 4**

### Seite 4 + Seite 5:

**Felber Lukas:** Der im Konto 150.311.10 Mobiliar, Maschinen Geräte (Verschiedenes) (Seite 4) eingestellte Betrag von Fr. 12'7000.00 enthalte für Unvorhergesehenes Fr. 1'000.00, was von ihm sowie von Stadtrat Pascal Dietrich als nicht notwendig erachtet werde.

## Antrag 5

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
150.311.10	Mobiliar, Maschinen, Geräte	12'700.00	- 1'000.00	11'700.00

Die Verdoppelung der Ausgaben im Konto 180.317.20 Repräsentationsausgaben (Stadtmarketing) (Seite 5) gegenüber dem Voranschlag 2013 werde in Anbetracht des vorliegenden Defizits als nicht verantwortbar erachtet.

## Antrag 6

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
180.317.20	Repräsentationsausgaben	40'000.00	- 20'000.00	20'000.00



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

**Albert Schaller:** Den Betrag an den Verein Gartenoper Langenthal im Konto 180.365.11 (Seite 5) beantrage er zu streichen, weil er nicht einsehe, weshalb ein Verein privilegiert werden soll.

## Antrag 7

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
180.365.11	Verein Gartenoper Langenthal	20'000.00	- 20'000.00	0.00

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimmen zu den Anträgen 5 - 7:**

## Antrag 5 Stadtrat Lukas Felber

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
150.311.10	Mobiliar, Maschinen, Geräte	12'700.00	- 1'000.00	11'700.00

**Ja Stimmen 21** **angenommen**

**Nein Stimmen 16**

**Enthaltung 1**

## Antrag 6 Stadtrat Lukas Felber

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
180.317.20	Repräsentationsausgaben	40'000.00	- 20'000.00	20'000.00

**Ja Stimmen 26** **angenommen**

**Nein Stimmen 7**

**Enthaltungen 5**

## Antrag 7 Stadtrat Albert Schaller

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
180.365.11	Verein Gartenoper Langenthal	20'000.00	- 20'000.00	0.00

**Ja Stimmen 8**

**Nein Stimmen 26** **abgelehnt**

**Enthaltungen 4**

## Seite 7:

**Stefan Ryser:** Im vorliegenden Defizit von Fr. 12,5 Mio. seien die Zusatzabschreibungen nicht eingerechnet, um mit dem Vorjahr verglichen werden zu können. Er mache beliebt, die zusätzlichen Abschreibungen um Fr. 1,5 Mio. zu erhöhen, weil mit der Einführung von HRM2 die Abschreibungen nicht mehr so flexibel gestaltet werden können, wie dies heute der Fall sei. Der Gemeinderat habe diesen Umstand in den Unterlagen auch entsprechend dokumentiert. Dass dem so sei, führe zur Aufschiebung von Abschreibungen. Das heisse, dass der Bedarf von Fr. 60 Mio. - die noch nicht abgeschrieben werden können - grundsätzlich die nächste Generation belasten werden. Aus diesem Grund beantrage er - bis zur Einführung des HRM2 - die Möglichkeit auszuschöpfen und zusätzliche Abschreibungen vorzunehmen. Sein vorliegender Antrag beziehe sich natürlich nur auf das Jahr 2014, obwohl die Einstellung dieser Beträge bis zur Einführung von HRM2 erfolgen sollte. Mit diesem Vorgehen werde es möglich sein, die notwendigen Abschreibungen bereits heute zu einem Teil zu tragen.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

## Antrag 8

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
250.332.00	Übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3'950'000.00	<b>+1'500'000.00</b>	<b>5'450'000.00</b>

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimmen zum Antrag 8:**

## Antrag 8

Stadtrat Stefan Ryser

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
250.332.00	Übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3'950'000.00	<b>+1'500'000.00</b>	<b>5'450'000.00</b>

**Ja Stimmen 10**

**Nein Stimmen 26**

**Enthaltungen 2**

**abgelehnt**

## Seite 9:

**Pascal Dietrich:** Beim Konto 303.365.00 gehe es wiederum um einen neuen Posten. Darin sollen neu Fr. 30'000.00 eingestellt werden, was zur Frage führe, ob sich Langenthal dies überhaupt leisten könne. Er erinnere daran, dass die Durchführung solcher Programme keine Gemeindeaufgabe sei. Auf Bundes- wie auch auf kantonaler Ebene passiere bereits jetzt viel - und für manche bereits "zu viel"! Da auf die Bundes- und die kantonale Ebene kein Einfluss genommen werden könne, beantrage er, den Betrag zu halbieren.

## Antrag 9

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
303.365.00	Beiträge für befristete Energieförderaktionen	30'000.00	<b>- 15'000.00</b>	<b>15'000.00</b>

**Beat Sterchi, SVP-Fraktion:** Die freisinnige Ressortvorsteherin habe in der letzten Legislaturperiode einen entsprechenden Vorstoss unterstützt, dem allerdings bis anhin keine Taten gefolgt seien, obwohl damit die Ausarbeitung eines Reglementes über die Ausrichtung von Energieförderungsaktionen verlangt werde. Da bis heute kein Reglement vorliege, dürfen seiner Meinung nach auch keine Beiträge ausgerichtet werden. Erst wenn ein Reglement mit verbindlichen Kriterien vorliege, werde wieder über Beiträge gesprochen werden können. **Aus diesem Grund beantrage die SVP-Fraktion, die eingestellten Fr. 30'000.00 im Konto 303.365.00 - nicht aus Spargründen, sondern aus der Konsequenz heraus, über kein entsprechendes Reglement zu verfügen - zu streichen!**

**Patrick Freudiger:** Angesichts der zwei vorliegenden Anträge betreffend das Konto 303.365.00 möchte er, dass zuerst der gemeinderätliche Vorschlag dem Antrag der Jungliberalen gegenübergestellt und darüber abgestimmt werde. Im Anschluss daran soll dann der Antrag der Jungliberalen dem Antrag der SVP-Fraktion gegenübergestellt und darüber abgestimmt werden. Die Geschäftsordnung des Stadtrates sehe keine zwingende Abfolge der einzelnen Anträge vor. Aus diesem Grund sehe er nicht ein, weshalb es nicht möglich sein sollte, dass der Stadtrat über die Anträge in der von ihm gewünschten Abfolge abstimme.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch:** Anders als Stadtrat Patrick Freudiger schlage er vor, die beiden Abänderungsanträge (den der jll und den der SVP-Fraktion) einander gegenüber zu stellen. Der aus dieser Abstimmung obsiegende Antrag werde dann dem gemeinderätliche Vorschlag gegenübergestellt um die Mehrheit zu ermitteln. Dieses Vorgehen entspreche der gewohnten Praxis im Grossen Rat.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

Falls über das von ihm vorgeschlagene Vorgehen auch eine Diskussion gewünscht werde, sei ein entsprechender Antrag zu stellen.

**Beat Sterchi:** Vom Gemeinderat hätte er gerne gehört, wie sich dieser eine Verteilung der Mittel ohne vorliegendes Reglement vorstelle. Ohne vorliegendes Reglement sei auch keine Rechtsgrundlage vorhanden, um entsprechende Leistungen in das Budget einstellen zu können. Er erwarte eine Antwort, womit der Antrag der Jll hinfällig werde.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch:** In Ergänzung seines Vorgehensvorschlages zum Abstimmungsverfahren der Änderungsanträge verweise er auf Art. 43 Abs. 1 Geschäftsordnung des Stadtrates: *"Die Unterabänderungsanträge sind vor den Abänderungsanträgen, und diese vor den Hauptanträge zur Abstimmung zu bringen."* Davon ausgehend, dass es sich beim Antrag des Gemeinderats um den Hauptantrag handle, seien die beiden anderen Anträge als Abänderungsanträge zu verstehen, die vor dem Hauptantrag ausgemittelt werden.

**Pascal Dietrich:** Der Antrag von ihm und von Stadtrat Lukas Felber **betreffend das Konto 303.365.00 (Halbierung der Aufwendungen) werde zurückgezogen!**

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Stadtrat Beat Sterchi gehe richtig in der Meinung, dass im angesprochenen Bereich kein Reglement vorliege und dass etwas, wozu kein Beschluss vorliege, nicht ins Budget aufgenommen werde.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimmen zum Antrag 9:**

Antrag 9 SVP-Fraktion

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
303.365.00	Beiträge für befristete Energieförderaktionen	30'000.00	- 30'000.00	0.00

**Ja Stimmen 29** **angenommen**  
**Nein Stimmen 8**  
**Enthaltung 1**

## Seite 12 + Seite 13:

**Pascal Dietrich:** Beim Konto 320.314.10 Baulicher Unterhalt (Strassen-, Brücken- und Wasserbau) (Seite 12) gelte es zu sparen. Wie in der Debatte um den Finanzplan auch schon gesagt worden sei, müsse der Wunschbedarf aufgeschoben werden. Es sei auch so, dass nebst dem neuen Wuhrplatz bereits zwei neue Brücken bestehen und, dass die Märitgasse bald neu sein werde. Demgemäss gelte es bei den in diesem Bereich nicht zu Unrecht im Investitionsplan enthaltenen Projekten einen Sparbeitrag zu leisten.

Antrag 10

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
320.314.10	Baulicher Unterhalt	12'700.00	- 10'000.00	11'700.00



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

Auch beim Stromverbrauch für die Strassenbeleuchtung (Seite 13) seien er und Stadtrat Lukas Felber der Ansicht, dass Sparanstrengungen unternommen werden müssen. Die neuen Leuchtmittel, die sukzessive für die Strassenbeleuchtung Verwendung finden sollten, seien offenbar geeignet, um eine Nachtabsenkung vornehmen zu können. Demgemäss sollte mit der Einsparung von Fr. 10'000.00 ein erster Schritt unternommen werden.

## Antrag 11

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
325.312.30	Stromverbrauch Strassenbeleuchtung	310'000.00	- 10'000.00	300'000.00

**Samuel Köhli:** Im Strassenunterhalt gebe ausserhalb des Zentrums noch viele Strassen wie beispielsweise die Thunstettenstrasse mit einem Bahnübergang, der mit dem Rennvelo kaum noch befahren werden könne. Eine Kürzung um Fr. 10'000.00 sei nicht angebracht. Im Gegenteil sollte dieser Bereich vorangerieben werden, um die Strassen in einem nachhaltigen Zustand zu erhalten.

**Pascal Dietrich:** Zum Einen wisse er Stadtrat Samuel Köhli darauf hin, dass der Bahnübergang der BLS gehöre und auch von der BLS saniert werden müsse. Zum Anderen sei von Stadtrat Matthias Bärtschi im Namen der Geschäftsprüfungskommission bereits erwähnt worden, dass im Investitionsplan der Kredit für den Unterhalt von Strassen in jedem Planjahr verdoppelt worden sei, womit dem Anliegen von Stadtrat Samuel Köhli genügend Rechnung getragen werde.

**Samuel Köhli:** Die Aussage von Stadtrat Pascal Dietrich stimme nicht ganz, da der Bahnübergang der BLS nur zur Hälfte gehöre.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimmen zu den Anträgen 10 + 11:**

## Antrag 10 Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
320.314.10	Baulicher Unterhalt	12'700.00	- 10'000.00	11'700.00

**Ja Stimmen 19 (= 18 + Stichentscheid) angenommen**  
**Nein Stimmen 18**  
**Enthaltung 2**

## Antrag 11 Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
325.312.30	Stromverbrauch Strassenbeleuchtung	310'000.00	- 10'000.00	300'000.00

**Ja Stimmen 28 angenommen**  
**Nein Stimmen 8**  
**Enthaltungen 2**



## Seite 16 + Seite 17:

**Lukas Felber:** Die Repräsentationsausgaben (Fachbereich Einwohnerdienste) (Seite 16) im Konto 403.317.20 seien neu. Er sowie Stadtrat Pascal Dietrich seien der Meinung, dass dieser Posten nicht an jeder Stelle im Budget auftauchen sollte, weshalb der Antrag um Halbierung dieser Kosten gestellt werde.

### Antrag 12

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
403.317.20	Repräsentationsausgaben	2'200.00	- 1'000.00	1'200.00

Stadtrat Pascal Dietrich sei Fourier und er selber sei Quartiermeister im Militär. Die Armee habe ihre Hotelentschädigung per 1. Januar 2013 erhöht. Die Armee zahle sehr konkurrenzfähige Entschädigungen, so dass es keine Gemeindebeiträge mehr brauche und der im Budget eingestellte Betrag von Fr. 1'500.00 zur Streichung beantragt werde.

### Antrag 13

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
407.317.20	Hotel-Entschädigung Militär	1'500.00	- 1'500.00	0.00

**Therese Grädel-Fankhauser:** Bittet um eine Erklärung, was man sich unter Repräsentationsausgaben des Fachbereichs Einwohnerdienste (Konto 403.317.20) vorstellen muss?

**Lukas Felber:** Soweit er verstanden habe und informiert worden sei, handle es sich dabei um Blumenschmuck für den neuen Einwohnerschalter.

**Stadtschreiber Daniel Steiner:** Die Aussage von Stadtrat Lukas Felber treffe zu. Mit dem eingesetzten Betrag sei beabsichtigt, den neuen Einwohnerschalter das ganze Jahr über mit einem schönen Blumenstrauß zu schmücken.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimmen zu den Anträgen 12 + 13:**

### Antrag 12 Stadtrat Lukas Felber

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
403.317.20	Repräsentationsausgaben	2'200.00	- 1'000.00	1'200.00

**Ja Stimmen 20** **angenommen**

**Nein Stimmen 17**

**Enthaltung 1**

### Antrag 13 Stadtrat Lukas Felber

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
407.318.51	Hotel-Entschädigung Militär	1'500.00	- 1'500.00	0.00

**Ja Stimmen 36** **angenommen**

**Nein Stimmen 1**

**Enthaltungen 1**



## Seite 21:

**Pascal Dietrich:** Beim Konto 522.436.60 Rückerstattungen Alimentenvorschüsse für Kinder handle es sich um die einzige Position, die nach Meinung von ihm und Stadtrat Lukas Felber höher budgetiert werden sollte. Auffallend sei, dass die Rückerstattungen der Alimentenvorschüsse in den letzten Jahren immer höher als budgetiert ausgefallen seien. In der Rechnung 2012 werde ein Ertrag von Fr. 488'000.00 ausgewiesen. Trotz des Bewusstseins, dass diese Position lastenausgleichsberechtigt sei, werde eine Erhöhung um Fr. 50'000.00 beantragt, um die Position besser abzubilden.

### Antrag 14

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
522.436.60	Rückerstattungen Alimentenvorschüsse für Kinder	(Ertrag) 350'000.00	(Ertrag) <b>+ 50'000.00</b>	(Ertrag) <b>400'000</b>

Im Vergleich mit Unterstützungsbeiträgen an andere Organisationen erscheine der Beitrag an den Kantonalverband "Blaues Kreuz" als all zu hoch, weshalb die Halbierung des Beitrages beantragt werde.

### Antrag 15

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
523.365.01	Blaues Kreuz; Kantonalverband Bern	10'000.00	<b>- 5'000.00</b>	<b>5'000.00</b>

**Bernhard Marti:** Bevor über die Halbierung des Kontos 523.365.01 abgestimmt werden könne, gelte es folgende Fragen zu beantworten: Welches Projekt wäre von der Kürzung betroffen? Wie hoch ist eine allfällige kantonale Beteiligung sowie der Beitrag der Stiftung "blaues Haus" daran? Könnte das Projekt aufgrund der Kürzung noch realisiert werden?

**Gemeinderat Reto Müller:** Vorab bedürfe der Antrag betreffend die Alimentenbevorschussung (Konto 522.436.60) einer Bemerkung: Wenn diese lastenausgleichsberechtigt sei, dann müsse auch die entsprechende Ausgabenposition im Lastenausgleich korrigiert werden, woraus quasi ein Nullsummenspiel resultiere.

Von einer Kürzung im Konto 523.365.10 wäre das Projekt B4 des Blauen Kreuzes betroffen. Mit der Beteiligung von zirka Fr. 10'000.00 am Projekt sichere sich die Stadt Langenthal auch gewisse Beiträge des Kantons. Da er nicht gewusst habe, dass dieses Thema heute zur Debatte stehe, verfüge er nicht über die genauen Zahlen. Er glaube sich zu erinnern, dass sich die jährlichen Kosten des Projektes im Umfang von Fr. 80'000.00 bewegen. Ob das Projekt mit der beantragten Kürzung noch durchgeführt werden könne oder nicht, setze eine Abklärung voraus. Der Beitrag der Stadt von Fr. 10'000.00 sei jedoch in dieser Höhe ausgehandelt und vereinbart worden.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimme zum Antrag 14:**

### Antrag 14 Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
522.436.60	Rückerstattungen Alimentenvorschüsse für Kinder	(Ertrag) 350'000.00	(Ertrag) <b>+ 50'000.00</b>	(Ertrag) <b>400'000</b>

<b>Ja</b>	<b>Stimmen</b>	<b>22</b>	<b>angenommen</b>
<b>Nein</b>	<b>Stimmen</b>	<b>14</b>	
<b>Enthaltung</b>		<b>2</b>	



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Gemeinderat Reto Müller habe bereits darauf hingewiesen, dass mit der Veränderung im Konto 522.436.60 eine Position im Lastenausgleich tangiert werde. Im Sinne der Kongruenz müsse nun auch eine entsprechende Korrektur in der anderen im Lastenausgleich betroffenen Position beschlossen werden. Innerhalb von lastenausgleichsberechtigten Positionen lasse sich nicht einfach über eine Kürzung einer Position abstimmen, ohne die entsprechende Gegenposition auch zu korrigieren, ansonsten die Seriosität der Absicht gewisse Zweifel hervorrufe.

**Beat Sterchi:** Als ehemaliges Mitglied der Finanzkommission könne er sagen, dass sich die Änderung der Position 522.436.60 nicht auf den Lastenausgleich auswirke, was sich daran zeige, dass im Jahr 2012 Fr. 550'000.00 geplant und Fr. 488'000.00 verwendet worden seien. Der Antrag von Stadtrat Pascal Dietrich sei seiner Ansicht nach berechtigt, zumal dieser Posten von der Finanzkommission früher jedes Jahr korrigiert worden sei.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** informiert, dass das Büro des Stadtrates die beschlossenen Anpassungen im Zahlenmaterial veranlassen werde, so dass an einer nächsten Stadtratssitzung mit korrigierten Zahlen über die Ziffer I und Ziffer II des Beschlussesantrages beraten und Beschluss gefasst werden könne. Mit diesem Vorgehen sei es auch möglich, die vom Stadtpräsidenten Thomas Rufener angebotenen und mit dem Lastenausgleich kongruenten Korrekturen vorzunehmen.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimme zum Antrag 15:**

Antrag 15 Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
523.365.01	Blaues Kreuz; Kantonalverband Bern	10'000.00	- 5'000.00	5'000.00

Ja Stimmen 12

Nein Stimmen 23

Enthaltungen 3

abgelehnt

**Seite 23:**

**Lukas Felber:** Er und Stadtrat Pascal Dietrich bedauern es sehr, dass durch die etwas skurrile Namensänderung des Kinderheims Schoren in Schoio für Büromaterial, Drucksachen, Inserate Fr. 10'000.00 mehr gebraucht werden. Die neuen Unterlagen lassen sich auch über Jahre entsprechend anpassen, weshalb beantragt werde, den Betrag um Fr. 10'000.00 zu kürzen.

Antrag 16

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
540.310.10	Büromaterial, Drucksachen, Inserate	26'600.00	- 10'000.00	16'600.00

**Bernhard Marti:** Werbetechnisch mache es wohl kaum Sinn ein neues Projekt über Jahre hinweg - anstatt sofort und wenn es lanciert werde - zu bewerben.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimme zum Antrag 16:**

Antrag 16 Stadtrat Lukas Felber

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
540.310.10	Büromaterial, Drucksachen, Inserate	26'600.00	- 10'000.00	16'600.00

Ja Stimmen 15

Nein Stimmen 20

Enthaltungen 3

abgelehnt



## Seite 26:

**Lukas Felber:** Dass der Regierungsrat offenbar eine Verordnung angepasst habe, indem die Honorare für Schulärzte und Schulzahnärzte verdreifacht werden sollen, sei nicht nachvollziehbar. In der Hoffnung, dass die Stadt mit den Ärzten auf dem Platz Langenthal eine Regelung finden werde, die keine Verdreifachung zur Folge habe, werde beantragt, die eingestellten Beträge in beiden Konten (604.318.55 und 604.318.56) um je Fr. 10'000.00 zu kürzen.

### Antrag 17

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
604.318.55	Honorare Schulärzte	56'610.00	- 10'000.00	46'610.00

### Antrag 18

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
604.318.56	Honorare Schulzahnärzte/Fachpers.	97'900.00	- 10'000.00	87'900.00

**Stefan Ryser:** Hat der Regierungsrat etwas beschlossen, das umgesetzt werden muss? Werden die Kosten effektiv verdreifacht? Da die vorliegenden Unterlagen keine Antworten auf diese Fragen liefern, bitte er um die Lieferung entsprechender Detailinformationen.

**Samuel Köhli:** Der Antrag von Stadtrat Lukas Felber erstaune und sei ein Hinweis darauf, dass Stadtrat Lukas Felber keine Kinder habe. Der Andrang bei schulärztlichen Untersuchungen sei jeweils sehr gross. Seiner Meinung nach sollte sich ein Arzt mehr Zeit für eine solche Untersuchung nehmen können und auch entsprechend entschädigt werden. In Langenthal gebe es nicht zu viele Hausärzte. Er persönlich sei dagegen den Ärzten den Eindruck zu vermitteln, diese Arbeit quasi gratis machen zu müssen.

**Therese Grädel-Fankhauser:** Im Moment komme in ihr das Gefühl auf, nicht zu wissen worüber genau abgestimmt werde soll. Aus diesem Grund **beantrage sie, die Honorare der Schulärzte (Konto 604.318.55) und der Schulzahnärzte/Fachpersonal (Konto 604.318.56) zur genauen Abklärung zurückzustellen und erst darüber abzustimmen, wenn genaue Informationen dazu vorliegen.**

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch:** Stellt nach Rückfrage bei Stadträtin Therese Grädel-Fankhauser zu Händen des Protokolls fest, dass deren Antrag als **Ordnungsantrag zu behandeln sei.**

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Der umfassende Antragkatalog mache es unmöglich, Detaillierungen zu liefern. Offenbar werde die Bereinigung des Zahlenmaterials im Stadtrat, als die Möglichkeit gesehen, künftige Budgets zu erstellen.

Was die Honorare der Schulärzte betreffe, so gebe es klare reglementarische Grundlagen. Vielleicht gebe es aber Mitglieder der Finanzkommission, die mit ortsansässige Ärzten in Kontakt treten möchten, um mit diesen allenfalls günstigere Tarife auszuhandeln.

Die von ihm verlangen Stellungnahmen zu den vorliegenden Anträgen seien wie bereits erwähnt, nicht mit dem Gemeinderat abgesprochen, weshalb er keine politische Äusserungen dazu abgeben könne. Ohne sich mit dem Gemeinderat besprochen zu haben, empfehle er jedoch die Anträge abzulehnen.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimme zum Ordnungsantrag von Stadträtin Therese Grädel-Fankhauser** (Abklärung der Honorare der Schulärzte [Konto 604.318.55] und der Schulzahnärzte/Fachpersonal [Konto 604.318.56]):

- **Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag von Stadträtin Therese Grädel-Fankhauser mit 23 Stimme Ja gegen 12 Stimmen Nein (bei 3 Enthaltungen) zu.**



**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass die Abklärung der Honorare der Schulärzte [Konto 604.318.55] und der Schulzahnärzte/Fachpersonal [Konto 604.318.56] vorgenommen werden und dass deren Ergebnisse anlässlich der 2. Lesung der vorliegenden Budgetvorlage zur Beratung vorliegen werden, womit über den **Antrag 17** und den **Antrag 18** nicht an der heutigen Sitzung, sondern an der 2. Lesung Beschluss gefasst werde.

## **Seite 29:**

**Pascal Dietrich:** Auf Seite 29 gehe es unter Anderem um den Fachbereich Kultur, wogegen weder er noch Stadtrat Lukas Felber etwas einzuwenden habe.

Bei Betrachtung des Postens 620.365.00 Diverse Beiträge (Fachbereich Kultur) sei die Entwicklung der Kosten auffallend. Beim Budget 2004 seien Fr. 15'000.00 veranschlagt worden, wogegen im Jahr 2005 der Betrag um die Hälfte auf Fr. 7'500.00 gekürzt worden sei. Ab dem Jahr 2006 (Fr. 10'000.00) seien dann die Kosten dauernd angestiegen (2007 Fr. 27'500.00; 2008 Fr. 25'000.00; 2009 Fr. 28'000.00; 2010 Fr. 43'000.00; 2011 Fr. 50'000.00), was seit dem Jahre 2005 eine Verachtfachung darstelle. Er sowie Stadtrat Lukas Felber schlagen vor, die Kosten auf dem Niveau des Voranschlages 2013 stehen zu lassen, womit es sich also nicht um eine Kürzung, sondern um das Abbremsen weiterer Kosten handle. Dieser Posten diene als Beispiel dazu, Masshalten zu wollen und das Geld nicht einfach auszugeben, weil es da sei.

## **Antrag 19**

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
620.365.00	Diverse Beiträge	60'000.00	- 10'000.00	50'000.00

Auch im Konto 620.380.00 Einlage in Spezialfinanzierung (Fachbereich Kultur) gelte es nicht mehr Mittel einzustellen als im Jahr 2013.

## **Antrag 20**

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
620.380.00	Einlage in Spezialfinanzierung	20'000.00	- 10'000.00	10'000.00

## **Antrag 21**

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
621.314.10	Baulicher Unterhalt	14'480.00	- 6'000.00	8'480.00

Im Übrigen halte er fest, dass sämtliche von ihm und Stadtrat Lukas Felber eingereichten Anträge selbstverständlich wie verlangt, bis heute Mittag um 12.00 Uhr schriftlich eingereicht worden seien.

**Nathalie Scheibli:** Langenthal feiere nächstes Jahr das 10-jährigs Jubiläum der Kulturnacht. Mit der Kulturnacht werde den Bürgerinnen und Bürgern gratis etwas zurückgegeben. Viele heute im Stadtratssaal Anwesenden werden an diesem Abend in den Strassen flanieren und die Gratiskultur der verschiedenen Kulturinstitutionen geniessen. Die Kultur mache Langenthal aus. Die Beiträge, die an junge Künstlerinnen und Künstler, an Autorinnen und Autoren für deren Schaffen gesprochen worden seien, haben beispielsweise einen Pedro Lenz landesweit bekannt werden lassen. Auch Knackeboul sei fast täglich im Fernsehen auf dem Bildschirm zu sehen. Die Kultur in Langenthal zeige ihre Präsenz nicht nur bis zur Stadtgrenze, sondern in die ganze Schweiz hinaus. Da nächstes Jahr wirklich ein würdiges 10-jähriges Jubiläum gefeiert werden könne, sei es gerechtfertigt die Erhöhung gutzuheissen und demzufolge dem Antrag auf Kürzung nicht zuzustimmen.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

**Urs Zurlinden:** Den Antrag betreffend die Einlage in die Spezialfinanzierung bitte er abzulehnen. Es gelte zu wissen, worum es sich dabei handle. Es gehe dabei um einen Topf, der sich langsam entleere, weil die Beiträge in einer Zeit als Langenthal wirklich in finanzpolitisch engen Hosen gesteckt habe, auf Fr. 10'000.00 reduziert worden seien. Aus diesem Topf werden besondere kulturelle Anlässe, Events und Tätigkeiten der Stadt Langenthal finanziert. Was aber nicht von der Kulturkommission her, sondern auf Antrag an den Gemeinderat geschehe. Weil sich damit Akzente in der Kulturpolitik Langenthals setzen lassen, bitte er speziell die FDP/jll/BDP-Fraktion, die gestern in einem Workshop festgestellt habe, Akzente bei der Kultur setzen zu wollen, dieses Mal nicht dem Spardiktat zu folgen, sondern der Kultur.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimme zu den Anträgen 19 - 21:**

**Antrag 19** Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
620.365.00	Diverse Beiträge	60'000.00	<b>- 10'000.00</b>	<b>50'000.00</b>

**Ja Stimmen 13**

**Nein Stimmen 24**

**Enthaltungen 1**

**abgelehnt**

**Antrag 20** Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
620.380.00	Einlage in Spezialfinanzierung	20'000.00	<b>- 10'000.00</b>	<b>10'000.00</b>

**Ja Stimmen 10**

**Nein Stimmen 25**

**Enthaltungen 3**

**abgelehnt**

**Samuel Köhli:** Beim Konto 621.314.10 Baulicher Unterhalt (Stadttheater) gehe es um Fr. 14'480'00, was kein so grosses Betrag sei, um ein Gebäude wie das Stadttheater zu unterhalten. Im Betrag von Fr. 14'480.00 sei der Ersatz für Notleuchten, der Service für die Lüftung, das Entstopfen von WC-Anlagen, Dachreparaturen enthalten. Nicht darin enthalten seien Malerarbeiten, die noch vor der Sanierung gemacht werden müssen. Somit handle es sich nur um Kosten, die den Betrieb sicherstellen. Gebäude dieser Art total verlottern zu lassen, sei gefährlich. Für ihn persönlich sei es nicht nachvollziehbar, einen sonst schon geringen Betrag noch mehr zu kürzen, zumal dieser seiner Ansicht nach ohnehin nicht ausreiche.

**Antrag 21** Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
621.314.10	Baulicher Unterhalt	14'480.00	<b>- 6'000.00</b>	<b>8'480.00</b>

**Ja Stimmen 9**

**Nein Stimmen 28**

**Enthaltungen 1**

**abgelehnt**



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

## Seite 33:

**Lukas Felber:** Ihm sowie Stadtrat Pascal Dietrich sei es unverständlich weshalb im Vergleich mit anderen Schulzentren im Konto 661.317.20 überhaupt Repräsentationsausgaben (Schulzentrum 1 [Kreuzfeld I-III inkl. Turnhalle]) in der Höhe von Fr. 4'000.00 vorgesehen seien. Aus diesem Grund werde die Kürzung von Fr. 2'000.00 beantragt.

### Antrag 22

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
661.317.20	Repräsentationsausgaben	4'000.00	- 2'000.00	2'000.00

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimme zum Antrag 22:**

### Antrag 22 Stadtrat Lukas Felber

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
661.317.20	Repräsentationsausgaben	4'000.00	- 2'000.00	2'000.00

<b>Ja Stimmen</b>	<b>17</b>	
<b>Nein Stimmen</b>	<b>19</b>	<b>abgelehnt</b>
<b>Enthaltungen</b>	<b>2</b>	

## Seite 35:

**Pascal Dietrich:** Auch in dieser Position werde nicht vom Sparen gesprochen. Bei Betrachtung der Zahlen im Konto 664.317.45 Lager und Projekte (Schulzentrum 4 [Kreuzfeld 4 inkl. Turnhalle 3 + 4]) werde ersichtlich, dass im Voranschlag 2013 Fr. 45'300.00 eingestellt gewesen seien, wogegen im Voranschlag 2014 Fr. 112'200.00 eingestellt seien. Begründet werde die massive Erhöhung offenbar damit, dass wegen des Sanierungsbedarfs am Schulhaus vermehrte Lagerbesuche geplant seien, was durchaus zu verstehen sei, aber die Frage aufwerfe, in welchem Ausmass dies geschehen soll. Stadtrat Lukas Felber und er seien der Meinung, dass eine Verdoppelung der Kosten ausreichend sei, weshalb **beantragt werde, die budgetierte Erhöhung um Fr. 20'000.00 zu reduzieren, womit es sich gegenüber dem Vorjahr immer noch um eine Verdoppelung der Kosten handle.**

### Antrag 23

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
664.317.45	Lager und Projekte	112'200.00	- 20'000.00	92'200.00

**Samuel Köhli:** Diese Position sei in mehreren Finanzkommissionssitzungen diskutiert worden. Es gehe darum bauliche Arbeiten während der Schulzeit vornehmen zu müssen, wozu das Schulgebäude möglichst lange leer stehen müsse. Die beantragte Mehrausgabe führe zu Vereinfachungen in Bauablauf, wodurch in diesem Bereich Minderkosten generiert werden können.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimme zum Antrag 23:**

### Antrag 23 Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
664.317.45	Lager und Projekte	112'200.00	- 20'000.00	92'200.00

<b>Ja Stimmen</b>	<b>18</b>	
<b>Nein Stimmen</b>	<b>19</b>	<b>abgelehnt</b>
<b>Enthaltung</b>	<b>1</b>	



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

**Beat Sterchi:** Der Antrag sei zwar abgelehnt, da aber eine 2. Lesung der Vorlage stattfinden werde, wolle er, dass der Gemeinderat klar aufzeige, wie es sich mit dieser Position verhalte. Falls die Aussage von Stadtrat Samuel Köhli zutreffe, müssten die Baubeträge im Baukredit sein. Abhängig vom Resultat der Abklärungen, **behalte er sich vor, anlässlich der 2. Lesung der Vorlage einen Wiedererwägungsantrag zur vorliegenden Position zu stellen.**

## Seite 37:

**Pascal Dietrich:** An der sehr guten Institution soll nicht gespart werden. Sowohl er wie auch Stadtrat Lukas Felber wollen aber, dass nicht wesentlich mehr dafür ausgegeben werde, als im Jahr 2013, weshalb beantragt werde, den Betrag von Fr. 73'000.00 im Konto Bibliotheksmedien (Konto 695.310.20) nicht um 10'000.00, sondern nur um Fr. 5'000.00 zu erhöhen.

### Antrag 24

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
695.310.20	Bibliotheksmedien	80'000.00	- 5'000.00	75'000.00

Im Bewusstsein, dass der Betrag im Konto 695.317.20 (Repräsentationsausgaben, Öffentlichkeitsarbeit) mit Fr. 17'000.00 für das Jahr 2013 relativ tief gewesen sei, werde auch dort beantragt, den budgetierten Betrag um Fr. 5'000.00 zu reduzieren.

### Antrag 25

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
695.317.20	Repräsentationsausgaben, Öffentlichkeitsarbeit	37'700.00	- 5'000.00	32'700.00

Der Mehrheit der Anträge von ihm und Stadtrat Lukas Felber sei schon zugestimmt worden. Nun gehe es auch bei diesen Positionen noch darum, die Höhe der Kosten im Mass zu halten.

**Samuel Köhli:** Bei anderen zu sparen ist immer einfacher! Wenn er bedenke, wie schnell die Ausgaben für den Schlittschuhclub Langenthal in den letzten beiden Jahren gestiegen seien, dann stelle er fest, dass diese Kosten auch "kein Mass mehr haben", was aber von den Stadträten Pascal Dietrich und Lukas Felber offenbar vergessen worden sei, zu erwähnen.

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Hinter der Position 695.317.20 (Bibliotheksmedien) stecken RKK-Verträge, womit sich die Kürzung auch auf diese auswirken würde.

In der Position 695.317.20 sei ein 40-Jahr-Jubiläum berücksichtigt, weshalb ein etwas erhöhter Betrag ins Budget eingestellt worden sei.

Beide zur Kürzung beantragten Anträge empfehle er zur Ablehnung.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** bittet um **Abgabe der Stimme zu den Anträgen 24 + 25:**

### Antrag 24

Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
695.310.20	Bibliotheksmedien	80'000.00	- 5'000.00	75'000.00

**Ja Stimmen 8**

**Nein Stimmen 26 abgelehnt**

**Enthaltungen 4**



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

Antrag 25 Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
695.317.20	Repräsentationsausgaben, Öffentlichkeitsarbeit	37'700.00	- 5'000.00	32'700.00

**Ja Stimmen 8**

**Nein Stimmen 27**

**Enthaltungen 3**

**abgelehnt**

**Stadtratspräsident Daniel-Steiner Brütsch:** Die beschlossenen Änderungen haben finanzielle Auswirkungen. Eine inhaltliche Beratung des Beschlussesentwurfs - bestehend aus der Ziffer I. und Ziffer II. - am heutigen Abend sei damit nicht möglich. **Das Geschäft werde auf eine der nächsten Stadtratssitzungen vertagt. Das Zahlenmaterial werde bis dahin angepasst und die zu klärenden Fragen beantwortet sein, so dass die Debatte noch einmal geführt und dem Beschlussesentwurf (Ziffer I. und Ziffer II.) zugestimmt werden könne bzw. über die Abstimmungsbotschaft für die Abstimmung am 23./24. November 2013 beraten werden könne.**

### III Abstimmung:

Keine Abstimmung

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** unterbricht die Sitzung um **21.10 Uhr** für eine 15-minütige Erfrischungs- und Verpflegungspause.



## 4. Reglement über die Hundetaxe; Erlass; Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 23./24. November 2013

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** legt den Gang der Beratung fest:

- Detailberatung:
- A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission
  - B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)
  - C Detailberatung des Reglementsentwurfs (seitenweise Durchsicht)/Abstimmung über allfällige Änderungsanträge
- Schlussabstimmung:
- D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)
  - E Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 23./24. November 2013 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

### II Detailberatung:

#### A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Der Kanton Bern habe die Hundegesetzgebung auf den 1. Januar 2013 modernisiert und ersetze damit das um die letzte Jahrhundertwende (ca. 1903) datierte Hundegesetz. Das Gesetz regle zusammengefasst die Sicherheit und die Gesellschaftsverträglichkeit der Hundehaltung. Das neue Gesetz schreibe den Gemeinden vor, zur Erhebung einer Hundetaxe, eine entsprechende reglementarische Grundlage schaffen zu müssen. Langenthal erhebe seit dem Jahr 2005 eine Hundetaxe von Fr. 100.00. Der Gemeinderat habe die Absicht, diese Taxe weiterhin zu erheben, weshalb das vorliegende Reglement genehmigt werden müsse.

Die mit der Hundetaxe eingenommenen Gelder werden für den Betrieb und den Unterhalt der Hundekotsammelstellen verwendet. Aus den Unterlagen gehe heraus, dass die Erträge die anfallenden Kosten nicht ganz zu decken vermögen. Da es sich bei der Hundetaxe um eine fakultative Gemeindesteuer handle, liege es in der Zuständigkeit der Stimmberechtigten, über das vorliegende neue Reglement zu befinden. Im vorliegenden Reglement werde der Rahmen (Fr. 80.00 - 200.00) der Hundetaxe vorgegeben. Der Gemeinderat werde die effektive Gebührenhöhe inskünftig in einer Verordnung festlegen, habe aber bereits beschlossen, die Hundetaxe auf dem bisherigen Niveau zu belassen.

Der Gemeinderat empfehle, dem vorliegenden Erlass über die Hundetaxe, der auf den 1. Januar 2014 in Kraft treten soll, zuzustimmen.

**Ruth Trachsel, GPK-Vizepräsidentin:** Die Geschäftsprüfungskommission stelle die formelle Richtigkeit der Vorlage fest. Das Reglement sei kurz und klar dargestellt. Der Verwaltung gebühre ein Kompliment für die saubere und klare Ausarbeitung der Vorlage.



## B Allgemeine Beratung (Fraktionen und Einzelsprechende)

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass von den Fraktionssprechenden keine Wortmeldungen gewünscht werden.

**Beat Sterchi:** Der Eifer des Kantonsparlaments und der Kantonsregierung trage zum Glück endlich Früchte, indem den Gemeinden, die eine Hundetaxe erheben wollen, nun eine klare Grundlage zur Erhebung vorliege.

Weniger klar sei aber das, was der Gemeinderat in Art. 1 des Reglementsentswurfs beantrage. Aus ihm nicht nachvollziehbaren Gründen wolle der Gemeinderat die Kompetenz zur Festlegung der Hundetaxe vom Stimmbürger weg an sich selber übertragen, obwohl in der Stadt Langenthal bis anhin der Grundsatz gegolten habe, dass für Steuern - welcher Art auch immer (Liegenschaftssteuern etc.) - immer der Stimmbürger den Satz festlegen könne. Seiner Ansicht nach werde damit ein Systemwechsel vorgenommen, der in der vorliegenden Botschaft an die Stimmberechtigten nicht begründet werde.

Komisch sei auch der neue Rahmen für die Hundetaxe, der neu Fr 80.00 - 200.00 betragen soll. Die Vollkostenrechnung der Hundetaxe weise bei einer Hundetaxe von jährlich Fr. 100.00 aktuell bereits eine leichte Unterdeckung von Kosten auf, die der Stadt anfallen. Weshalb der Gemeinderat nun den Rahmen von Fr. 100.00 auf Fr. 80.00 senken wolle, sei für ihn nicht nachvollziehbar. Es sei ihm schleierhaft, wie der Gemeinderat überhaupt einen solchen Vorschlag machen könne, mit welchem der Stimmbürger zur Annahme verleitet werde, dass die Hundetaxe auch einmal Fr. 80.00 betragen könnte, obwohl klar sei, dass die Hundetaxe im Minimum Fr. 100.00 betragen müsse.

Genau so unbegründet sei auch der Maximalbetrag von Fr. 200.00. In der Botschaft schreibe der Gemeinderat, dass sich die Hundetaxe damit an allfällige sich in Zukunft verändernde Grundlagen anpassen lasse, wenn möglicherweise veränderte Umstände eintreten könnten. Da der Gemeinderat trotz der bestehenden Unterdeckung zum Schluss komme, die Hundetaxe auf Fr. 100.00 zu belassen, dann gebe es seiner Meinung schlichtweg keinen vorstellbaren Grund und auch keine Rechtfertigung, weshalb die Hundetaxe später überhaupt einmal erhöht werden soll. Ein veränderter Umstand könnte sein, dass die Anzahl der Hunde zunehme. Damit würde sich aber auch automatisch ein Mehrertrag ergeben. Demgegenüber sei ja wohl kaum anzunehmen, dass ein neues Kraftfutter erfunden werde, womit sich die Hundeabfälle schlagartig vermehren. Er glaube auch nicht daran, dass es in der Stadt irgendwann einmal jemanden geben werde, der den Hunden und den Hundebesitzern neue Dienstleistungen anbieten wolle, womit eine Taxe von Fr. 200.00 gerechtfertigt werden könnte. Er nehme auch nicht an, dass jemand seinen Hund in Zukunft während einer Ferienabwesenheit zur Betreuung bei der Stadtverwaltung abgeben könne.

Im Gegensatz zur Aussage der Geschäftsprüfungskommission erachte er den Vorschlag des Gemeinderates nicht als klar. Da der Gemeinderat eigentlich der Meinung sei, den Ist-Zustand weiterführen zu wollen, gelte es den Betrag im Reglement und nicht in den Ausführungsbestimmungen festzusetzen. Sollte es irgendwann eine Änderung brauchen, dann müsse der Stimmbürger darüber befinden.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

Der Kanton habe nicht beabsichtigt, das System dahingehend zu ändern, dem Stimmbürger das Recht zu nehmen, sich zur Hundetaxe äussern zu können. Aus diesem Grund **beantrage er die Änderung von Art. 1 und Art. 3 im Reglementsentwurf vom 3. Juli 2013** und bitte um entsprechende Zustimmung:

Antrag Gemeinderat an Stadtrat:	Antrag Stadtrat Beat Sterchi:
<b>Art. 1 Hundetaxe</b> <sup>1</sup> Die Gemeinde erhebt eine Hundetaxe gemäss kantonalem Hundegesetz.  <sup>2</sup> Taxpflichtig sind die Halterinnen und Halter, welche am 1. August in der Gemeinde Wohnsitz haben, sofern ihr Hund älter als sechs Monate ist.  <sup>3</sup> Der Gemeinderat legt die Höhe der Taxe pro Jahr und Hund zwischen Fr. 80.00 und Fr. 200.00 fest.	<b>Art. 1 Hundetaxe</b> <sup>1</sup> Die Gemeinde erhebt eine Hundetaxe gemäss kantonalem Hundegesetz <b>von Fr. 100.00 pro Jahr und Hund.</b>  <sup>2</sup> Taxpflichtig sind die Halterinnen und Halter, welche am 1. August in der Gemeinde Wohnsitz haben, sofern ihr Hund älter als sechs Monate ist.  <sup>3</sup> <b>streichen</b>
<b>Art. 3 Gemeinderat</b> Der Gemeinderat regelt die Höhe der Hundetaxe und die Ausführungsbestimmungen nach Massgabe dieses Reglements in einer Verordnung.	<b>Art. 3 Gemeinderat</b> Der Gemeinderat regelt <b>die Ausführungsbestimmungen</b> nach Massgabe dieses Reglements in einer Verordnung.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** informiert, über den Antrag von Stadtrat Beat Sterchi im Detailberatungsteil C abzustimmen.

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Da es in der Kompetenz des Gemeinderates liegen soll, die Hundetaxe festlegen zu können, empfehle er, den Antrag von Stadtrat Beat Sterchi betreffend die Änderungen in den Artikeln 1 und 3 abzulehnen.

Es könne durchaus sein, dass es in Langenthal plötzlich weniger Hunde gebe, so dass wie in anderen Bereichen auch dieser Tarif bzw. diese Taxe gesenkt werden könnte.

## C Detailberatung des Reglementsentwurfs (seitenweise Durchsicht)/Abstimmung über allfällige Änderungsanträge

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortbegehren vorliegen und gibt die Beratung zum Antrag von Stadtrat Beat Sterchi (Änderungen in Art. 1 + 3) frei.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortbegehren zum Antrag von Stadtrat Beat Sterchi (Änderungen in Art. 1 + 3) vorliegen und bittet um Stimmgabe:

- **Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag von Stadtrat Beat Sterchi (Änderungen in Art. 1 und 3 des Reglementsentwurfs vom 3. Juli 2013) mit 5 Stimmen Ja gegen 33 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) ab.**



### III Abstimmung:

#### D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.):

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 4 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

##### I. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

###### Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal beschliesst, gestützt auf Art. 34 Abs. 1 Ziff. 3 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 19. August 2013:

1. Der Erlass des Reglements über die Hundetaxe gemäss Anhang wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

#### E Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 23./24. November 2013 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** gibt die Beratung zur Diskussion der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten frei.

**Beat Sterchi:** Da er davon ausgegangen sei, dass sein Änderungsantrag betreffend die Artikel 1 und 3 des Reglementsentwurfs vom 3. Juli 2013 angenommen werde, habe er nun keinen Formulierungsvorschlag parat, um seine Meinung im Botschaftstext darzulegen. Normalerweise sei es aber so, dass in der Botschaft auch die Meinung der unterlegenen Minderheit in zwei, drei Sätzen wiedergegeben werde. Er bitte um die Beantwortung der Frage, ob dieses Vorgehen auch in der vorliegenden Botschaft zur Anwendung komme?

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch:** Gemäss Auskunft der stellvertretenden Stadtschreiberin Mirjam Tschumi werde die Meinung der unterlegenen Minderheit im Botschaftstext berücksichtigt. In diesem Sinne mache er beliebt, die Schlussredaktion des Botschaftstextes - unter Berücksichtigung des Anliegens - dem Stadtratsbüro zu übertragen.

**Beat Sterchi** erklärt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen gestellt werden und bittet **um Abgabe der Stimme zu Ziffer II. des Beschlussesentwurfs** (Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 23./24. November 2013):

- **Der Stadtrat genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 3. Juli 2013 - unter Berücksichtigung der Textergänzung (Darstellung der Meinung der unterlegenen Minderheit) in Punkt "5. Beratungen im Stadtrat" - mit 38 Stimmen Ja, gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen).**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 5. Projekt Überführung Industrielle Betriebe Langenthal (IBL) in eine Aktiengesellschaft; Genehmigung Projekt und Bewilligung Investitionskredit

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Beim vorliegenden Geschäft gehe es um die Genehmigung des Projekts und um die Bewilligung des Investitionskredits zur Umsetzung des Projekts.

Seit dem Jahr 2006 seien die Industriellen Betriebe Langenthal (IBL) als eine rechtlich selbstständige, öffentliche Anstalt tätig. Im Rahmen des geltenden Organisations- und Gebührenreglements werde die Stadt von den IBL mit Wasser, Elektrizität, Erdgas und Kommunikationssignalen in ausreichender Menge und einwandfreier Qualität versorgt. Das Versorgungsgebiet bestehe primär aus dem Gemeindegebiet der Stadt Langenthal. Die IBL können aber auch ausserhalb dieses Versorgungsgebietes Aufgaben wahrnehmen, sofern damit die Versorgung auf dem Gemeindegebiet nicht beeinträchtigt oder verteuert werde. Die IBL können weitere Leistungen für die Stadt oder für Dritte erfüllen oder auch gewerbliche Leistungen erbringen, welche einen Bezug zum Leistungsauftrag haben.

Die Gesellschaft sei nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu führen. Das zur Erfüllung des Leistungsauftrages erforderliche Finanz- und Verwaltungsvermögen sei den IBL zu den am 31. Dezember 2006 massgebenden Buchwerten übertragen worden. Für die Inanspruchnahme von öffentlichem Grund sowie anderer eingeräumter Vorteile leisten die IBL eine jährliche Abgeltung von Fr. 1,4 Mio. an die Stadt.

Inzwischen seien sieben Jahre vergangen. In verschiedenen Bereichen - insbesondere in der übergeordneten Gesetzgebung betreffend das Stromgeschäft - habe sich sehr viel verändert. Mit der neuen Elektrizitätsmarktverordnung sei die frühere Monopolsituation wesentlich gelockert worden. Grosskunden sei es bereits heute möglich, den Versorger von elektrischer Energie frei wählen zu können.

In der Vorbereitung der neuen gesetzlichen Bestimmungen seien sehr viele Anpassungen notwendig gewesen. Das Verrechnungssystem habe beispielsweise neu geregelt werden müssen. Dies deshalb, weil heute der elektrische Strom einerseits und die Übertragung des Stroms andererseits gesondert behandelt werden müssen. Das sei mit ein Grund dafür gewesen, dass die IBL ihre Anlagen neu bewerten mussten. Damit verfügen die IBL über eine reelle Basis zur Berechnung der Netzkosten. Im Einklang mit der Einführung der Anlagebuchhaltung sei auch das Rechnungssystem - nach einem für Aktiengesellschaften üblichen Modell - eingeführt worden. In diesem Zusammenhang seien viele Schritte unternommen worden, die aufgrund und in Anlehnung an neue übergeordnete gesetzliche Bestimmungen und Voraussetzungen vorgenommen werden mussten. Vor einigen Monaten habe das Parlament bereits eine kleine Reglementsrevision verabschiedet, indem Art. 5 geändert worden sei, womit die Obergrenze der aktivierten Ausgaben für sogenannt weitere Leistungen nach oben angepasst worden sei.

Der Gemeinderat habe seine Eigentümerstrategie für die IBL im Kontext der diversen Veränderungen überarbeitet und diese vor ca. einem Jahr in der heute vorliegenden Form verabschiedet. Der Gemeinderat nehme die heute gute und leistungsfähige Organisationsstruktur zum Anlass, diese im Hinblick auf neue sich abzeichnende Herausforderungen kritisch zu hinterfragen. Insbesondere die Marktposition der IBL soll gestärkt werden, damit die geforderten Dienstleistungen auch künftig effizient angeboten werden können.

Der Gemeinderat komme zum Schluss, dass die IBL aus ihrem bisherigen Rechtskleid in eine Aktiengesellschaft überführt werden soll. Mit diesem Schritt wäre es den IBL möglich, eigentümerrechtliche Kooperationen einzugehen, was in der heutigen Struktur rechtlich unmöglich sei. Die Aktienmehrheit soll in jedem Fall bei der Stadt bleiben und eine Veränderung unter den IBL-Eignern müsste von den bisherigen IBL-Eignern genehmigt werden.



Die Eigner sollen über eine angemessene Dividende - gemäss Aktienkapital - rechnen können. Nach wie vor und abhängig davon, wie die beteiligten Gemeinden wollen, sollen Konzessionsabgaben für die Nutzung von öffentlichem Grund und Boden erhoben werden können. In einem gewissen Umfang sollen die IBL nebst ihrer Versorgungsaufgabe auch Investitionen tätigen und Beteiligungen in eigene Produktionsanlagen zur Förderung erneuerbarer Energien eingehen können.

Zur Verbesserung der Kooperationsfähigkeit und der unternehmerischen Flexibilität schlage der Gemeinderat vor, die IBL in eine Aktiengesellschaft zu überführen, welche von einem Verwaltungsrat nach finanziellen und unternehmerischen Grundsätzen zu führen sei.

Die Erarbeitung der Eigentümerstrategie sei ein Projekt des Gemeinderates gewesen. Der Gemeinderat habe die Eigentümerstrategie ohne Einbezug der IBL erarbeitet. Das Resultat sei den IBL zur Vernehmlassung vorgelegt worden. Im Grundsatz stimmen die IBL der Formulierung der gemeinderätlichen Eigentümerstrategie zu.

Betreffend die Akzeptanz der Organisationsform "Aktiengesellschaft" halte er fest, dass wer das Rad der Geschichte etwas weiter zurückdrehe, wisse, wie ein entsprechendes Projekt bereits einmal gescheitert sei und, dass das Folgeprojekt zur heute bestehenden Struktur geführt habe. Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass sich die Akzeptanz zur Organisationsform "Aktiengesellschaft" in den vergangenen Jahren auch verändert habe. Mindestens das Beispiel der ZALA AG zeige auf, dass diese heute sicher unbestritten sei. Als weiteres Beispiel diene auch, dass ein Begleitausschuss die geplante Ausgliederung in eine Aktiengesellschaft des Alterszentrums Haslibrunnen im Fokus habe und, dass entsprechende Aussagen im Stadtrat dazu schon gemacht worden seien.

Heute gehe es darum, eine zweckmässige Projektorganisation einzusetzen und den für die Projektumsetzung notwendigen Investitionskredit von Fr. 225'000.00 zu beschliessen. Dem Gemeinderat gehe es aber um noch mehr: Der Gemeinderat lege dem Parlament das Geschäft bewusst hier und heute vor. Aus diesem Grund sei mit den IBL auch noch nicht verbindlich über eine allfällige Kostenübernahme für das Projekt verhandelt worden. Mit einem anderen Vorgehen wäre man vielleicht in Bezug auf die Kompetenz zu einem Ergebnis gelangt, das zum Nettoprinzip geführt hätte, womit es sich beim vorliegenden Projekt um kein Stadtratsgeschäft handeln würde.

In der neuen Stadtverfassung werde dem Thema Kompetenz auch Rechnung getragen, indem angedacht sei, die Grenzen tiefer anzusetzen. Damit könnte der Gemeinderat das Parlament zu Beginn eines Vorhabens über ein entsprechendes Projekt informieren, so dass nicht unnötiger Aufwand generiert würde, falls das Parlament der Meinung wäre, dass das Vorhaben nicht gemacht werden soll. In diesem Zusammenhang denke er an die soeben geführte Budgetdebatte, worin es auch um einen effizienten und ökonomischen Umgang mit öffentlichen Geldern gehe.

An der ursprünglich vorgeschlagenen Projektorganisation sei eine Anpassung vorgenommen worden. In Anlehnung an einen Antrag aus der Finanzkommission habe der Gemeinderat als Input den Steuerungsausschuss mit je einem Mitglied aus den Stadtratsfraktionen erweitert. Im Gegensatz dazu sei beschlossen worden, den für die interne Projektkoordination zuständigen geschäftsführenden Stadtschreiber nicht mehr weiter als Mitglied des Steuerungsausschusses zu bezeichnen.

Für die externe Projektleitung werde die EVU Partners AG, Herr Hansueli Bircher, vorgeschlagen. Der Gemeinderat sei von der Firma EVU Partners AG in anderer personeller Zusammensetzung bei der Erarbeitung der Eigentümerstrategie begleitet worden. Gemäss Zeitplan werde der Umwandlungsstichtag 1. Januar 2015 anvisiert.

Im Rahmen des Projektes werde auch definitiv zu klären sein, wo die Zuständigkeit für den zu fällenden Überführungsbeschluss liegen werde, ob dafür eine Volksabstimmung durchzuführen sei oder, ob das Parlament unter Einräumung des fakultativen Referendums zuständig sein werde. In Interpretation der heute geltenden Stadtverfassung (Art. 4) liege der Weg über die Volksabstimmung klar im Vordergrund.



Informell sei das Thema betreffend den Beschlussesentwurf Punkt 4. (Übernahme Projektkosten) angesprochen worden. Er persönlich denke, eine entsprechende Lösung zu finden. Damit das Projekt dem Stadtrat heute vorgelegt werden könne, sei die Klärung dieses Punktes nicht vorgezogen worden, weil damit die Kompetenzgrenze unterschritten worden wäre und da es kein Rückdelegationsrecht gebe.

**Pascal Dietrich, GPK-Mitglied:** Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit der Vorlage beschäftigt und dabei zwei Sachen diskutiert:

- Der Beschlussesentwurf Punkt 4., wonach der Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug und insbesondere mit der Gesprächsaufnahme mit den IBL betreffend die Übernahme der Projektkosten beauftragt werde, habe zur Frage geführt, ob diese Formulierung wirklich verbindlich genug sei und was sie konkret heisse. In der Geschäftsprüfungskommission sei man zum Schluss gelangt, dass es sich dabei an sich nicht um einen Formfehler handle, sondern, dass der Entscheid auf politischer Ebene gefällt werden müsse, ob die Verbindlichkeit ausreichend sei oder nicht.
- Auch das zuständige Organ sei in der Geschäftsprüfungskommission diskutiert worden. Der Stadtpräsident habe vorhin mitgeteilt, dass eine Volksabstimmung klar im Vordergrund stehe. An der Sitzung der Geschäftsprüfungskommission habe das aber noch nicht ganz so klar geklungen. Den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission sei gesagt worden, dass man im Moment noch nicht wisse, welches Organ am Schluss zuständig sein werde, was natürlich gemischte Gefühle ausgelöst habe. Obwohl dieser Umstand das Geschäft formell nicht tangiere, sei doch die Mehrheit der Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission der Auffassung, dass die Zuständigkeit heute bekannt sein müsste.

Die Geschäftsprüfungskommission erachte das Geschäft als formell richtig.

**Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion:** Mit der Liberalisierung des Strommarktes und der Herausforderung durch die Energiewende sei der Energiebereich in der heutigen Zeit ständigen Änderungen unterworfen. Die IBL müssen auf die Herausforderungen flexibel reagieren können. Die SP/GL sehe, dass die Aktiengesellschaft gegenüber einer öffentlich-rechtlichen Anstalt Vorteile habe. Einzelne Mitglieder der SP/GL-Fraktion nehmen immer noch eine kritische Haltung gegenüber einer Aktiengesellschaft ein. Folgende Punkte seien kritisch hinterfragt worden:

- Stadtrat und GPK-Mitglied Pascal Dietrich habe bereits erwähnt, dass es immer noch nicht ganz klar sei, ob eine Volksabstimmung durchgeführt werde oder nicht. Gemäss heute geltender Stadtverfassung werde eine Volksabstimmung stattfinden. Die SP/GL-Fraktion werde sich anlässlich der anstehenden Teilrevision der Stadtverfassung entsprechend äussern.
- In der Eigentümerstrategie seien die Themen "erneuerbare Energien" und "Energieeffizienz" zwar erwähnt, aber aus Sicht der SP/GL - speziell jener der Grünen - könnte und dürfte in diesem Bereich aber noch mehr Einfluss ausgeübt werden.
- Die SP/GL-Fraktion sei überrascht, dass die enge Zusammenarbeit - beispielsweise mit dem Projekt Energiestadt - mit keinem Wort erwähnt werde. Die Bewertung von Energie Stadt sei zum Teil vom Handeln der Werke abhängig. Der Gemeinderat müsse deshalb dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der IBL auch Massnahmen vorschlagen können. Da die Zusammenarbeit nach Ansicht der SP/GL-Fraktion in der Eigentümerstrategie festgehalten werden sollte, werde der Gemeinderat gebeten, diese Punkte der Eigentümerstrategie nochmals zu überprüfen.

Die SP/GL-Fraktion unterstütze das vorliegende Geschäft grossmehrheitlich.



**Markus Gfeller, FDP/jll/BDP-Fraktion:** In der FDP/jll/BDP-Fraktion sei die Umwandlung der IBL in eine Aktiengesellschaft unbestritten, was keine neue Haltung sei und wahrscheinlich auch niemanden überrasche.

Konkret gehe es zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht um die Umwandlung an sich, sondern um die Projektorganisation und Projektfinanzierung zur Vorbereitung einer solchen Umwandlung. In der der FDP/jll/BDP-Fraktion sei man sich diesbezüglich in zwei Sachen einig: Namentlich, dass das Projekt viel zu teuer sei und, dass eine Finanzierung ausschliesslich von den IBL zu leisten sei.

Da die Vorlage aber nicht dahingehend aufgegleist worden sei, habe sich die Diskussion in der FDP/jll/BDP-Fraktion hauptsächlich um die Fragen gedreht, was nun daraus gemacht werden soll? Ob der Vorlage trotzdem zugestimmt werden könne, zumal man materiell ganz klar für die Aktiengesellschaft sei, oder, ob die Vorlage aufgrund der formell ungenügenden Formulierung zurückgewiesen werden soll? Konkret gehe es um die Höhe der Kosten von Fr. 225'000.00 in Ziffer 2. und um die völlig und nichtssagende Bestimmung betreffend die Gesprächsaufnahme mit den IBL in Ziffer 4. des Beschlussesentwurfs.

Das Thema sei unbestrittenermassen im Interesse der IBL, da - zumindest nach seinem Kenntnisstand - die Initialzündung vom Verwaltungsrat der IBL ausgegangen sei. Die Stadtverwaltung beziehungsweise der Gemeinderat habe schlussendlich den Lead dazu übernehmen wollen, was von der FDP/jll/BDP-Fraktion grundsätzlich als richtig erachtet werde. Das Vorhaben werde von der FDP/jll/BDP-Fraktion somit einstimmig unterstützt.

An der Höhe der Kosten störe sich die FDP/jll/BDP-Fraktion jedoch, weil innerhalb der letzten 12 Monate mit dem Alterszentrum Haslibrunnen (AZH) eine ähnliche Übung durchgeführt worden sei. Auch beim AZH sei es darum gegangen einen zugegebenermassen nicht ganz gleich integrierten Teil, aber einen integrierten Teil der Stadtverwaltung in eine Aktiengesellschaft zu überführen. Damals seien an den Sitzungen immerhin zwei Gemeinderäte und mindestens drei Verwaltungsangestellte immer präsent gewesen. Dementsprechend müsste eigentlich Wissen vorhanden sein, wie ein solches Projekt aufgegleist werden soll. Somit denke er, dass kostenmässig nicht ganz mit dem gleichen Initialaufwand gerechnet werden müsse, wie wenn ein solcher Prozess zum ersten Mal durchlaufen werde. Der Kreditrahmen von Fr. 225'000.00 werde von der FDP/jll/BDP-Fraktion als weit ausserhalb der akzeptablen Bandbreite erachtet. Die FDP/jll/BDP-Fraktion stelle sich vor, dass das Geschäft im Bereich von Fr. 100'000.00 über die Bühne gebracht werden könne.

Zudem sei es für die FDP/jll/BDP-Fraktion nicht nachvollziehbar, wieso bei jedem Spezialprojekt noch Zusatzentschädigungen für Stadtangestellte vorgesehen werden sollen, da deren Arbeiten innerhalb der ordentlichen Arbeitszeit ausgeführt werden und damit auch mit dem ordentlichen Gehalt abgegolten seien.

Das Projekt sei unbestrittenermassen im Interesse der IBL. Dass der Gemeinderat die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft unterstütze, finde selbstverständlich auch die Unterstützung der FDP/jll/BDP-Fraktion. Als Aufsichtsorgan und Eigentümer der IBL liege sei es auch im Interesse des Gemeinderats, die Ausgliederung mit grösstmöglichen Erfolgsaussichten anzugehen. In diesem Sinne werde es von der FDP/jll/BDP-Fraktion durchaus als zulässig erachtet, dass der Gemeinderat die Organisation der Vorbereitung auch selber festlegen wolle, obschon es natürlich ein Projekt der IBL bleibe. Aus diesem Grund seien auch die damit verbundenen Kosten durch die IBL zu tragen. Die IBL gehöre immerhin vollumfänglich der Stadt, womit sie auch die Kosten der Gebühren- und Steuerzahler zu tragen habe. Schlussendlich mache dieses Vorgehen nicht wirklich einen grossen Unterschied aus, weil wenn die Kosten über die Stadtrechnung laufen, diese hauptsächlich vom Steuerzahler zu tragen seien, wogegen die Kosten, wenn sie über die IBL-Rechnung laufen, vielleicht von einem Teil der Gebührenzahler und von einem Teil der Steuerzahler zu tragen seien. Der Stadt als Aufsichtsorgan und Eigentümerin müsse sicher zugestimmt werden, in diesem Zusammenhang ein Weisungsrecht gegenüber der selbstständigen Institution zu haben, auch wenn der Verwaltungsrat eigentlich die oberste operative Führung innehabe.



Die vorliegende Formulierung der Ziffer 4. im Beschlussesentwurf sei der FDP/jll/BDP-Fraktion definitiv zu wenig verbindlich. Zusammen einen Café zu trinken, womit man auch über das Thema geredet haben könnte, habe in etwa die selbe Verbindlichkeit. Auf jeden Fall könne die FDP/jll/BDP-Fraktion - insbesondere über einen allfälligen Kostenverteiler - keine Verbindlichkeit erkennen. Die Ziffer sei eine Floskel, die genau so gut hätte weggelassen werden können. Die FDP/jll/BDP-Fraktion erwarte - ohne einen Fraktionsantrag zu stellen - dass der Gemeinderat dafür Sorge, die Kosten des Projektes den IBL weiterzuberechnen.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion unterstütze die Ausgliederung der IBL in eine Aktiengesellschaft grundsätzlich einstimmig. In wie weit der vorliegende Beschlussesentwurf Zustimmung finde, werde sich zeigen.

**Rahel Lanz, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion danke dem Präsidialamt für die Erarbeitung des Berichts. Aus Sicht der EVP/glp-Fraktion sei der Bericht sowie die Auflistung für den Investitionskredit transparent und nachvollziehbar. Nichts desto Trotz sei aber auch die EVP/glp-Fraktion der Meinung, dass die Kosten zu einem späteren Zeitpunkt grösstenteils oder sogar ganz von den IBL übernommen werden müssen. Die IBL selber habe das grösste Interesse daran, in eine Aktiengesellschaft überführt zu werden. Zum jetzigen Zeitpunkt werde die EVP/glp-Fraktion das Projekt und den Investitionskredit grossmehrheitlich unterstützen. Damit signalisiere die EVP/glp-Fraktion grossmehrheitlich grundsätzlich mit der Überführung der IBL in eine Aktiengesellschaft einverstanden zu sein und die Eigentümerstrategie des Gemeinderates in diesem Punkt zu unterstützen.

**Patrick Freudiger, SVP-Fraktion:** Die Auslagerung der IBL habe die meisten heute Anwesenden bereits einmal, wenn nicht sogar schon zweimal beschäftigt. Im Jahr 2003 sei das Projekt "IBL AG" abgelehnt worden. Im Jahr 2006 sei das Projekt "IBL-Anstalt" angegangen worden. Die Rechtsform habe sich dazumal bereits relativ weit an die Struktur einer Aktiengesellschaft angelehnt. Das Projekt sei von den Stimmberechtigten sehr deutlich gutgeheissen worden.

Seit dem Jahr 2003 seien 10 Jahre vergangen und nun werde das Projekt "IBL AG" wieder gebracht. Immerhin dürfe festgehalten werden, dass die öffentliche Verwaltung in der Rechtsform als ausgelagerte Verwaltungsträgerin nun über 10 Jahr mehr Erfahrung verfüge. Die Befürchtung, dass die Ausgliederung in eine Aktiengesellschaft eine einfache Vorstufe zu einer materiellen Privatisierung sei, habe sich nicht erfüllt. Auch in umliegenden Gemeinden sei das Institut der Aktiengesellschaft für ausgegliederte Verwaltungsträger sehr populär. Demgemäss sicher nicht zutreffend sei, dass überall dort, wo Aktiengesellschaften eingeführt werden, am Schluss eine materielle Privatisierung stehe. Vor diesem Hintergrund müsse klar festgehalten werden, dass das wieder vorliegende AG-Projekt keine Zwängerei sei. Es handle sich dabei um eine Vorlage, die mit deutlich mehr Erfahrungen mit dem Instrument der Aktiengesellschaft erstellt worden sei.

Die SVP-Fraktion wolle die heutige Lösung nicht schlecht reden. Die IBL funktioniere heute nicht schlecht. Bereits heute bestehe ein Reglement, welches dem Verwaltungsrat recht weitgehende operative Freiheiten lasse. Die geltende Stadtverfassung beinhalte für IBL-Geschäfte sogar erhöhte Finanzkompetenzen, so dass der Stimmbürger bei IBL-Geschäften weniger schnell obligatorisch mitstimmen könne, als dies bei anderen Geschäften der Fall sei. Zudem sei das Personal der IBL bereits heute privatrechtlich angestellt. Dem Charakteristikum IBL werde somit auch mit der heutigen Lösung Rechnung getragen. Trotzdem müsse gesagt werden, dass mit der Anstalt-Lösung der Spielraum, den die Gemeinden haben, nicht optimal ausgenutzt werden könne. Im Vordergrund stehe sicher die Möglichkeit einer Kreuzbeteiligung, was als Aktiengesellschaft gemacht werden könne, wogegen die Anstalt diese Möglichkeit nicht habe. Wenn eine Anstalt mit anderen kooperieren wolle, dann sei dies mehr oder weniger nur mit vertraglichen Lösungen und entsprechend dem Prinzip Leistung gegen Geld möglich. Das bedeute, dass am Schluss nur kooperiere, wer viele finanzielle Mittel habe. Eine Aktiengesellschaft ermögliche zusätzlich eine andere Form von Kooperation, namentlich die Möglichkeit Leistung gegen Aktien zu verwerten.



Die IBL könnten sich im Markt positionieren und auch Geschäftsfelder ausserhalb von Langenthal erschliessen. In gewollten Bereichen könnte sie im Gegenzug dazu Aktien offerieren, wodurch diejenigen Dritten (Gemeinden oder andere Anbieter) dann Aktionäre der IBL AG würden, was letztendlich eine bessere regionale Verankerung garantiere und damit ein Vorteil für alle Seiten wäre.

Nicht im Vordergrund stehe, dass es mit der IBL AG wahrscheinlich eher möglich sein werde, die Stadt und damit auch das Volk am guten Geschäftsgang der IBL in Form einer moderaten Dividendenausschüttung zu beteiligen. Es gehe nicht darum die IBL auspressen zu wollen, was auch in der Eigentümerstrategie des Gemeinderates klar zum Ausdruck komme. Im Übrigen sei in der Eigentümerstrategie auch klar festgehalten, dass die Stadt Langenthal Mehrheitseigentümerin bleiben soll.

Die aufgeworfene Frage, von welchem Organ die Überführung beschlossen werde, sei noch nicht ganz geklärt. Momentan sei noch nicht ganz sicher, ob das Parlament - unter Vorbehalt des fakultativen Referendums - oder das Volk darüber befinden könne. Die SVP als Volkspartei habe ganz bestimmt keine Angst vor einer obligatorischen Volksabstimmung, zumal der Konsens für eine Ausgliederung in eine Aktiengesellschaft sehr breit sei. In Art. 4 Abs. 7 der geltenden Stadtverfassung seien die ausgegliederten Verwaltungsaufgaben erwähnt. Darin sei ausdrücklich von der öffentlich-rechtlichen Anstalt IBL die Rede. Demgemäss liege es nahe, dass die Ausgliederung der IBL eine Änderung in diesem Artikel bedinge, womit eine obligatorische Volksabstimmung durchgeführt werden müsse. Im Zuge der Revision der Stadtverfassung soll dieser Artikel aufgehoben werden. Demgemäss sollte die Revision der Stadtverfassung etwas schneller vorangehen, als die Ausgliederung der IBL. Im Sinne der Staatsklugheit empfehle es sich aber, den Artikel in der Stadtverfassung doch nicht abzuändern, um eine Volksabstimmung zu ermöglichen und um nicht den Eindruck zu erwecken, Angst vor dem Volk zu haben.

Eine Mehrheit der SVP-Fraktion teile die Ansicht der FDP/jll/BDP-Fraktion, dass es sich beim Finanzbeschluss von Fr. 225'000.00 um einen hohen Betrag handle. Von der SVP-Fraktion werde erwartet, dass der Kredit letztlich unterschritten werde. Fairerweise müsse gesagt werden, dass sich die Höhe des Kredites - bei näherer Betrachtung der Bewertung der Aktiven und Passiven - immerhin rechtfertigen lasse. Wenn die Aktiven und Passiven einfach 1:1 in die Aktiengesellschaft überführt würden, dann sei der Betrag klarerweise deutlich zu hoch. Wenn aber von A bis Z eine neue seriöse Bewertung vorgenommen werde, um über die Grundlagen für eine entsprechende Dividendenausschüttung zu verfügen, dann lasse sich etwas mehr Aufwand bei der Bewertung vielleicht rechtfertigen. Sicher aber dürfe die Frage gestellt werden, ob es sich beim Aufgabenposten im Zusammenhang mit der Finanzplanung oder mit dem Controlling nicht eher um eine Aufgabe handle, die in den Kompetenzbereich des Verwaltungsrates der IBL gehören würde. Die SVP-Fraktion unterstütze sicher alle Bestrebungen, die darauf abzielen, die IBL an den Fr. 225'000.00 zu beteiligen bzw. die IBL zur Übernahme der Kosten zu bewegen. Ob der Betrag von Fr. 225'000.00 nötig gewesen sei, damit die Vorlage überhaupt in den Stadtrat gekommen sei, bleibe zu hoffen. Die SVP-Fraktion erinnere daran, dass der Verkehrsrichtplan auch konsultativmässig in den Stadtrat gebracht worden sei. Die SVP-Fraktion werde sich - ob der Betrag nun als zu hoch angeschaut werde oder nicht - dem vorliegenden Beschlussesentwurf nicht widersetzen. Im Parlament bestehe ein parteiübergreifender Konsens für das gute und wohlüberlegte Projekt "IBL AG". Die SVP-Fraktion gehe davon aus, dass noch entsprechende Gespräche geführt werden, um zu einer Kostenbeteiligung der IBL zu kommen.

Die SVP-Fraktion unterstütze das Projekt "IBL-AG" einstimmig.

**Urs Zurlinden:** Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei wirklich einstimmig und sehr dezidiert dafür, dass die IBL in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Was ihn persönlich jedoch sehr störe, sei die vorliegende Vorlage. Von Seiten der IBL wie auch von Seiten der Stadt werde kommuniziert, dass es sich bei den Fr. 225'000.00 eigentlich um einen politischen Betrag handle, um damit dem Stadtrat die Kompetenz einzuräumen, darüber beraten zu können. Dieses Vorgehen könne anders betrachtet, auch als "Bubentrickli" im Zeichen des Finanzsparens gesehen werden. Er persönlich möchte im Zeichen des Finanzsparens nicht sehen, dass zu hohe Rahmenkredite beschlossen werden, um möglichst auf etwas Gebautes noch darüber bauen zu können, was es gar nicht brauche.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

Er persönlich halte es für eine unsaubere Sache, zu hohe Rahmenkredite für einen Projektierungskredit zu fordern. Auch er sei der Meinung, dass der Betrag vom Verwaltungsrat der IBL übernommen werden sollte.

Ferner habe er festgestellt, dass dieselbe Firma, die den Gemeinderat schon bei der Erarbeitung der Eigentümerstrategie beraten habe, den Auftrag erhalten habe, ohne dass eine zusätzliche Konkurrenzofferte eingefordert worden sei. Auch dieses Vorgehen finde er nicht ganz sauber, da es ja immerhin und offenbar um einen ziemlichen Betrag gehe.

Wenn inzwischen klar sein sollte, dass es für die Überführung eine Volksabstimmung brauche, dann wäre es seiner Ansicht nach der "straighteste" Weg, wenn der Stadtrat in Form einer Botschaft über die Umwandlung dieser öffentlich-rechtlichen Anstalt in eine Aktiengesellschaft zu Händen der Volksabstimmung beschliessen könnte, anstatt das "Bubentrickli" anzuwenden und den Weg über den überdimensionierten Projektierungskredit zu nehmen. Er sei versucht gewesen, einen Rückweisungsantrag zu stellen, worauf er aber verzichte und sich dafür der Stimme zum vorliegenden Geschäft enthalte.

**Pascal Dietrich:** "Entpolitisierung" laute das Stichwort. Im Bericht und Antrag werde klar ausgeführt, dass die Gründung der Aktiengesellschaft zu einer "Entpolitisierung" führe, was heisse, dass die demokratische Mitbestimmung einen Verlust erleide, wogegen er grundsätzlich kritisch eingestellt sei. Es gebe allerdings auch gute Argumente für die Überführung (Kooperationsfähigkeit und unternehmerische Flexibilität). Am Schluss werde jedes Stadtratsmitglied eine Güterabwägung machen müssen. Es sei jedoch nicht nur eine Güterabwägung, die im Stadtrat gemacht werden müsse, zumal das Ergebnis der Güterabwägung dem Stimmvolk auch erklärt werden müsse, um es davon zu überzeugen. Er sei ganz klar der Meinung, dass das letzte Wort in dieser Angelegenheit vom Stimmvolk gesprochen werden müsse. Dies insbesondere deshalb, weil vor 10 Jahren die Volksabstimmung negativ ausgegangen sei. Es könne nicht sein, dass der Beschluss im Kämmerlein des Parlaments gefasst werde.

**Therese Grädel-Fankhauser:** Dadurch, dass ihr Mann sowie ihr Sohn bei den IBL arbeiten, befinde sie sich in einem Rollenkonflikt. Um zu Hause kein "Gschtürm" zu riskieren, trete sie in Bezug auf das vorliegende Geschäft in den Ausstand.

**Roberto Di Nino:** In verschiedenen Voten sei auf die Höhe des Investitionskredit hingewiesen worden. Er persönlich sei über dieses Sachkenntnis erstaunt, da sich die Finanzkommission intensiv mit diesem Thema befasst habe, ohne zu diesem Schluss gekommen zu sein. Nicht die Höhe des Kredits sei das eigentliche Problem, sondern, dass aufgrund dessen sachlichen Inhalts durchaus die Auffassung vertreten werden könne, dass die IBL als Institution diese Kosten übernehmen müsste.

Die Finanzkommission habe Antrag gestellt, die Mitglieder des Steuerungsausschusses mit Mitgliedern des Stadtrates zu ergänzen. Der Antrag sei vom Gemeinderat aufgenommen und modifiziert worden. Die Personen, die sich heute kritisch geäussert haben, seien durchaus gefordert, entsprechend mitzumachen, mitzuwirken, die Bedenken aufzunehmen und die Diskussion zu begleiten. Er mache sehr beliebt, dem vorliegenden Beschluss zuzustimmen.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Auch er sei von gewissen Äusserungen erstaunt. Von einem "Bubentrickli" könne nicht im Entferntesten die Rede sein! Tatsache dagegen sei, dass das Parlament gar nicht zuständig wäre, wenn der Projektierungskredit unter Fr. 150'000.00 liegen würde. Der Gemeinderat sei ausserdem auch für die Einhaltung der Formalitäten verantwortlich.

Der Stadtrat selber habe im Rahmen von am heutigen Abend durchgeführten Abstimmungen gewisse Stadtratsgeschäfte ausgehebelt, die als solche vom Stadtrat beschlossen worden seien. Der Gemeinderat sei verantwortlich dafür, die Geschäfte entsprechend den klar geregelten Zuständigkeiten zu bringen.

Stadtrat Urs Zurlinden weise er darauf hin, dass die Vorlage nicht aufgebläht worden sei, auch wenn der Gemeinderat keine verbindliche Vorverhandlung mit den IBL geführt habe. Wenn dem so wäre, hätte mit einem entsprechenden Brief orientiert werden können, dass die Kosten nicht von der Stadt getragen werden, womit das Parlament aber nicht mehr zuständig wäre und auch nicht darüber diskutieren könnte.



Er appelliere an die Vernunft! Ob die Offerte mit Fr. 195'000.00 inklusive Mehrwertsteuer und Spesen zu hoch sei oder nicht, lasse sich durchaus diskutieren. Dass die noch dazugerechneten Fr. 30'000.00 nicht als Entschädigung des Stadtschreibers dienen, sollte aber allen klar sein! Diese Kosten seien vorgesehen, weil im Rahmen des Projektes unter Umständen noch Abklärungen gemacht werden müssen. Denn - wenn der Gemeinderat am Schluss dem Parlament sagen würde, dass ganze Projekt teurer zu stehen gekommen sei - es auch wieder das gleiche Parlament wäre, das dem Gemeinderat den Vorwurf machen würde, nicht von Anfang an alles gedacht zu haben.

Er frage sich, ob er künftig eingegangene Offerten mit der Begründung zurückschicken müsse, auch eine Offerte zum halben Preis zu wollen.

Am heutigen Abend gehe es um die Grundsatzfragen, ob der Gemeinderat das Projekt vorantreiben soll und ob die offensichtlich unbestrittene Projektorganisation eingesetzt werden soll. Der Gemeinderat werde das Geld im Rahmen des Projektkredites - welcher ein Objektkredit und kein Rahmenkredit sei - verwenden und damit sicher keine unnötigen Sachen veranstalten. Im Moment sei es aber schlichtweg nicht absehbar, was bis zum Schluss aller Abklärungen effektiv alles gebraucht werde. Stadtrat Markus Gfeller weise er an dieser Stelle darauf hin, dass sich das vorliegende Geschäft auch nicht auf der gleichen Ebene befinde, wie jenes des Alterszentrums Haslibrunnen. Das vorliegende Geschäft befinde sich in einem Bereich, in dem dem Stadtrat schlussendlich ein Bericht und Antrag über ein fertiges Überführungsprojekt vorliegend sein müsse.

Die Beschlussfassung über den vorliegenden Antrag liege in der Zuständigkeit des Stadtrates. Es handle sich um kein "Bubentrickli" und Vorverhandlungen seien keine geführt worden, weil der Stadtrat sonst gar nicht zuständig wäre.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 7 Enthaltungen):<sup>1</sup>**

- 1. Die Projektorganisation für das Projekt "IBL AG" gemäss Ziff. 4 des Bericht und Antrages vom 13. Juni 2013 des Präsidialamtes wird mit der Ergänzung, dass der Steuerungsausschuss mit je einem Mitglied der im Stadtrat vertretenen Fraktionen zu erweitern und auf die Einsitznahme des Stadtschreibers im Steuerungsausschuss zu verzichten ist, genehmigt.**
- 2. Der dafür notwendige Investitionskredit von CHF 225'000.00 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 110.509.01, genehmigt.**
- 3. Die Ausgaben gemäss diesem Beschluss werden über die Laufende Rechnung des jeweiligen Jahres vollständig abgeschrieben (zusätzliche übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen, Konto Nr. 250.332.00).**
- 4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug, insbesondere auch mit der Gesprächsaufnahme mit den IBL betreffend Übernahme der Projektkosten, beauftragt.**

**Stadtratspräsident Daniel Steiner** informiert, dass der angekündigte Ausstand von Stadträtin Therese Grädel-Fankhauser wie eine "Nicht-Anwesenheit" behandelt worden sei, weil die Geschäftsordnung des Stadtrates keine Bestimmungen über den Ausstand von Stadratsmitgliedern enthalte.

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: 37 Stadratsmitglieder abzüglich 1 Ausstand = 36 Stimmen



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



**6. Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend die Anschaffung eines Aufzuges an der Nordseite der Hauptfussgängerunterführung am Bahnhof (Geiserareal - Bahnhof)** (erheblich erklärt am 15. Dezember 2008; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 23. Januar 2012); **Berichterstattung und Abschreibung analog Artikel 41 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner:** Im Sinne einer Vorbemerkung weise er darauf hin, dass dem Stadtrat an einer der nächsten Sitzungen die Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates zur Beschlussfassung unterbreitet werde. Unter Anderem werde das Stadtratsbüro darin auch einen Antrag zur Umsetzung der überwiesenen Motion Dietrich Pascal (jll) und Mitunterzeichnende vom 6. Mai 2013: Keine Abschreibung von Motionen nach nur sechs Jahren (Änderung des Art. 41 bs. 4 Geschäftsordnung des Stadtrates) stellen, worin es um die Abschreibungsfristen von Motionen gehe.

**II Detailberatung:**

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Die folgenden Ausführungen werden in einen materiellen und einen rechtlichen Teil aufgegliedert erfolgen:

Materiell: In Anlehnung an die am 18. August 2008 eingereichte und am 15. Dezember 2008 erheblich erklärte Motion Ryser Stefan habe das Stadtbauamt verschiedene Umsetzungsvarianten, geprüft. Geprüft worden sei der Bau eines Lifts oder einer Rampe. Beide Varianten seien aber aus allen Anwesenden bekannten Gründen nie zur Umsetzung gekommen. Der Hauptgrund für die Nichtumsetzung sei der, dass das Anliegen in die Planung des ESP-Bahnhof einbezogen sei. Die Rampenlösung beispielsweise habe technisch nicht umgesetzt werden können.

Auch mit den SBB sei Kontakt aufgenommen worden. Die SBB habe eine klare Haltung eingenommen, indem sie der Ansicht sei, dass ihre Gleisanlagen mit dem vorhandenen Lift auf der Südseite sowie mit den bestehenden Rampenlösungen behindertengerecht erschlossen seien.

Mittlerweile sei auch bekannt, dass im Kontext mit dem Agglomerationsprogramm des Bundes, das Programm von Langenthal sehr positiv reflektiert worden sei. Im Moment sei das Vernehmlassungsverfahren des Bundes im Gange.

Rechtlich: Eine überwiesene Motionen verpflichte den Gemeinderat innert zwei Jahren eine Beschlussvorlage oder einen Reglementsentwurf auszuarbeiten. Wenn eine Vorlage innert der Frist nicht erbracht werden könne, müsse der Gemeinderat dem Parlament ein Gesuch um Fristerstreckung stellen. Im vorliegenden Fall sei am 31. Januar 2011 ein Fristerstreckungsgesuch gestellt worden. Das Parlament habe dem Antrag zugestimmt und die Frist bis Mai 2013 verlängert. Die Frist sei bekannterweise wieder abgelaufen. Dem Gemeinderat sei deshalb ein Bericht und Antrag für eine weitere Verlängerung vorgelegt worden. An der Gemeinderatssitzung vom 15. Mai 2013 sei aber entschieden worden, das Gesuch nicht zu stellen. Der Gemeinderat habe den Eindruck, dass dieses Vorgehen nicht redlich wäre, weil eine Lösung im Rahmen des ESP-Bahnhof-Projektes innert der vorgegebenen Frist nicht umsetzbar sei.

Normalerweise werden Anträge zur Abschreibung von Motionen im Rahmen der Jahresberichterstattung gestellt. In Anbetracht dessen, dass die Bearbeitungsfrist im Mai 2013 aber bereits abgelaufen sei, habe sich der Gemeinderat entschieden, dem Stadtrat die Abschreibung der Motion in einem speziellen Traktandum zu beantragen.

Der Gemeinderat sei sich natürlich bewusst, dass es unschön sei, eine überwiesene Motion ergebnislos abzuschreiben. Gleichzeitig sei er aber auch der Meinung, dass der Motionsinhalt ein Element des ESP-Bahnhofprojektes sei, womit in diesem Kontext betrachtet, die Umsetzung der Motion nur ein Provisorium wäre.



Das Vorgehen stelle einen Ausnahmefall und ein Novum dar. Er persönlich habe noch nie einen Antrag in der nun vorliegenden Art gestellt. In Anbetracht des überwiesenen, vorliegenden Vorstosses und trotz der von Stadtrat Pascal Dietrich am 6. Mai eingereichten Motion, mit welcher die Obergrenze von 6 Jahren für die Abschreibung von Vorstössen in Frage gestellt werde, sei der Gemeinderat der Meinung, dass die aktuell geltenden Reglemente gültig seien. Aus diesem Grund basiere der Antrag auf Art. 41 Abs. 3 der geltenden Geschäftsordnung des Stadtrates.

**Pascal Dietrich, GPK-Mitglied:** In der Geschäftsprüfungskommission habe man sich relativ intensiv mit dem vorliegenden Traktandum auseinandergesetzt, weil das Vorgehen - Stadtpräsident Thomas Rufener habe es erwähnt - eher unschön sei. Die Geschäftsprüfungskommission habe festgestellt, dass die Beratung und Beschlussfassung erneut verspätet erfolge, erkenne jedoch auch, dass eine materielle Begründung dafür vorliege. Dem Gemeinderat wäre der Antrag eigentlich rechtzeitig vorgelegen, dieser habe sich jedoch aus Gründen der Redlichkeit zu einem anderen Vorgehen entschlossen, was von der Geschäftsprüfungskommission akzeptiert werde.

Die Geschäftsprüfungskommission erachte auch die analoge Anwendung von Art. 41 Abs. 3 als vertretbar, obwohl festgestellt worden sei, dass bei diesem Geschäft bis anhin etwas gar viele Ausnahmen gemacht worden seien.

Die Geschäftsprüfungskommission habe auch festgestellt, dass die überwiesene Motion betreffend die Änderung von Art. 41 Abs. die Abschreibungsthematik mit einem etwas anderen Licht beleuchten würde. Da die Motion erst überwiesen aber noch nicht umgesetzt sei, sei auch die Geschäftsprüfungskommission der Meinung, dass es auf alle Fälle zulässig sei, die heute geltenden Reglemente anzuwenden.

Ob ein solcher Umgang mit überwiesenen Motionen toleriert werden wolle oder nicht, müsse politisch entschieden werden, wozu die Geschäftsprüfungskommission formell nichts einzuwenden habe.

**Rahel Lanz, EVP/glp-Fraktion:** Das Anliegen habe auch in der EVP/glp-Fraktion mehr zu diskutieren gegeben als angenommen. Dem Inhalt des Antrages werde grundsätzlich zugestimmt. Die EVP/glp-Fraktion sehe ein, dass eine isolierte Betrachtung des Anliegens im Hinblick auf das ESP-Bahnhofprojekt keinen Sinn ergebe.

Der Zeitpunkt der Abschreibung werde dagegen als nicht richtig empfunden. Die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung, dass die Teilrevision der Geschäftsordnung abgewartet werden müsse, bevor der vorliegende Vorstoss allenfalls abgeschrieben werden könne. Es sei zu erwarten, dass in der revidierten Geschäftsordnung die Frist der automatischen Abschreibung verlängert oder gar abgeschafft werde. Je nach dem wie die Übergangsbestimmungen der revidierten Geschäftsordnung festgelegt werden, werde die neue Bestimmung auch den vorliegenden Vorstoss betreffen.

Das Parlament vergebe nichts, den vorliegenden Vorstoss heute nicht abzuschreiben. Das Gegenteil sei der Fall, weil das berechtigte Anliegen von Stadtrat Stefan Ryser damit auf der politischen Agenda bleibe.

Auch wenn es sich hier um einen formalistischen Punkt handle, finde sie es persönlich wichtig, dass die parlamentarischen Instrumente vom Stadtrat hochgehalten werden und, dass Vorstösse nur in aussergewöhnlichen Fällen abgeschrieben werden.

Die EVP/glp-Fraktion lehne die Abschreibung des vorliegenden Vorstosses zum jetzigen Zeitpunkt grossmehrheitlich ab.

**Stefan Ryser:** Im Jahr 2008 sei die Motion überwiesen worden. Der erste Antrag auf Verlängerung sei zu spät eingereicht worden. Die zweite Verlängerung wäre im Mai dieses Jahres fällig gewesen. Aufgrund der genannten Gründe, liege mit dem jetzigen Antrag wieder eine Verzögerung vor, was seiner Meinung nach aber nicht so tragisch sei. Weshalb der Vorstoss aber nun abgeschrieben werden soll, bevor bekannt sei, wie Vorstösse in Zukunft behandelt werden sollen, begreife er nicht.



Der Gemeinderat habe sehr viel Zeit in das Anliegen investiert. In nicht weniger als 30 Sitzungen seien Abklärungen und Aufträge zur Klärung erteilt und darüber beraten worden. Das Ergebnis soll nun aber leider abgeschrieben werden.

Der Stadtpräsident habe die SBB erwähnt, welche am 11. Februar 2011 Stellung zum Thema bezogen haben. Er habe die Stellungnahme gelesen und daraufhin zwei Telefonate mit den Unterzeichnern der Stellungnahme geführt und diesen die Frage gestellt, ob sie Langenthal kennen, was von beiden verneint worden sei. Keiner der beiden habe eine Ahnung wo ein Lift hin kommen sollte, oder wie Langenthal aussehe oder wo sich die neuen Quartiere befinden, die auch auf der Nordseite des Bahnhofs gebaut werden. Dass die SBB Leute mit der Stellungnahme beauftragt haben, die von den Örtlichkeiten keine Ahnung haben, finde er sehr störend.

Der Bedarf sei nach wie vor da, was sich daran zeige, dass die Motion überwiesen worden sei.

Er sei nicht der gleichen Meinung wie der Gemeinderat. Er möchte den Vorstoss nicht abschreiben, sondern die anstehende Revision der Geschäftsordnung abwarten. Auch möchte er seinen Vorstoss grundsätzlich nicht abschreiben, weil er nicht umgesetzt sei. Allenfalls bestehe ja die Möglichkeit, dass bei einer allfälligen Änderung der Fristen, das Anliegen vielleicht doch noch zur rechten Zeit umgesetzt werden könnte.

Dass die Abschreibung von Vorstössen nicht mehr nur im Rahmen der Jahresberichterstattung, sondern auch mittels einer eigenen Traktandierung erfolgen könne, erachte er als positiv. Beim vorliegenden Vorstoss sei er mit diesem Vorgehen jedoch nicht einverstanden.

**Pascal Dietrich:** In materieller Hinsicht habe er für die Ausführungen des Gemeinderats absolut Verständnis, da es sicher keinen Sinn mache etwas zu bauen, um es dann im Zuger der Umsetzung des ESP-Bahnhof-Projekts wieder abbrechen zu müssen, was im Übrigen einem Schildbürgerstreich gleich käme. Trotz allem sei das aber noch lange kein Grund, den vorliegenden Vorstoss sofort abzuschreiben. Er persönlich möchte auch keinen Präzedenzfall für Motionen schaffen, die sich nicht rasch und einfach umsetzen lassen. Es passiere überhaupt nichts, wenn die Motion hängig bleibe. Wie seine beiden Vorredner sei auch er der Meinung, dass das Ergebnis der Teilrevision der Geschäftsordnung mit darin festgelegten Übergangsbestimmungen abgewartet werden soll.

Wenn die Motion heute abgeschrieben werde, sei sie vom Tisch. Wenn sie nicht abgeschrieben werde, dann bliebe sie für alle Eventualitäten hängig, zumal es vermutlich noch ein paar Jahre dauern werde, bis das ESP-Bahnhofprojekt umgesetzt sein werde. Aus diesem Grund fordere er dazu auf, den Antrag des Gemeinderates abzulehnen.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** In ein paar Voten sei gesagt worden, dass es richtig sei, was der Gemeinderat beantrage.

Der Gemeinderat halte sich an die gültigen Reglemente und Bestimmungen. Sollte dies aber nicht mehr so wichtig sein, dann liessen sich auch andere Motionen, die nicht innerhalb der Frist abgewickelt werden können im Bedarfsfall anders behandeln. Der Gemeinderat halte sich an die geltenden Bestimmungen und damit an die 6-Jahres-Frist. Es sei dem Parlament überlassen, auch diesen Punkt im Rahmen der anstehenden Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates zu ändern.

Der Gemeinderat sei verpflichtet dem Parlament die Motion vorzulegen. Dass der Antrag zu spät komme nehme er auf seine Kappe. Der Gemeinderat hätte - um sich formell selber zu beüben - im Mai dem Stadtrat die Verlängerung der Motion um zwei Jahre beantragen können, worauf aus dem Parlament mit Recht kritisiert worden wäre, dass man an so etwas ja nicht wirklich glauben könne.

Der Stadtrat werde im Rahmen der Revision der Geschäftsordnung über neue Abschreibungsfristen abstimmen können. Es gelte zu beachten, dass darin auch Übergangsbestimmungen definiert sein müssen, obschon in der Motion Dietrich Pascal, womit die Änderung von Art. 41 Abs. 4 verlangt werde, die Übergangsbestimmungen nicht angesprochen seien.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

## III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 19 Stimmen Ja gegen 17 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

- 1. Die Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend die Anschaffung eines Aufzuges an der Nordseite der Hauptfussgängerunterführung am Bahnhof (Geiserareal - Bahnhof) (erheblich erklärt am 15. Dezember 2008; Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist genehmigt am 23. Januar 2012) wird **abgeschrieben**.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

## 7. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Planungskommission (Ersatzwahl für den per 31. Juli 2013 zurückgetretenen Baumgartner Fabio [SP])

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion schlägt Simon Lüdi, Schall- und Wärmedämmung/Bauakustiker, (SP), als Ersatzmitglied zur Wahl in die Bau- und Planungskommission vor.

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch** stellt zu Händen fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

**Simon Lüdi, Schall- und Wärmedämmung/Bauakustiker, (SP), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2016 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Bau- und Planungskommission gewählt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 8. Richtlinien der Regierungstätigkeit; Information

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Vorweg halte er fest, dass der Gemeinderat in Anbetracht der in Langenthal herrschenden Situation die Fahne nicht heruntergenommen habe.

Die Überarbeitung der Richtlinien der Regierungstätigkeit 2013 - 2016 sei wie immer zu Beginn einer Legislaturperiode in intensiver Auseinandersetzung mit den Themen vorgenommen worden. Die am heutigen Abend allen Mitgliedern des Stadtrates ausgehändigten Regierungsrichtlinien seien auch im Internet aufgeschaltet.

stadtlangenthal

**Die Methode**

ZIELBEREICH	NACHHALTIGKEITSDIMENSION		
	Gesellschaft	Wirtschaft	Umwelt
Wohnqualität	Einkommen	Landschaft, Lebens- und Naturraum und Artenvielfalt	
Mobilität	Preise	Energiequalität	
Gesundheit	Existenzsicherung	Energieverbrauch	
Öffentliche Sicherheit	Arbeitsplätze	Klima	
Partizipation	Investitionen	Rohstoffverbrauch	
Kultur	Verursacherprinzip	Wasserhaushalt und Wasserqualität	
Bildung	Innovation	Bodenverbrauch	
Soziale Unterstützung	Wirtschaftsstruktur	Bodenqualität	
Gemeinschaft und Integration	öffentlicher Haushalt und steuerliche Belastung	Luftqualität	
Chancengerechtigkeit			
Solidarität			
Freizeitgestaltung			
Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs			
Regionale Zusammenarbeit			

In Absprache mit dem Gemeinderat werde im Rahmen der Präsentation aus jedem Ressort ein Thema vorgestellt. Auf die Erwähnung der übrigen Themen werde verzichtet, was aber nicht heisse, dass diese weniger wichtig seien.

stadtlangenthal

**Richtlinien der Regierungstätigkeit 2013-2016**

Liegen Steine im Weg?  
Beschwer Dich nicht – hol die Schaufel.  
Vero Hirschenmann

Methodisch basieren die Regierungsrichtlinie auf der Grundstruktur der Nachhaltigen Entwicklung, welche in 32 Nachhaltigkeitsdimensionen unterteilt seien.

Für jeden definierten Themenkreis gebe es einen allgemeinen Beschrieb sowie Zielsetzungen und daraus abgeleitete Massnahmen, die im Rahmen der Legislaturplanung zur politischen Umsetzung geführt werden.

Die entsprechende Berichterstattung über die Vorgänge werde im Rahmen des jeweiligen Jahresberichts vollzogen.

stadtlangenthal

**Eine Auswahl der Themen**

ZIELBEREICH	NACHHALTIGKEITSDIMENSION		
	Gesellschaft	Wirtschaft	Umwelt
Wohnqualität	Einkommen	Landschaft, Lebens- und Naturraum und Artenvielfalt	
<b>Mobilität</b>	Preise	<b>Energiequalität</b>	
Gesundheit	Existenzsicherung	<b>Energieverbrauch</b>	
<b>Öffentliche Sicherheit</b>	Arbeitsplätze	Klima	
Partizipation	Investitionen	Rohstoffverbrauch	
<b>Kultur</b>	Verursacherprinzip	Wasserhaushalt und Wasserqualität	
<b>Bildung</b>	<b>Innovation</b>	Bodenverbrauch	
Soziale Unterstützung	Wirtschaftsstruktur	Bodenqualität	
<b>Gemeinschaft und Integration</b>	<b>öffentlicher Haushalt und steuerliche Belastung</b>	Luftqualität	
Chancengerechtigkeit			
Solidarität			
Freizeitgestaltung			
Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs			
Regionale Zusammenarbeit			



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

stadtlangenthal

**Thema: Mobilität**

**Ziel:** Weiterentwicklung des Projektes „ESP Bahnhof“ im Rahmen des Agglomerationsprogramms.

**Massnahme:** Projektierung der Bahnhofplätze Nord und Süd und der Bahnhofpassage.

**Umsetzung:** Projekterarbeitung.



Bei der Optimierung von Sicherheitspatrouillen gehe es darum, die Wahrnehmung der Bevölkerung im Sinne der Prävention zu verbessern.

Police Bern habe eine Evaluation durchgeführt, womit insbesondere die Ressourcengemeinden mittels Mitspracherecht in eine verbesserte Position gebracht werden sollen.

Der Gemeinderat wolle das Sicherheitsgefühl auch mit präventiven Massnahmen stärken

Das Programm sei vom Bund mit einer guten Reflexion entgegengenommen worden.

Das Projekt sei gut aufgestellt. Im Rahmen des ESP-Bahnhof seien bereits zwei Studienauftragsverfahren durchgeführt worden, die bei der bevorstehenden Weiterentwicklung (Erarbeitung Überbauungsordnungen) mithelfen sollen.

Ein weiterer wichtiger Schritt bestehe darin, die entsprechenden Leistungsaufträge mit dem Bund abzuschliessen zu können.

stadtlangenthal

**Thema: Öffentliche Sicherheit**

**Ziel:** Umsetzung des Sicherheitskonzeptes im Rahmen der vom Gemeinderat festgelegten Schwerpunkte bzw. Massnahmenpläne.

**Massnahme:** Optimierung Sicherheitspatrouillen.

**Umsetzung:** Präsenz von Sicherheitskräften durch Kombination von SIP und privaten Sicherheitsdienst (als Versuch) im öffentlichen Raum erhöhen.



stadtlangenthal

**Thema: Kultur**

**Ziel:** Bauliche Sanierung des Stadttheaters und Implementierung der neuen Betriebs- und Organisationsstrukturen.

**Massnahme:** Begleitung Sanierung.

**Umsetzung:** Fachspezifische Unterstützung.

**Massnahme:** Modifikation der Nutzung während und nach der Sanierung.

**Umsetzung:** Analyse, Planung und Umsetzung.



Im Moment sei die Projektierung in Arbeit. Im Übrigen werde morgen eine Zwischenbewertung des Projektablaufs anlaufen, an welcher die zuständigen Kommission zum momentanen Projektstand Stellung nehmen können.

Der Gemeinderat werde alles daran setzen, die Endphase des Projektes im Sinne der Rückmeldungen der Kommissionen umzusetzen.



Gemäss einem Leitartikel der Sonntagszeitung werde die Schulraumthematik von vielen Gemeinden unterschätzt. Der Gemeinderat habe dieses Thema schon vor einigen Jahren lanciert. Die bereits durchgeführten Vorabklärungen und die Arbeit der Arbeitsgruppe werden im Sinne des künftigen Bedarfs weiterzuführen sein.

## Thema: Bildung

- Ziel:** Weiterentwicklung der Schulraumplanung und damit verbunden der Volksschulorganisation.
- Massnahme:** Klärung der Bedarfsfragen im Zusammenhang mit der Schulraumplanung.
- Umsetzung:** Aktualisierung der Grundlagen für die Schulraumplanung und Ableiten von Massnahmen.
- Massnahme:** Überprüfung der bestehenden Volksschulorganisation.
- Umsetzung:** Analyse des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal und Ermittlung des Änderungsbedarfs.



## Thema: Gemeinschaft und Integration

- Ziel:** Sicherstellung eines gut ausgebauten stationären und ambulanten Pflege- und Betreuungsangebotes.
- Massnahme:** Projekt Erweiterung Alterszentrum Haslibrunnen.
- Umsetzung:** Ausarbeitung einer Abstimmungsvorlage zur Auslagerung des Alterszentrums Haslibrunnen in eine Aktiengesellschaft, Erstellung einer Überbauungsordnung für den Standort des Neubaus des Alterszentrums Haslibrunnen.



## Thema: Innovation

- Ziel:** Abschluss des Projektes Regierungs- und Verwaltungsreform bis Ende 2015.
- Massnahme:** Projekt Regierungs- und Verwaltungsreform (Teilrevision Stadtverfassung).
- Umsetzung:** Auswertung der Vernehmlassung, Vorlage an Stadtrat (Reglemente) und Durchführen einer Volksabstimmung (Stadtverfassung).
- Ziel:** Überführung der IBL in eine Aktiengesellschaft.
- Massnahme:** Projekt IBL AG.
- Umsetzung:** Erarbeitung gemäss Projektplanung; Umsetzung per 1. Januar 2015.



Am heutigen Abend sei vom Stadtrat das entsprechende Projekt für die Überführung der Industriellen Betriebe Langenthal (IBL) in eine Aktiengesellschaft beschlossen worden.

Die Vernehmlassung zum Projekt der Regierungs- und Verwaltungsreform sei im Moment noch am Laufen. Die Eingabe von Inputs sei noch bis Ende August möglich. Der Gemeinderat werde die Eingaben auswerten und eine Vorlage - selbstverständlich unter Einbezug des Parlaments - für die mit aller Garantie notwendige Volksabstimmung ausarbeiten.

## Thema: Öffentlicher Haushalt und steuerliche Belastung

- Ziel:** Abgesehen von der "Defizitursache Investitionstätigkeit" werden die Jahresrechnungen sukzessive durch geeignete Massnahmen ausgeglichener gestaltet.
- Massnahme:** Aufzeigen von möglichen Massnahmen zur Defizitreduktion, insbesondere durch Bezeichnen von nicht zwingend notwendigen Aufgaben.
- Umsetzung:** Überprüfung der Leistungen und Erträge.



Der Gemeinderat sei sich der Defizitproblematik selbstverständlich bewusst und habe sich zum Ziel gesetzt, die Ausgeglichenheit der Jahresrechnung schrittweise an die Hand zu nehmen.

Die heutige Diskussion (Traktandum 2 und 3) werde zwar nicht ausreichen, bilde aber einen guten Anfang.

Persönlich sei er allen dankbar, die sich eingehend mit der Problematik auseinandersetzen.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

Das Label Energiestadt brauche immer wieder eine Bestätigung mittels Re-Audits. Auch gelte es dafür entsprechende energiepolitische Programme umzusetzen.

Es sei ein klares Ziel der Stadt Langenthal das Label Energiestadt zu behalten.

stadtl**angenthal**

**Thema: Energieverbrauch**

**Ziel:** Bestätigung des Labels „Energiestadt“.

**Massnahme:** Energiepolitisches Programm 2013 - 2016 (Label "Energiestadt").

**Umsetzung:** Erarbeitung, Beschlussfassung und Umsetzung der im energiepolitischen Massnahmenplan beschlossenen Einzelmassnahmen.



stadtl**angenthal**

**Richtlinien der Regierungstätigkeit 2013-2016**



Die Regierungsrichtlinien sind unter [www.langenthal.ch/Politik/Gemeinderat](http://www.langenthal.ch/Politik/Gemeinderat) aufgeschaltet.

Er sei dankbar dafür über ein System zu verfügen, womit es dem Gemeinderat - unter Einbezug der Amtsvorsteher - möglich sei, sich eingehend mit dem ganzen Prozess und dabei auch mit der Formulierung von Richtlinien zu befassen, welche eine hohe politische Verbindlichkeit haben.

### III Abstimmung:

Keine Abstimmung

Protokollauszug an

- Gemeinderat



## 9. Mitteilungen des Gemeinderates

- **Motion Rickli Karin und Aeberhard Anna (beide GL) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2011: Stopp Atomstrom in der Stadt Langenthal** (eingereicht am 28. März 2011; erheblich erklärt am 27. Juni 2011)

**Gemeinderat Pierre Masson:** Die Motion Stopp Atomstrom habe schon und werde sein Ressort in der nächsten Zeit noch stark beschäftigen. Die Motion verlange, dass die Stadt Langenthal möglichst rasch eine Stromversorgung ohne Atomstrom anstrebe. Der Vorstoss sei am 27. Juni 2011 erheblich erklärt und damit zum weiteren Vollzug überwiesen worden. Mit der Überweisung der Motion habe für den Gemeinderat die zweijährige Umsetzungsfrist zu laufen begonnen, die im Juni 2013 abgelaufen sei.

Die Strommarktpolitik sei eine sehr spannende, lebendige und sich schnell verändernde Thematik. Den richtigen Zeitpunkt und damit die best mögliche Lösung für die Stadt zu finden, stelle eine grosse Herausforderung dar. Das Geschäft befinde sich auf dem Behördenweg und werde dem Stadtrat noch in diesem Jahr vorgelegt werden. Er bitte das Parlament diesbezüglich noch um etwas Geduld und freue sich auf eine angeregte Diskussion.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 10 A. Eingereichte Motion der FDP/jll/BDP-Fraktion vom 19. August 2013: Einführung einer Ausgabenbremse

Motionstext:

*"Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der Regierungs- und Verwaltungsreform einen Vorschlag zur Verankerung einer Ausgabenbremse in der Stadtverfassung zu erarbeiten.*

*Begründung*

*Die Ausgaben der Stadt Langenthal erreichen im Voranschlag 2014 ein neues Allzeithoch. Der aktuelle Finanzplan zeigt zudem während der gesamten Planperiode bis 2018 Defizite auf. Kein politisches Organ der Stadt Langenthal hat sich in jüngster Zeit besonders durch Ausgabendisziplin ausgezeichnet. Gerade in Zeiten von Aufwandüberschüssen sollten jedoch neue Ausgaben nur mit grosser Zurückhaltung getätigt werden. Nebst der bereits laufenden Überprüfung der Aufgaben und der Einnahmepotentiale, soll deshalb auch eine Ausgabenbremse der eingangs beschriebenen Entwicklung entgegenwirken.*

*Nach den Vorstellungen der Motionäre soll die Ausgabenbremse für den Beschluss neuer, nicht gebundener Ausgaben in der Kompetenz des Stadtrates (Art. 61 Stadtverfassung) eine qualifizierte Mehrheit verlangen. Sie soll jedoch nur zur Anwendung kommen, wenn der letzte genehmigte Voranschlag einen Aufwandüberschuss ausweist. Besondere Ausgaben (z.B. im Bereich der Spezialfinanzierungen) können von dieser Bestimmung ausgenommen werden. Allenfalls könnte die Festlegung eines Schwellenwertes in Betracht gezogen werden.*

*Durch das Erfordernis der qualifizierten Mehrheit kann verhindert werden, dass der Stadtrat namhafte Mehrausgaben mit einem Zufallsmehr beschliessen kann. Gerade grössere Aufwandsposten würden dadurch besser als bisher überdacht. Gleichzeitig stellt der Mechanismus bisherige Leistungen nicht in Frage und verhindert notwendige Ausgaben keinesfalls. Ausgaben, welche dem Wunschbedarf zugeordnet werden können, würden dadurch jedoch schwieriger zu tätigen. Die Ausgabenbremse führt also zu einer Disziplinierung im Umgang mit den Stadtfinanzen, ohne die politischen Rechte des Parlaments dabei im Kern zu beschränken."*

FDP/jll/BDP-Fraktion

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt analog Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



## 10 B. Eingereichte Interpellation Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 19. August 2013 betreffend "Missglückte Umfrage Speisereste- und Grünabfuhr"

Interpellationstext:

### **"Missglückte Umfrage Speisereste- und Grünabfuhr"**

*Der Gemeinderat wird ersucht, zu folgenden Fragen Auskunft zu geben:*

- *Wer initiierte die Umfrage zur Speisereste- und Grünabfuhr und welchen Zweck verfolgt sie?*
- *Woher stammt das erforderliche Adressmaterial?*
- *Wurde die Umfrage vom für die Abfallentsorgung zuständigen Mitglied des Gemeinderates autorisiert und vorgängig von der entsprechenden Verwaltungsstelle fachlich beurteilt?*
- *Wie wird die Umfrage ausgewertet und welche Schlussfolgerungen will der Gemeinderat allenfalls daraus ziehen?*
- *Ist der Gemeinderat in Zukunft bereit, für offizielle Umfragen unter den Einwohnern Langenthals die nötigen Qualitätsansprüche zu fordern und dafür die Verantwortung zu übernehmen?*

### *Begründung*

*Vor einigen Wochen wurden zahlreiche Einwohner von Langenthal aufgefordert, an einer aufwändigen Umfrage zum aktuellen Thema der seit dem 2. April 2013 eingeführten Speisereste- und Grünabfuhr teilzunehmen. Der Zeitaufwand zur Beantwortung aller Fragen beträgt gut 20 Minuten. Einsendeschluss für den ausgefüllten Fragebogen ist der 31. August 2013.*

*Der Fragebogen wurde offenbar von einer Masterstudentin Politikwissenschaft der Universität Bern zusammengestellt und von der Leiterin Stadtbauamt a.i. mitgetragen, was ihr zu einem offiziellen Charakter verhalf. Darauf deutet auch der Aufruf hin: «Helfen Sie uns, unser Angebot zu verbessern!»*

*Leider mussten die Teilnehmer der Umfrage enttäuscht erkennen, dass der Fragenkatalog sämtliche Professionalität vermissen liess. Nur ein verschwindend kleiner Teil der vielen Fragen betrafen das eigentliche Thema: Speisereste und Grünabfuhr. Zudem wurden gerade für diesen Themenbereich nur sehr wenig differenzierte Fragen gestellt. Somit sind kaum aussagekräftige Resultate zu erwarten, die zu Schlussfolgerungen für die künftige Handhabung und allenfalls Verbesserungen der Speisereste- und Grünabfuhr dienen könnten.*

*Die grosse Mehrheit der Fragen betrafen die politische Herkunft und Einbettung der Umfrageteilnehmer. Die auch suggestiv wirkenden Fragen grenzten somit hart an politische Schnüffelei, wie sie etwa in der ehemaligen DDR praktiziert wurde.*

*Absoluter Tiefpunkt des Fragenkataloges waren Fragen nach den Entsorgungspraktiken der jeweiligen Nachbarschaft. Mit dieser Stossrichtung und den völlig amateurhaft zusammengestellten Fragen könnte sogar die Gefahr drohen, dass ein freundnachbarschaftliches Zusammenleben unterwandert wird.*

*Die Umfrage stiess denn auch in gossen Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis. Dies ist deshalb um so ärgerlich, weil die angesprochene Thematik der neuen Speisereste- und Grünabfuhr sehr wohl interessant und die seit dem 2. April geltende Regelung und Praxis tatsächlich verbesserungswürdig wäre."*

*Urs Zurlinden und Mitunterzeichnende*



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

---

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

<sup>3</sup> *Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.*



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 19. August 2013

## 11. In eigener Sache

**Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch:** Die Stadtratssitzung vom 16. September 2013 finde - wie bereits mehrmals angekündigt - im Singsaal des neu renovierten Schulhauses Kreuzfeld 1 statt. Der Sitzung werde ein Vorprogramm vorausgehen, wozu die Stadträtinnen und Stadträte, die Mitglieder des Gemeinderates sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse eingeladen seien:

Datum:	<b>Montag, 16. September 2013</b>
Zeit:	<b>17.30 Uhr</b>
Ort/Treffpunkt:	Schulhaus Kreuzfeld 1/ <b>Singsaal</b>

<b>17.30 Uhr</b>	Begrüssung	Daniel Steiner-Brütsch, Stadtratspräsident
17.35 Uhr	Präsentation	Tom Rickli, Architekt
17.45 Uhr	Präsentation	Walter Ochsner, Restaurateur
ca. 18.00 Uhr	Führung durchs Gebäude	Tom Rickli, Architekt
ca. 18.30 Uhr	Apéro im Parterre	alle

<b>19.00 Uhr</b>	Beginn der ordentlichen Stadtratssitzung im Singsaal	
------------------	--	--

Die eigentliche Stadtratssitzung finde ab 19.00 Uhr im Singsaal statt, wo die Stadtratssitzungen schon in früheren Zeiten stattgefunden haben.

Er lade die Stadträtinnen und Stadträte, die Mitglieder des Gemeinderates sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse herzlich ein, bereits am Vorprogramm der Stadtratssitzung um 17.30 Uhr teilzunehmen.

Die Renovation des Schulhauses Kreuzfeld 1 sei eines der grössten Investitionsvorhaben der Stadt Langenthal in den letzten Jahren. Das Vorprogramm der Sitzung gewähre einen spannender Einblick in die Renovation der Bildungsinstitution und zeige gleichzeitig auch auf, an welchem Ort die Steuergelder sinnvoll gebraucht worden seien.

Die definitive Einladung und das Programm werde den geladenen Gästen in den nächsten Tagen mit dem nächsten Stadtratsaktenversand zugestellt.

Den Parlamentsmitgliedern danke er für das Ausharrenden am heutigen Abend.

Ein spezielles Dankeschön gehe an Stadtrat Michael Schenk, der den Ratssaales wiederum mit Blumenschmuck verschönt habe.

